

PROTOKOLL

Begrüßung

Körber

Ich heiße Sie alle zu unserer Tagung recht herzlich willkommen. Ganz besonders unsere weitgereisten Gäste aus den USA.

Ich möchte zunächst einige persönliche Bemerkungen an den Anfang stellen, ohne den Referenten vordringen zu wollen.

Warum eine neue westliche Ostpolitik?

Die Welt ist in Bewegung. Die tektonischen Platten, auf denen die Nachkriegsordnung ruhte, verschieben sich: Was noch vor 10, vor 5 Jahren galt, ist heute in Frage gestellt.

In der europäischen Architektur zielt Westeuropa auf wirtschaftliche Integration, auf den großen Markt, der größten Deregulierung der europäischen Geschichte. Dabei wird Westeuropa auch in Zukunft keine Insel der Seligen sein, sondern bestenfalls ein Stück Stabilität in einem Meer des globalen Wandels.

Am meisten Wandel zeichnet sich im Osten ab. Hier sind die Richtung und das Ausmaß der Veränderungen am wenigsten gewiß. Eine kommunistische Partei in Polen, welche die Macht verliert, ohne die Panzerrollen zu lassen. In Ungarn die nationale Rehabilitation der Aufstandsführer von 1956.

In der Sowjetunion ein roter Zar, der in der Tradition der Westler steht und der die Französische und die bolschewistische Revolution nicht mehr als Wegweiser in die Zukunft sieht, sondern sie vielmehr als historische Wegmarken der Vergangenheit betrachtet.

Überall in Osteuropa - die DDR nicht ausgenommen - müssen die Regierenden, ob sie es wollen oder nicht, einen neuen Modus des Kompromisses mit den Regierten finden. Und doch bleiben die Reformen allesamt ein Weg ins Unbekannte.

Wir hören viel Glasnost, wir sehen wenig Perestroika. Das neue Denken der Außenpolitik ist unterwegs, aber noch nicht angekommen. Gorbatschow muß Beton verflüssigen, den Beton von tausend Jahren russischer Geschichte und siebenzig Jahren Sowjetunion. Wenn dies mißglückt, dann wird es, dessen sollten wir uns gewiß sein, kein Zuschauersport.

Im Westen verändert sich die Rolle der USA: das, was die Amerikaner sind, und das, was sie sein wollen. Die alten Drehbücher für die Rolle Amerikas, die noch aus Kriegs- und Nachkriegszeit stammen, sind allesamt beiseite gelegt. Die neuen sind noch nicht veröffentlicht.

Eine Wendung nach innen ist jenseits des Atlantiks sichtbar, verbunden mit dem Gefühl, daß die Außenwelt zuviel von Amerika verlangt. Daneben steht eine Wendung nach Westen, zum Pazifik, in der sich Faszination mischt mit einem Bedrohungsgefühl. Amerika will nicht mehr Atlas spielen, der die Erde trägt. Burden-sharing, Lastenteilung, verstehen die Amerikaner vor allem als finanzielle Leistung der Europäer zu den Kosten der Allianz.

Aber Lastenteilung müssen wir breiter verstehen, nicht nur als Zahlungsverpflichtung. Und damit stellt sich die Frage:

Was kann westliche Ostpolitik bedeuten?

Gibt es nicht bereits eine deutsche Ostpolitik, eine amerikanische, eine französische, eine britische? Mehr oder weniger gibt es sie. Erstaunlich aber bleibt, wie wenig es eine gemeinsame Ostpolitik des Westens, eine übergreifende Ostpolitik gibt.

Im Gegenteil, im Westen gibt es seit Gorbatschow tiefere Differenzen als je zuvor, und sie beginnen mit dem Unterschied in der Beurteilung Gorbatschows, ob alles nur "Maskirowka" sei, und ob man ihm "helfen" solle oder ob die Hilfe nicht allein von innen kommen müsse.

Ein zweiter Punkt betrifft Handel, Kredite und COCOM-Liste. Ein dritter die Rolle nuklearer Waffen und die Last, welche die Rüstungskontrolle zu tragen vermag. Schlußendlich geht es in der West-West-Debatte auch um das östliche Mitteleuropa.

Reicht es aber, westlichen Beifall zu spenden, wenn die osteuropäischen Länder den Kompromiß lernen, wenn sich dort Pluralismus entfaltet und die Misere durch Glasnost offen beim Namen genannt werden kann?

Reicht es, dem schlechten Geld der 70er Jahre das gute Geld der 90er Jahre nachzuwerfen? Reicht es, auf Rüstungskontrolle zu setzen, damit Ressourcen nicht mehr verschwendet werden und der Ost-West-Konflikt demilitarisiert wird? Ich hoffe, daß wir in unserer heutigen Tagung auf diese Frage eine Antwort finden werden.

Dabei sollten wir bedenken, daß jenseits des rostenden Eisernen Vorhangs Länder liegen, deren Schicksal uns niemals gleichgültig war und niemals gleichgültig sein kann. Es geht dabei nicht um Wohltätigkeit. Es geht um Sicherheit. Es geht aber auch um Solidarität. Und es geht um unser aufgeklärtes Selbstinteresse, das uns dazu bestimmen muß, weit über den Status quo hinauszudenken und für die Veränderung auch Opfer zu bringen.

Wenn heute Marxismus und Kommunismus keinen Weg mehr in die Zukunft bieten, so sollten wir im Westen gemeinsam beraten, wie die spezielle Misere des Ostens und die allgemeine Bedrohung der Lebensgrundlagen in den industriellen Gesellschaften und weit darüber hinaus bewältigt werden können.

Durch die Atomwaffen ist die Austragung des Ost-West-Konflikts sistiert worden; der Krieg wird durch sie in Schach gehalten, Frieden ist möglich. Jetzt ist die Zeit für eine Politik der Bewahrung der Natur. Diese gemeinsame Gefahr überwölbt die alten Konflikte.

Der Westen kann sich nicht zurücklehnen und mit untergeschlagenen Armen zuschauen, wie Osteuropa im Armenhaus lebt. Hätten die Vereinigten Staaten 1945 und danach eine solche Haltung gegenüber Westeuropa eingenommen, so sähe die Welt heute anders aus und zweifellos nicht schöner.

Ich meine, die Zeit ist gekommen für eine Strategie der Kooperation und der blockübergreifenden Verständigung. Lassen Sie mich dazu zwei Ideen entwickeln. Eine ist die Idee der wirtschaftlichen Integration. Sie muß nicht von der Europäischen Gemeinschaft ausgehen, die gegenwärtig in einem dynamischen Prozeß der Konsolidierung und Weiterentwicklung ist.

Warum sollte die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Osten nicht unter dem Dach der European Free Trade Association - EFTA - stattfinden und ihr einen neuen, politischen Daseinszweck geben? Die EFTA ist eine Freihandelszone, weitgehend aus neutralen Ländern bestehend, aus Ländern, die allerdings in ihrer Wirtschaftsform eindeutig der liberalen Weltwirtschaft zugeordnet bleiben.

Warum kann nicht die EFTA den Anfang eines neuen Zwischeneuropas, ein kooperatives "Intervalleuropa", bilden, wirtschaftlich wie politisch, angelehnt an die Europäische Gemeinschaft und gefördert durch Präferenzabkommen und zugleich doch offenbleiben gegenüber der Sowjetunion? In einem derartigen "Intervalleuropa" kann sich in Umrissen eine neue Karte des europäischen Kontinents entwickeln, die die Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen der Sowjetunion gewährleistet und zugleich doch die Türen zu einem gemeinsamen europäischen Haus öffnet.

Die zweite Idee, um die es geht, ist nicht weniger wichtig, im Grunde ist sie eine Voraussetzung der ersten. Sie wird vielfach propagiert als neuer Marshallplan. Dabei muß man sich deutlich machen, was der alte Marshallplan war. Er kam aus aufgeklärtem Selbstinteresse der Amerikaner und wurde wirtschaftliche Grundlage einer atlantischen Friedensordnung.

Ich meine jedoch, statt von einem neuen Marshallplan sollte man eher von einem europäisch-atlantischen Verbund mit verteilten Rollen und verteilten Aufgaben sprechen. Am Ende aber sollte nicht nur ein Wirtschaftsprogramm stehen. Es ist unübersehbar, und das ist der Kern dessen, was Gorbatschow mit Perestroika will, daß es nicht ausreicht, Kommandomechanismen zu ändern.

Was benötigt wird, ist ein Modus des Zusammenlebens, ein neuer Konsensus und eine neue, pluralistische Dynamik. Erst in diesem Zusammenhang kann sich Osteuropa entfalten. Wenn diese Kraft sich aber einmal entfaltet, dann gehen wir in der Tat auf ein neues Europa zu, das den Namen einer europäischen Friedensordnung verdient oder auch den Namen eines europäischen Hauses.

Ich freue mich, daß wir zu dieser umfassenden Thematik als Referenten Lawrence Eagleburger, Sir Christopher Mallaby und Horst Teltschik gewinnen konnten, und die Diskussionsleitung liegt wieder einmal in den bewährten Händen von Sir Ralf.

Dahrendorf

Vielen Dank, lieber Herr Körber, daß Sie uns wieder einmal zusammengerufen haben, um über ein Thema von hoher Aktualität und großer Bedeutung miteinander zu sprechen.

Wir hätten dieses Thema kaum zu einem dramatischeren Zeitpunkt zur Diskussion stellen können. Vielen von uns, so nehme ich an, sitzt das Massaker vom Platz des Himmlischen Friedens noch tief in den Knochen als eine extreme Möglichkeit der Beendigung von Reformprozessen. Auf der anderen Seite teilen viele von uns die großen Hoffnungen angesichts der Entwicklungen in Polen und in Ungarn. Und zwischen diesen beiden Extremen gibt es eine Menge Angst und Besorgnis und wohl auch viel Ratlosigkeit, gerade was die westliche Reaktion auf eine labiler gewordene Situation angeht.

Ich sehe den Sinn unserer Diskussion darin, dieser Ratlosigkeit ein bißchen abzuweichen, also ein paar Elemente zu liefern, die es j edem von uns erlauben, uns ein Bild von dem zu machen, was in der sich verändernden Welt vor sich geht und vielleicht auch einige Vorschläge zu entwickeln.

Eagleburger

While I am always pleased to be in Germany, I am particularly honored to be here today because this is a subject that's of importance to both sides of the Atlantic, that is: "How the West should respond to the East." It is an important question for all of the coming decade. And it certainly is an issue that the Bush administration is devoting a great deal of attention to.

Let me begin by saying that I intend to approach this subject with the Machiavelli principle deeply in mind. For those of you who wonder what this principle is, let me explain that when Machiavelli was dying some friends of his got a priest to come and give him the last rites. The priest sat by the deathbed and said: "My son, my son, do you repent of your sins and renounce the Devil?" And Machiavelli did not answer. After three or four more times of asking the same question without any answer, finally, in frustration the priest said: "I ask you for the last time, do you repent of your sins and renounce the Devil?" And Machiavelli looked at him and said: "This is no time to make new enemies!"

Success and Directions of Western Policies.

The topic before us is not new, of course. Part of the problem we face is in defining exactly what sort of period we are in. Some argue that we have already entered a new era in which the Soviet threat to Western Europe has virtually ceased to exist. And in which the countries of Eastern Europe, including the Soviet Union, are on an inexorable path towards joining the family of democratic nations. Others maintain that the only thing which has changed is Soviet rhetoric, while the Soviet war machine continues to pour out the instruments of aggression, nuclear and conventional, and Soviet armies continue to occupy the satellite nations of Eastern Europe.

My own view - and, I am pleased to say, that of the Bush administration as well - is that while both these perspectives contain some important kernels of truth, each by itself misses the mark. Yes, the Soviet Union remains a military colossus, and is in fact more powerful in strictly military terms today under Gorbachev than it was under Brezhnev. But it is equally true that a dramatic political transformation is underway in the Soviet Union and throughout Eastern Europe which, if carried to fruition, could alter fundamentally our terms of reference and indeed the security equation on the continent. The truth of the matter is that no one - least of all Mr. Gorbachev himself can say for sure where we are heading and whether the European order will be more stable 10 years from now than it was 10 years ago.

Obviously, there are going to be honest differences of opinion over the nature of change in the East. The purpose and indeed the value of our meeting today is to contribute to a common understanding in the West of the meaning of that change, without which a common approach to the East is impossible. I believe that all of us, however, would agree that the old approach - NATO's Harmel Doctrine of maintaining a strong defense while pursuing a constructive dialogue with the East across a broad range of issues - has been an unqualified success in terms of guaranteeing the freedom and prosperity of Western Europe. And I would argue that this approach remains a sound guide to the policies we in the West should pursue in the coming decade.

We all want to see the countries of the West integrated into a Europe that is free and whole. But the path from today's Europe to the Europe we seek crosses uncharted territory: The disintegration of Stalinist orthodoxy, the radical reduction of arms and armed forces, and the rapid evolution of the communist philosophy of social organization. How do we transit this terrain safely? How do we, as the

allies declared at the NATO summit three months ago, overcome the division of Europe, the consequences of which this country, more starkly than most, has had to endure?

Echoes of Ostpolitik

Grossly oversimplifying, there have been three major policy approaches towards managing relations with the East in the post-war years. One of these held that democracy and communism would evolve toward one another and, over time, would converge. An opposite view has been that the two systems were immutably different, and that the two sides should avoid confrontation wherever possible and work out a permanent *modus vivendi* for cohabiting the planet. This view gave birth to peaceful coexistence, Ostpolitik and detente. A third view - one which, according to most of the experts, was the least realistic - paralleled these two approaches, holding that if Western societies maintained their values and demonstrated their vitality, eventually the societies of the East would collapse of their own weight.

This, in fact, was the original view of George Kennan in the famous article he penned as "Mr. X." And, while detente and Ostpolitik made important contributions towards reducing tensions and improving communication, it is that early Kennan view that Western values would prove contagious and lead to fundamental change in the East which is, at least for the moment, most historically prescient.

Perhaps because of Germany's division, it takes little imagination here in Bad Godesberg to hear echoes of the second approach I described, that of Ostpolitik. The timeline is somewhat blurred, for those echoes go back to the early days of the Federal Republic, when Konrad Adenauer signed agreements to obtain the release of German prisoners of war and to establish relations with the Soviet Union. The Eastern treaties followed in the early '70s. On both sides of the Atlantic, we all harbored bright hopes of improved East-West relations and of a gradual erasing of the boundary that divides the German nation.

Ultimately, Ostpolitik and detente in the '70s ran afoul of realities. Some of these realities were outside of Europe, such as Moscow's occupation of Afghanistan, its aggressive policies in Central America, Africa and Southeast Asia. But the fact of the matter was that there were limits to what Ostpolitik could accomplish in those days in view of the fundamental differences in values which separated the two systems. In hindsight, it is clear that many of us expected too much of Ostpolitik and detente, and that we were mistaken in the attempt to pursue improved relations as an end in itself. The reduction in tensions we achieved then was thus to some degree a transient success which foundered when the Soviets made clear their refusal to alter in any meaningful way the war-created status quo or to grant the peoples of the East the freedoms that were called for in the CSCE process.

Europe's Changing Landscape

Clearly, the revival of interest in Ostpolitik today is the result of a set of circumstances entirely different from those which prevailed during the heyday of detente in the early 1970s. Then, the U.S. and the Soviet Union were preeminent in their respective camps, and sought to manage in a rational way the status quo which resulted from the post-war division of Europe. Today, that status quo is being eroded by the combined force of vibrant economic growth in Western Europe and a simultaneous process of economic decline and political decay in the East. And at the same time, the U.S. and the Soviet Union are finding that they lack the resources not only to maintain their former level of worldwide military and political competition, but also to dominate the agenda for their respective alliances.

It is difficult to say which side of Europe, East or West, is currently undergoing more decisive and epochal change. Under the umbrella of a secure NATO partnership, Western Europe is in the process of forging a new economic and political identity, and could very well stand on a par with the United States in economic and even military terms over the coming generation. There should be no doubt that the U.S. fully welcomes this trend; it promises to be the culmination for us of four decades of American support for European economic integration and political union. But we do expect that the new Europe will increasingly share with us the responsibility for managing a liberal trade order internationally and for promoting our common values throughout the world. And we also expect there to be a more mature and equitable sharing of risks, roles and responsibilities within the Alliance.

Meanwhile, the remarkable dynamism of Western Europe is exercising an immense pull on the nations of Eastern Europe. The information explosion, in particular, has confronted Eastern Europe not only with the prosperity of the West, but with liberal principles and ideas that hold no passports but cannot be stopped by national boundaries. Only 600 kilometers to the East, Poland and Hungary are undergoing transformations unimaginable even a year ago. Emigration is on the rise in many countries, and the barriers of barbed wire that scar the face of Europe have begun to come down.

The fundamental reason these changes are occurring is because the Soviet Union and some of its allies have come to the inescapable conclusion that their systems are simply not working, and because we in the West have remained faithful to our democratic values and have demonstrated the superiority of a free market economy. Soviet recognition of the increasing decrepitude of the "system" is the principal reason why the chances for a meaningful and indeed permanent change in the nature of East-West relations are better today than they have ever been before. And, while Soviet forces remain threatening to the West, Moscow appears now to recognize both the political and economic costs of its overarmament and adventurist policies, and has shown a new readiness - for its own reasons - to take account of our security concerns.

The changes in the East are incomplete, however, and there is a long, hard road ahead to meaningful political and economic liberalization. In some states the process of genuine change has not begun; in others, the record is inconsistent; and Romania and Bulgaria have offended the civilized world with their egregious treatment of ethnic minorities, not to mention their populations as a whole. But if the changes underway are institutionalized in law and expanded into new areas, the resulting East-West relationship will be more durable and more stable. As President Bush indicated at the NATO summit last May, we would like to put the issue of free elections on the CSCE agenda as we approach the Copenhagen meeting next year and in Moscow the following year.

U.S. Policy

U.S. policy toward change in Europe has been defined by the president in a number of speeches this year in which he strongly endorsed Western European movement toward integration - including efforts to create a "European Pillar" to NATO's defense - and in which he articulated his theme of moving beyond containment in relations with the East and erasing the division in this continent. In developing the President's approach, the United States has worked hand-in-hand with our allies. Bilaterally and at NATO, we have given considerable thought to the stepping stones needed to reach a Europe whole and free. What are some of these steps?

Charting the Road Ahead

First, we must define and sharpen the vision we hold for a future Europe. What do we seek to accomplish? The cause of freedom is a bold cause, and, in the end, we cannot support less than that which the people of the East demand; the freedom to determine without reservation their political and economic identities. Nor can we shrink from endorsing for others the values we would fight to preserve for ourselves, for these values remain the very basis of our outreach to the East.

The cause of freedom has, in fact, been the keystone of Western dialogue with the East since the Helsinki Final Act was signed fifteen years ago. At the outset of those negotiations, the Soviet Union viewed the Conference on Security and Cooperation in Europe as a static event - a gathering through which existing borders could be guaranteed, through which the West would be forced to ratify the status quo in Europe. This view conflicted with our vision of CSCE - one of a step-by-step process aimed at raising the level of trust between East and West and enlarging the fundamental freedoms of peoples east of that divide. This is the vision which has endured, and it has lent support to the burgeoning hopes we see for meaningful reform in the East today. We must continue to give weight to these hopes, and to the CSCE process on which they are built.

At the same time, the fundamental political and economic restructuring we seek in the East can only come through a step-by-step process. Radical transformation will not occur overnight.

Eastern Europe faces hard decisions in the months ahead. The United States has tried to encourage a sense of realism among East Europeans about the difficulty of the path on which they are embarked; equally, we have made clear that there are limits to our assistance to that effort. Just as East Europeans must set realistic near-term goals for their reform efforts, we in the U.S. intend to target our aid toward concrete projects in the belief that it is in this way that we can be of maximum assistance and influence. We believe that the will for change must come from within Eastern European societies, and we are pushing our own private sector to become a catalyst for the kind of systematic change in the East which alone can guarantee the success of reform.

This brings me to a second point: The need for complementarity in our approach to the East. Some forty years ago, the U.S. helped rebuild a shattered European economy through the Marshall Plan. Now, as Western Europe forges an identity of its own, it is only natural that it take on more responsibility for promoting positive change in Europe and elsewhere in the world.

The U.S., Canada and Western Europe have rarely been more unified in their approach to major policy goals than they are today. Our basic unity of purpose was clear in the Vienna talks on

Conventional Armed Forces in Europe (CFE), where the West tabled a new proposal aimed at achieving a radical transformation of the military map of Europe. It was equally clear at the NATO Summit, in the pledge by NATO members to work together to overcome Europe's division. And, at the Paris Economic Summit, G-7 countries assigned to the European Community the task of coordinating Western economic aid to Poland and Hungary. All of these developments demonstrate complementarity of purpose in our new Osipolitik. Each is a solid step on what will be a long and demanding road.

As we approach the next decade, we must continue to make use of NATO, the EC, the IMF and other International organizations in a flexible way to promote the political and economic objectives we seek in our relations with the East. We also must foster a closer partnership with Japan, which has the economic strength to help effect structural changes that must underpin democratic development in Eastern Europe.

Let me stop here for a moment to make a point. I believe that all of us, Europeans and Americans, are guilty of focusing too narrowly on the Transatlantic relationship, and not enough on what we need to do to bring the Japanese into the community of Western nations as a full-fledged political - and not just economic - partner. Our efforts to promote constructive change in Eastern Europe - and a stable new world order more generally - will be less than they could be until the Japanese are allowed to take their rightful place among us and assume the responsibilities appropriate to that place.

Predicting Success

Mallaby

1. It is not polite for a guest to start by contradicting the way his hosts have formulated the subject but I am going to take that risk. I think our theme for this seminar should begin not with a question, but with a statement. Europe is on the move. We are on the way to a different Europe. We do not yet know what it will be like, and we need - and this is the second part of our theme today - to devise coordinated Western policies which preserve and increase freedom, security and prosperity in Western Europe and promote them in Eastern Europe.

2. In Western Europe, as Herr Korber said, we are creating the Single Market, which is bringing new flexibility and freedoms in our economies, and will further increase our already great prosperity. The present is one of the great periods of progress in the Community. On the other side of Europe in the Soviet Union, there are dramatic changes domestically and changes in foreign policy. And in Eastern Europe the change in Poland and in Hungary is breathtaking.

3. When war began in 1914, the British Foreign Secretary, Sir Eduard Grey, said that the lamps were going out all over Europe. Today we can say that the lamps, which for over 40 years have been shining brightly in Western Europe, are going on again in many parts of Eastern Europe too. Think also of Sir Winston Churchill's remark in 1946 - that an iron curtain was descending across Europe. Our aim today, I suggest, must be to reach a state of affairs where we can declare that the Iron Curtain is lifting across the whole continent from the Baltic to the Adriatic.

4. It is clear both that we are not yet in a position to reverse Churchill's remark and that we have more chance of reaching that position than ever before. Important countries in Eastern Europe are not reforming. Look at Romania. Or think of the irony that the country invaded in August 1968 is declaring the Tightness of that invasion, while many representatives of two of the invaders - Poland and Hungary now say the invasion was wrong. But think also of the positive changes: the new influence of the Supreme Soviet, accepting and rejecting Ministerial nominations with the panache of the US Senate; and above all the non-communist government in Poland, the first in the whole area for 40 years. The: same Polish president who introduced martial law and outlawed Solidarity now has a Solidarity prime minister.

5. Where will it end? We cannot yet tell. Obviously, the different Europe that is coming can be a better Europe. In time there will presumably be a new stable situation in that vast area now in flux from the Elbe to the Pacific. Or perhaps I should have said there will be situations - in the plural. There is no reason, for instance, to expect the destinies of Poland and Romania or of Estonia and Czechoslovakia to be the same. Whereas in the 1950s and 1960s the world communist movement debated "different roads to socialism", today we are seeing "different roads from socialism".

6. Nor do we know how long the process of change in the Soviet Union and Eastern Europe may take. I think it cannot be less than a generation and it could be much more. It is clear that Gorbachev is willing to allow much more change in Eastern Europe than his predecessors did. It is not clear that any kind of change would be tolerated by the Soviet Union. It is clear that there are critical economic

problems in the Soviet Union and Eastern Europe, and this of course is a major source of instability and a crucial challenge to the reformers, which they will have tremendous difficulty in mastering. It is clear that there is resistance to reform in the Soviet Union and that the tensions between nationalities there have come to the surface and are erupting frequently in violence. That is alarming to the Russian population, now less than half the total. There will be setbacks in the processes of reform in the various countries. There may be periods of reaction. There will be violence within some countries and crises between some countries as old animosities resurface.

7. So there is a potent mixture of progress already underway, resistance to further progress and hope yet uncertainty for the future. And all that in the area where both World Wars started and where the two most powerful military forces in history today face one another. The West has strong incentives to seize the opportunity for progress in East-West relations. It is quite clear to me that passivity is simply not an option. The West is not in a position to wave a magic wand and resolve the problems now facing the countries of Eastern Europe. On any analysis it is the latter whose actions will count most. That is true in practical reality but it is also part of the principle of self-determination. But an active Western policy can encourage progress and achieve gains in East-West relations, and for the security of all Europe, which were not possible before.

8. There is indeed a need for a better coordinated Western approach. And that is possible and desirable. Possible because there is no need for everyone to sing in unison. There will always be some differences of tone in this area of policy between, for instance, the United Kingdom and the Federal Republic of Germany - differences only of tone. Or between the Europeans and the Americans. But there need be no differences which would preclude wide Western harmony. The Europeans know that, although their practice of Ostpolitik will sometimes differ from that of the United States, it will not be successful unless it is complementary to current United States approaches to the superpower relationship. Only a coordinated Western approach can make the most of the opportunities now for improving East-West relations. And the more each of us knows about the intentions of the others, the less scope there will be for misunderstanding or surprises.

9. My own country is intent on being fully involved in that process. Mrs. Thatcher has had an active dialogue with Mr. Gorbachev for many years and is going to Moscow again later this month. His first visit to Britain, when they first met, was in 1984. And during his third visit, last April, he said that the British Government had been "the first in the West to discern the approaching changes in the Soviet Union." And I quote him again: "The fact that Mrs. Thatcher and I tell each other only what we mean to say builds a stable atmosphere of trust and enhances the predictability of our policies."

10. The big question is: what should be the guidelines for a coordinated Western approach in the opportunity we have? We all agree I think that the Harmel prescription remains right. NATO reaffirmed it at the summit in May. Adequate military strength and political solidarity are the basis for constructive East-West dialogue and cooperation. The Alliance agreed, in other words, that defence based on conventional and nuclear forces was still a precondition of a successful policy of dialogue. The reasons for maintaining adequate defences are compelling:

- Although we have a good chance of reducing, even removing, the barriers and tensions in Europe, we cannot be sure that we shall succeed.
- The process of metamorphosis from the Elbe to the Pacific, and therefore the period of uncertainty, will be long.
- We cannot foresee what the resulting pattern of different situations in different countries will be.
- If we degrade our defences by reduction or obsolescence, the Soviet Union has less incentive - or no incentive - to negotiate seriously about arms control.
- Russia, for a hundred years, has sought with determination to build up influence in the world. Under the last Tsars and under Stalin there was major territorial expansion. You simply cannot exclude future reversion, or a degree of reversion, to such attitudes. We must be able to cope with that risk. Nor should we forget one very simple fact about power in Europe: the Soviet Union is four times larger than all the other countries of Europe together. And the Red Army is the strongest organisation after the Communist Party, and the authority of the Communist Party may today be being diluted.

11. So, a policy of defence and dialogue for the West is a policy for all seasons. If progress continues as we want in East-West relations, the dialogue side of that policy will produce valuable results. If there are setbacks, the defence side of that policy will ensure that our security is not prejudiced.

12. But maintaining adequate defences need not mean maintaining the same level of defences. Arms control can bring reductions which enhance security. The biggest military source of insecurity in

Europe these past 40 years has been the enormous imbalance in conventional forces. The new developments in the Soviet Union give us the opportunity to make a major bid to remove it. And that was the purpose of the proposals launched by the NATO summit in May. It was an example of how to seize an opportunity - especially since the purpose is to seek agreement on these dramatic reductions within six to twelve months.

The START negotiations, the negotiations on chemical weapons, the negotiations on confidence and security building measures - all are evidence that the West has set a far-reaching agenda and is working energetically to exploit the opportunity we have for major progress.

13. The NATO summit declaration also spoke of "bringing about a just and lasting peaceful order in Europe." I know that Germans in the Federal Republic think of that particularly as a means of increasing links with Germans in the German Democratic Republic. The Federal Government policy of building such links over the years has been successful. There must also be a very high chance that such links can be multiplied even more in the next few years. The policy of the United Kingdom, as of the United States and France, has consistently been to keep open the legal possibility of reunification, so that the option is maintained and self-determination, which we all want to see, remains possible for the Germans. How can we best set about achieving the "peaceful order" of which NATO speaks in the declaration? To British minds at least this concept needs defining in terms of practical requirements and steps towards the goal.

There was a less-noticed part of the NATO Declaration where the leaders said that they intended to invoke the CSCE mechanisms, and the provisions of other international documents, to bring all the Eastern countries to:

;-,,enshrine in law and practice the human rights and freedoms agreed in international covenants and in CSCE;

- to tear down the walls that separate the two halves of Europe physically and politically. To simplify the crossing of borders, to increase the number of crossing points along the dividing line across Europe ...

- to ensure that people are not prevented by armed force from crossing frontiers and boundaries ...

- to respect in law and practice the right of all the people; in each country to determine freely and periodically the nature of the government they will have."

14. Those elements in the NATO declaration derive from British proposals and I am glad that the East German regime, in June, announced that the orders to border guards along the inner-German border on the use of guns had indeed been made more restrictive. I hope that the East German regime will go further and stop altogether the barbaric practice of shooting at persons crossing the border. I will leave it to German participants here to comment on the current situation in the German Democratic Republic and on the wave of emigrants from East to West Germany. I would only make one comment that the most important fact for me about the latter is that thousands of people are reaching freedom.

15. The West, and this is my main message, should not only seize the opportunity of improvements in East-West relations, we should also enshrine them in binding documents and try to make them irreversible so that they may remain if there are setbacks in the future between East and West. Wherever we can we should acknowledge positive changes in Eastern Europe.

- In the political field, and here I want to become more specific, we should pursue dialogue and contacts much more intensively than before at all levels. One field in particular now is parliamentary contacts - in the case notably of Poland. We should offer advice on practical aspects of parliamentary democracy and a market economy. There is a role here for our own political parties. The British government has set up a fund of \$ 40 million to provide help of that kind for Poland and some thirty projects are being considered for funding. They will involve the transfer to Poland of the knowhow of pluralism - know-how about how to run political parties, about operating the rule of law and independent courts, about operating a free press, about privatising businesses and banks and managing them in a free-market economy.

- In the economic field, the test case now is Poland. Economic progress in Poland under the new government would be an irresistible example to other countries in Eastern Europe. There are limits to what the West can do, but we should do everything we can. We must not fumble this historic opportunity.

Mrs. Thatcher yesterday took an initiative: she wrote to Chancellor Kohl and to President Bush and to President Mitterrand about the steps that are needed. The first need is for Poland to reach an

agreement with the IMF that will provide for a lasting process, a reliable process, of economic reform. The agreement is bound to be exacting but it should not be unbearable in its insistence on austerity. And it can open the way to major advantages for Poland: international credits from the IMF and the World Bank, a medium term agreement on debt.

Meanwhile, as that is worked on, the European Community is providing, free, large amounts of grain and meat and other food supplies. And the Polish currency generated by the sale of this food within Poland will go to a fund to advance another urgent need - the restructuring of Polish agriculture. The European Community has also just concluded a trade and cooperation agreement with Poland, setting a timetable for the abolition of most of the discriminatory quantitative restrictions on Polish imports to the Community. A quarter of Poland's exports already go to the Community.

Teltschik

Europa verändert sich

Europa ist in Bewegung. Der schwerfällige Geleitzug der Europäischen Gemeinschaft hat neue Fahrt aufgenommen. Das erklärte Ziel, bis Ende 1992 den europäischen Binnenmarkt zu vollenden, hat eine Dynamik ausgelöst, die die Politiker selbst überrascht hat. Die Dimension dieses europäischen Einigungsprozesses weist bereits heute weit über die wirtschaftliche Perspektive hinaus, auch wenn dies einige Mitgliedstaaten nur widerstrebend zur Kenntnis nehmen oder gar ablehnen. Dies gilt nicht nur für den neuerlichen Versuch, eine Wirtschafts- oder Währungsunion anzustreben, sondern auch für die wiederaufgelebte Diskussion, eine politische Union, die die Sicherheitspolitik einschließt, stärker in Betracht zu ziehen. Diese Überlegungen haben vor allem durch die deutsch-französische Zusammenarbeit neue Schubkraft erhalten.

Die Wirkungen reichen jedoch über die Europäische Gemeinschaft hinaus. Sie haben dazu geführt, daß die EFTA-Staaten ihre Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft überdenken. Die Schlußfolgerungen führten sie dazu, entweder wie Österreich den Beitritt zu beantragen oder zumindest die "externe Integration" anzustreben, also beitragsfähig zu bleiben, um nicht beitreten zu müssen, wie es der Direktor des Schweizer Bundesamtes für Außenwirtschaft, Franz Blankart, formuliert hat.

Die Diskussion hat längst auf die östlichen Nachbarn übergegriffen, vor allem auf Ungarn und Jugoslawien. Aber die Normalisierung der Beziehungen der Sowjetunion zur EG, wie sie im Juni 1988 durch die Gemeinsame Erklärung zwischen der EG und dem RGW zum Ausdruck kam, die darauffolgende Aufnahme diplomatischer Beziehungen der sozialistischen Staaten mit der EG und ihre laufenden oder schon abgeschlossenen Verhandlungen über Handels- und Kooperationsabkommen mit der EG, verstärken die Wirkungen, die vom westeuropäischen Integrationsprozeß auf das östliche Europa ausgehen. Man kann deshalb mit Fug und Recht sagen: Europa wandelt sich, weil sich Westeuropa wandelt.

Andererseits scheinen wir in Osteuropa eine gegensätzliche Entwicklung zu erleben. Die sozialistisch-kommunistischen Staaten befinden sich alle mehr oder weniger in einer umfassenden Krise ihres politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems.

Das verändert ihre Beziehungen untereinander. Das Prinzip des proletarischen Internationalismus als Grundlage ihrer Beziehungen trägt nicht mehr. Die gegenseitigen Abhängigkeiten werden immer mehr zur Belastung. Der RGW degeneriert zu einer Hülle ohne Inhalt. Der Zwang, sich auf die eigenen Kräfte verlassen oder neue Partner suchen zu müssen, verstärkt die Emanzipation auch gegenüber der Führungsmacht, zumal diese sich selbst immer mehr auf sich selbst zurückgeworfen sieht. Die Erosion des östlichen Bündnissystems im herkömmlichen Sinn scheint unaufhaltsam.

Die Versuchung liegt nahe, aus diesen gegenläufigen Entwicklungen in West- und Osteuropa, hier Integration, dort Desintegration, einen Gegensatz zu konstruieren, in dessen angeblicher Unauflöslichkeit die Tragik unserer Zeit schlechthin zu erkennen wäre. Diese Tragik wird noch schärfer ins Licht gerückt, wenn darauf verwiesen wird, daß in dem Augenblick, da die Bündnispartner Moskaus ihre nationale Identität wiederentdecken, die Westeuropäer vor der Aufforderung stehen, auf nationale Rechte zugunsten der Integration zu verzichten. Zurren wir also in Westeuropa in dem Moment etwas fest, was den Emanzipationsprozeß der Mittel- und Südosteuropäer nicht nur stören muß, sondern am Ende gar zum Scheitern bringt?

Revolution, Erosion und Stagnation im Warschauer Pakt

Eine solche Betrachtungsweise ist nicht nur kurzfristig, sondern politisch überaus gefährlich. Sie verleitet zu dem fatalen Schluß, der westeuropäische Integrationsprozeß müsse zumindest

abgebremst, wenn nicht sogar ganz eingestellt werden. Falsche Propheten dieser Art finden sich auf der extremen Rechten wie auf der extremen Linken.

Diese vordergründige, wenn auch plausible Argumentation verkennt, daß die Erfolge der westeuropäischen Integrationspolitik als ein wesentlicher Faktor für die Veränderungen im Osten wirken und die Wiedergewinnung des nationalen Handlungsspielraums der Warschauer-Pakt-Staaten überhaupt die Voraussetzung dafür ist, langfristig über neue gesamteuropäische Ordnungsstrukturen nachdenken und die Wege dazu bereiten zu können. Gesamteuropa wandelt sich also, weil sich West- und Osteuropa wandeln.

Für diese revolutionären Veränderungen in Europa gibt es eine wichtige Rahmenbedingung. Das ist das Verhältnis zwischen West und Ost allgemein und das zwischen den beiden Weltmächten im besonderen. Die Bereitschaft von Präsident Reagan, nach seiner Wiederwahl im November 1984 die Beziehungen zur Sowjetunion umfassend zu entwickeln, die Gipfeldiplomatie aufzunehmen und in der Folge konkrete Abrüstungsschritte zu vereinbaren, traf mit der Entschlossenheit des im März 1985 neu gewählten sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow zusammen, sein Land umfassend zu reformieren, es nach außen zu öffnen, Konflikte abzubauen und die Zusammenarbeit mit dem Westen, allen voran mit den USA, zu suchen.

Diese in der Nachkriegsgeschichte bisher umfassendste West-Ost-Entspannung bleibt ein entscheidendes Lebenselixier für die Reformen in den sozialistischen Staaten. Sie ist aber auch eine Grundbedingung dafür, daß sich die Beziehungen zwischen den West- und Ost-Europäern entwickeln und intensivieren können.

Diese Wechselwirkungen müssen wir im Blickfeld behalten, wenn wir eine gemeinsame westliche Ostpolitik konzipieren wollen. Dies gilt aber auch für die Entwicklungen innerhalb der Staaten des Warschauer Paktes, die wir inhaltlich wie in ihren Wirkungen sachgerecht einschätzen müssen.

Die Antwort von Generalsekretär Gorbatschow auf die Systemkrise der Sowjetunion ist eine umfassende Reformpolitik. Er selbst spricht immer wieder von einer "Revolution". Sie umfaßt alle Bereiche von Staat und Gesellschaft und macht auch nicht vor der Ideologie der KPdSU und dem KGB halt. Das ist der entscheidende Unterschied zu seinen Vorgängern, die sich bei ihren Reformversuchen weitgehend auf die Wirtschaft beschränkt hatten.

Mit seiner Politik der "Demokratisierung", der Gorbatschow auf dem ZK-Plenum im Januar 1987 ausdrücklich Vorrang vor "Perestroika" gegeben hat, und mit dem Instrument "Glasnost" hat Gorbatschow politische und gesellschaftliche Veränderungen eingeleitet, die in unserem Sinne in eine gute Richtung weisen - in die Richtung von Gewaltenteilung, Dezentralisierung, Pluralismus, mehr Rechtssicherheit und mehr Menschenrechten.

Dieser Reformprozeß ist angesichts der Notwendigkeit, jahrhundertealte autoritäre Traditionen Rußlands und der Sowjetunion überwinden zu müssen, in seinem Ausmaß gigantisch und im gleichen Maße schwierig. Das gilt um so mehr, als eine solche revolutionäre Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen naturgemäß zu einer erheblichen Destabilisierung führen muß und auch geführt hat. Das Problem verschärft sich noch durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wachsende Versorgungskrise und vor allem durch das Aufbrechen der Nationalitätenfrage, die das Gesamtgefüge der UdSSR zu erschüttern drohen. Damit ist Gorbatschow ein Joch auferlegt, das kaum noch tragbar erscheint. Seine Antwort besteht vor allem darin, Partei- und Staatsbürokratie unter ständigen Leistungs- und Entscheidungsdruck zu halten und jedes Problem in politischen Terraingewinn für sich umzumünzen. Andererseits könnten die eingeleiteten Veränderungen und die wachsende Politisierung breiter Bevölkerungsschichten allmählich eine Eigendynamik entwickeln, die eine radikale Umkehr nur noch zu einem Preis zuließe, den eine Sowjetunion mit dem Anspruch, Weltmacht zu sein, immer weniger zu bezahlen in der Lage sein könnte - wer immer die Verantwortung trüge.

Hoffnung paart sich mit Skepsis: die Hoffnung, daß es keinen anderen Weg als den jetzt eingeschlagenen Reformkurs gibt; die Skepsis, daß die Entwicklung außer Kontrolle geraten und in traditioneller Weise eingegriffen werden könnte. Eine Abspaltung des Baltikums beispielsweise unterbände die sowjetische Führung mit Sicherheit notfalls auch militärisch. Eine gemeinsame westliche Ostpolitik muß sich deshalb auf alle Möglichkeiten rechtzeitig einstellen.

Die Politik Gorbatschows ist aber nicht nur eine Antwort auf innenpolitische und wirtschaftliche Erfordernisse, sondern zugleich die Reaktion auf globale Entwicklungen. Die logische Folge mußte auch ein Umdenken in der sowjetischen Außenpolitik sein.

Gorbatschow weiß, daß seine Reformpolitik nur erfolgreich sein kann, wenn er sein Land öffnet, die internationale Zusammenarbeit sucht, sich den weltwirtschaftlichen Bedingungen anpaßt, Konflikte abbaut und den Rüstungswettlauf beendet. Gerade in Ermangelung kurzfristiger innenpolitischer Erfolge wird Gorbatschow daran interessiert sein, rasche außenpolitische Erfolge und Ergebnisse in der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle zu erreichen. Hier bieten sich auch zukünftig entscheidende Ansatzpunkte für eine gemeinsame westliche Ostpolitik.

Stellt man der Reformpolitik Gorbatschows die Politik seiner Bündnispartner gegenüber, so ergibt sich ein differenziertes Bild:

Polen und Ungarn gehören zur Avantgarde der Reformer und verstehen sich auch so. Sie fühlen sich nicht im Widerspruch zur Politik der gegenwärtigen sowjetischen Führung, sondern eher von Gorbatschow und seiner Politik ermutigt. Sie sehen deshalb auch eine unmittelbare Wechselwirkung zwischen ihrem Erfolg und dem Gorbatschows, wie sie andererseits befürchten, daß ihr Mißerfolg auch für Moskau einen Rückschlag bedeuten würde.

Beide Staaten befinden sich in einer historischen Umbruchphase, die das Gesamtsystem erfaßt hat und das Machtmonopol der kommunistischen Partei in Frage stellt. Angesichts der dramatischen Wirtschafts- und Versorgungskrise und der hohen internationalen Verschuldung gerät die Reform zu einer Flucht nach vorn. Aber darin liegt auch ihre entscheidende Schwäche. Stellt sich eine Verbesserung der Lage nicht relativ rasch ein, kann dies die Reformkräfte insgesamt diskreditieren und zum Scheitern bringen.

Andererseits ist das Fehlen anderer Möglichkeiten, die Angst vor einem Chaos, in dem keine Seite mehr die Entwicklung kontrollieren kann, gewissermaßen der Kitt, der gegenwärtig in Polen die PVAP, die "Solidarität" und die Kirche zusammenhält und nach vorne gehen läßt. Die Reformer selbst wissen, daß eine innere Krise oder gar eine bürgerkriegsähnliche Situation das Ende ihrer Bemühungen bedeuten könnte.

Ebenso offensichtlich ist, daß Polen und Ungarn ihre Reformziele nicht aus eigener Kraft erreichen können. Im Gegensatz zur Sowjetunion verfügen sie nicht über ausreichende eigene Ressourcen. Sie müssen sich deshalb erst recht zu anderen Staaten öffnen, Zusammenarbeit und Hilfe suchen, wo immer sie sie finden können.

Die Emanzipation von der Sowjetunion und die Hinwendung zum Westen ist deshalb kein Selbstzweck. Sie ist ein Beitrag zur inneren Stabilisierung, das Bestreben, einen Ausweg aus der wirtschaftlichen und finanziellen Krise zu finden.

Bulgarien hat sich ebenfalls auf den Weg zu Wirtschaftsreformen begeben und beginnt, wenn auch sehr zögernd, erste politische Reformen einzuleiten. In Abgrenzung von Polen und Ungarn möchte die bulgarische Führung alles vermeiden, was zu einer inneren Destabilisierung führen und damit das Machtmonopol der Partei in Frage stellen könnte.

Dies gilt noch mehr für die CSSR, wo zwar die Einsicht in die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen wächst, aber die Sorge überwiegt, daß damit Entwicklungen eingeleitet werden könnten, denen sich die Führung nicht gewachsen fühlt.

Stagnation und Erstarrung kennzeichnen Rumänien und die DDR. Man mag Rumänien noch als besonders bizarres Gebilde abtun, gegenüber der DDR wäre eine solche Einstellung ein schwerwiegender Fehler. Dort ist heute die Situation sicherlich am labilsten.

Einer unbeweglichen Führung steht der wachsende Druck der Bevölkerung gegenüber, die Reformen fordert oder einen Ausweg im Verlassen des Landes sucht. Der legale und illegale Exodus von über hunderttausend Menschen aus der DDR in diesem Jahr ist ein Aderlaß ohnegleichen, der nicht zur Regel werden kann.

Die Haltung der SED läßt sich aus der Aussage ihres Cheftheoretikers Professor Otto Reinhold erklären, nämlich, daß eine "kapitalistische DDR neben der kapitalistischen Bundesrepublik" keine "Existenzberechtigung" hätte. Doch am Ende könnte auf die SED zutreffen, was der chinesische Bürgerrechtler Fang Lizhi gesagt hat: "Wenn die Partei reformiert, schränkt sie ihre Macht ein - wenn sie nicht reformiert, verliert sie ihre Macht."

Dahrendorf

Die drei Referenten haben zumindest eine Landkarte des Gebiets geliefert, in dem wir uns mit unserer Diskussion bewegen wollen und das sehr umfangreich, kompliziert und zum Teil schwer

durchschaubar ist. Dabei haben sie Richtungshinweise, aber auch unterschiedliche Akzente in ihrer Analyse gesetzt.

Herr Eagleburger hat, was die Entwicklungen zwischen Ost und West angeht, auf drei Stufen hingewiesen. In der ersten Stufe stand der Gedanke einer Konvergenz im Vordergrund. Dabei dachte er sicher vor allem an die 50er oder die frühen 60er Jahre. In einer zweiten Stufe ging es vornehmlich um den permanenten "Modus vivendi", also um die gegenseitig akzeptierte Tatsache, daß hier zwei politisch unterschiedlich organisierte Bereiche miteinander auskommen müssen und auch wollen. Da war dann von Koexistenz und Entspannung die Rede, was auch mit der ursprünglichen Ostpolitik identifiziert wurde.

Wie aber ist die dritte Stufe zu charakterisieren? Da gibt es wohl doch Nuancen zwischen unseren Referenten. Herr Eagleburger sprach vom Kollaps des Ostens und von der Notwendigkeit, sich deshalb neu zu orientieren, gleichzeitig aber die Verteidigungsbereitschaft zu erhalten. Sir Christopher hat deutlich das gefährliche Gebräu von Fortschritt und Reaktion in den osteuropäischen Ländern hervorgehoben und das Stichwort "different roads from socialism" gebraucht, unterschiedliche Wege, die aus der gegenwärtigen Situation führen. Herr Teltschik schließlich hat nicht den permanenten Modus vivendi verteidigt, aber von Entwicklungen in beiden Teilen Europas gesprochen, die beide Seiten dazu zwingen, sich miteinander und aneinander neu zu orientieren. Er hat dabei, stärker als Herr Eagleburger und Sir Christopher, die Betonung auf die Sowjetunion und die Einheit des östlichen Bündnisses gelegt.

Das sind Ansatzpunkte für die Diskussion; es gibt sicher noch viele andere. Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst mit einer allgemeinen Debatte beginnen, bevor wir uns zu einem späteren Zeitpunkt speziellen Themen gründlicher zuwenden sollten. Ich denke dabei insbesondere an die ökonomischen Fragen, aber auch an all das, was mit der deutschen Frage zusammenhängt, und nicht zuletzt an ein Thema, das mir besonders am Herzen liegt, nämlich an die Entwicklung von civil societies in Osteuropa. Sir Christopher hat diese Frage ja bereits angeschnitten und sie als einen Kernpunkt einer gemeinsamen westlichen Ostpolitik bezeichnet.

Carr

Mir ist aufgefallen, daß sowohl Lawrence Eagleburger als auch Sir Christopher recht schnell über die Frage der deutschen Wiedervereinigung hinweggegangen sind. Beide haben nur gesagt, daß unsere Länder dies als Ziel unterstützen. Es ist ja durchaus ein offenes Geheimnis, daß solche öffentlichen Verlautbarungen seit dem Abschluß des Deutschlandvertrages von 1954 in schöner Regelmäßigkeit abgegeben werden, während man in privaten Kreisen beinahe genau das Gegenteil hört, auch von seiten der Franzosen. Ich würde es deshalb für nützlich halten, uns dieser Frage einmal explizit zuzuwenden; denn wir wären blind, taub und stumm, wenn wir nicht erkennen wollten, daß die deutsche Frage jetzt wieder auf die Tagesordnung kommt. Ich würde unter diesen Umständen gerne wissen, was die Verbündeten, die beteuern, daß ihnen die Wiedervereinigung am Herzen liegt, obwohl sie sie in Wahrheit nicht wollen, daran tatsächlich so beunruhigt.

Dazu fallen mir auf Anhieb drei Punkte ein. Der erste ist der ökonomische Aspekt, der allerdings am wenigsten ins Gewicht fällt. Was würde ein vereinigt Deutschland in der Mitte Europas mit einer Bevölkerung von nahezu 80 Millionen Menschen und einem Bruttosozialprodukt, doppelt so groß wie das von Großbritannien oder halb so groß wie das von Japan, für die Nachbarländer bedeuten? Wäre diese Wirtschaftsmacht eher ein ungeheurer Antriebsmotor für die wirtschaftliche Entwicklung im sogenannten gemeinsamen Europäischen Haus, oder wäre sie mehr ein Hemmschuh, eine Quelle des Neides und des Ärgers für ihre Nachbarn? Dabei sollten wir nicht übersehen, daß die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik eine beachtliche Dynamik in sich birgt, die erstaunlicherweise in den deutschen Medien kaum erörtert wird.

Der zweite Punkt der Beunruhigung wäre ein vereinigt, aber neutrales Deutschland entsprechend den Vorstellungen, für die die SPD und Kurt Schumacher in den 50er Jahren gekämpft haben. Das würde bedeuten, Deutschland ginge für den Westen verloren. Das würde indes dann nicht so viel ausmachen, wenn man davon ausgehen kann, daß sich die Blöcke ohnehin auflösen und die Sowjetunion sich zu einer dauerhaft friedlichen Macht entwickelt. Können wir aber mit einer solchen Entwicklung nicht sicher rechnen, wäre ein neutrales Deutschland in der Tat ein sehr beunruhigender Faktor.

Der dritte Punkt, den ich hier leider ins Spiel bringen muß, wäre ein vereinigt, aber ruheloses Deutschland, das sich nach den Grenzen von 1937 sehnt. Das mag nach dem traditionellen Kommentar der Angelsachsen klingen, wenn sie dieses Schreckgespenst aus dem Schrank holen. Wenn man aber sieht, welch geringes Echo beispielsweise die Stellungnahme des

Bundespräsidenten in den letzten Tagen zu dieser Frage gefunden hat, wird deutlich, was da unter der Oberfläche liegt. Ich möchte dazu Golo Mann zitieren, der gesagt hat: Wenn die Grenzen von 1937 tatsächlich wiedergewonnen würden, würde die ganze grauenhafte Geschichte wahrscheinlich noch einmal von vorne beginnen. Darüber sollte man zumindest nachdenken.

Deshalb ist meine Frage, die das Thema dieses Gesprächs unmittelbar betrifft: Welche Konstruktion Europas ist vorstellbar, die sowohl eine Wiedervereinigung erlaubt, als auch die Probleme berücksichtigt, die eine Wiedervereinigung möglicherweise mit sich bringt? Welche Sicherheiten können wir entwickeln, und tun wir das auch tatsächlich oder, wenn das nicht der Fall ist, warum vernachlässigen wir diesen Punkt?

Eagleburger

Herr Carr wirft uns vor, wir würden die Frage der Wiedervereinigung leichthin übergehen. Meine Antwort mag Sir Christopher ein wenig ins Hintertreffen bringen. Ich habe bereits in meinem Referat gesagt und dies vorher auch schon in Erwiderung auf einen Artikel von Theo Sommer geschrieben: Der einzige Verbündete der Bundesrepublik Deutschland, der sich über die deutsche Wiedervereinigung nicht beunruhigt, sind die Vereinigten Staaten. Sie können jeden Durchschnittsamerikaner in den USA befragen, ob er über eine Wiedervereinigung Deutschlands besorgt sei, und Sie werden feststellen, daß diese Vorstellung nur einen von zehntausend schreckt. Das mag darin begründet sein, daß die Vereinigten Staaten zwar in zwei Kriegen gegen Deutschland gekämpft haben, aber in beiden Kriegen nicht mit der Erbitterung, wie das in manch einem europäischen Land der Fall war.

Ich betone also, daß es zumindest seitens der Vereinigten Staaten keinerlei politische Vorbehalte gegen eine deutsche Wiedervereinigung gibt. Fast alle Amerikaner sagen, wenn sie danach gefragt werden, daß ein geteiltes Deutschland unnatürlich sei, und deshalb sollte es selbstverständlich wiedervereinigt werden.

Es gibt dann jene Leute in den Vereinigten Staaten, die mit den deutschen Angelegenheiten tief vertraut sind und die in dieser Hinsicht aus einer gewissen Besorgnis angesichts der aktuellen Ereignisse keinen Hehl machen. Sie befürchten, die Bundesrepublik könnte sich vom Westen lösen, wenn die Entwicklung im Osten zu einer Auflockerung führt, und eine Art neutralisiertes Deutschland könnte die Folge sein. Ich halte solche Überlegungen und Befürchtungen für unsinnig. Man braucht sich ja nur die jetzige Flüchtlingswelle von Ost nach West vor Augen zu führen, um die Dinge richtig einzuschätzen.

Eine deutsche Wiedervereinigung, wenn sie denn irgendwann stattfindet - fragen Sie mich nicht wann?; das weiß ich auch nicht;- , wird zu Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland vonstatten gehen, nicht zu ostdeutschen oder zu Moskauer Bedingungen. Ich kann mir absolut nicht vorstellen, daß der normale westdeutsche Bürger, nicht zu reden von der politischen Führung, über das, was die Bundesrepublik sowohl wirtschaftlich als auch politisch an Freiheit und so weiter erreicht hat, mit sich handeln lassen würde, um dafür eine Art von Wiedervereinigung zu erlangen, die all das verleugnet, was die Deutschen im Laufe der letzten 40 Jahre aufgebaut haben. Ich glaube das einfach nicht.

Nun zu der Frage einer westlichen Ostpolitik, die also die Beziehungen zu Osteuropa und zur Sowjetunion beinhaltet. Bei allem Respekt, dafür dürfte die Frage der deutschen Wiedervereinigung nicht so schrecklich relevant sein. Wir haben uns mit den Vorgängen in Polen, in Ungarn und in der Sowjetunion zu befassen und müssen die Konsequenzen durchdenken, die sowohl ein Erfolg als auch ein Scheitern dieser Entwicklung mit sich bringen würden. Das hat alles recht wenig mit der deutschen Frage zu tun. Von daher kann ich auch die Frage von Herrn Carr nicht beantworten, wie ein Europa aussehen müßte, das eine deutsche Wiedervereinigung ertragen könnte, und welche Sicherheitsvorkehrungen - wogegen auch immer - wir hier vorsehen müßten. Damit würden wir das Pferd von hinten aufzäumen.

Wir sehen uns im Westen einer bedeutsamen historischen Situation gegenüber. Niemand kann garantieren, daß Gorbatschows Perestroika und Glasnost Erfolg haben werden. Sie können völlig scheitern. Niemand weiß das zu diesem Zeitpunkt. Aber es wäre ein schrecklicher historischer Fehler, wenn wir nicht zumindest versuchen wollten, eine günstige Gelegenheit wahrzunehmen, wie sie seit Ende des Krieges noch nie bestanden hat.

George Kennan hat sicher recht gehabt - das hat über eine lange Zeit niemand so recht begriffen;- , als er sagte, daß die Teilung Europas nicht überwunden werden kann, bevor nicht die westlichen Werte in die östlichen Strukturen eingedrungen sind, und zwar in einer Weise, daß sie nicht länger in Moskau, Warschau, Budapest und schließlich in Berlin gelehrt werden können. Um es noch einmal

zu wiederholen: Die Wiedervereinigung wird eines Tages kommen, und zwar zu westdeutschen Bedingungen, und das wird um so eher der Fall sein, je mehr wir in der Lage sind, die gegenwärtige Entwicklung in Osteuropa zu nutzen und diesem Prozeß zum Erfolg zu verhelfen. Sich jetzt schon darum zu sorgen, wie ein wiedervereinigtes Deutschland in diesen Zusammenhang hineinpaßt, ist verschwendete Zeit. Es gibt wichtigere Dinge, und mit denen sollten wir uns befassen.

Mallaby

Die Frage der Wiedervereinigung war lange Zeit eine rein theoretische Frage. Jonathan Carr hat zu Recht darauf hingewiesen, daß auch Großbritannien das Ziel einer Wiedervereinigung in Freiheit und Selbstbestimmung immer unterstützt hat. Jetzt erleben wir plötzlich eine enorme Intensivierung der Diskussion. Aber mein Eindruck ist nicht, daß sich tatsächlich in dieser Richtung etwas entwickelt. Die Diskussion darüber hat sich belebt, doch die Frage der Wiedervereinigung ist nicht aktuell.

Jonathan Carr stellte die herausfordernde Frage: "Sind die Verbündeten, beziehungsweise sind die Briten letztlich gegen die Wiedervereinigung?" Die Antwort darauf fällt leicht: Sicher nicht. Wenn man darüber in Großbritannien mit Politikern diskutiert, werden sicher die von Jonathan Carr erwähnten Punkte genannt, zumindest der erste, der wirtschaftliche Aspekt. Da wäre die Rede von dem ungemein starken Konkurrenten, der in der Gemeinschaft entstünde, wenn die moderne Wirtschaft Westdeutschlands mit der potentiell effizienten, aber noch wenig entwickelten Wirtschaft der DDR verschmelzen würde.

Natürlich würde man sich auch fragen, wie die Gemeinschaft aussehen und funktionieren sollte in einem solchen Falle. Auf einer Tagung, an der ich vor einigen Monaten teilgenommen habe, sprach ein Vertreter Frankreichs vom Risiko einer "Europäischen Gemeinschaft deutscher Nation". Das ist sicher eine Übertreibung. Auch wenn Österreich noch hinzukäme, wäre eine solche Formulierung übertrieben. Dennoch muß man darüber nachdenken, inwieweit sich der Charakter der Europäischen Gemeinschaft verändern würde im Falle einer Entwicklung von solcher Tragweite, wie es die Wiedervereinigung Deutschlands wäre.

Die Frage der Neutralität würde unter britischen Politikern ebenfalls eine Rolle spielen. Das ist, wenn man über Europa nachdenkt, eine ernste Sache. Das gegenwärtige Sicherheitssystem in Europa würde jedenfalls völlig anders aussehen, wenn ein Gebiet von Bonn bis nach Polen neutral wäre. Wenn man britische Politiker fragte, ob sie das befürworten oder nicht, würden sie unter den-jetzigsten Bedingungen angesichts der Risiken, die in den Ost-West-Beziehungen weiterhin stecken und solange sich der Osten in diesem Umwandlungsprozeß befindet, sicher sagen: "Da sind wir wirklich überfragt."

Ihr letztes Argument über ein unruhiges Deutschland würde in einer solchen Diskussion in Großbritannien wohl keine große Rolle spielen. Ich glaube nicht, daß irgend jemand, der das heutige Deutschland kennt, dazu sehr viel sagen würde. Gegen alle diese Überlegungen steht das sehr wichtige Argument von Lawrence Eagleburger, daß es doch ganz offensichtlich ist: die Ostdeutschen wollen eine Demokratie und eine freie Marktwirtschaft. Jene andere Gefahr, von der man vielleicht vor Jahren gesprochen hätte, nämlich die Gefahr eines kommunistischen Deutschlands, ist absolut vom Tisch, selbst als theoretische Vorstellung. Wiedervereinigung heute würde immer bedeuten, 17 Millionen weiteren Deutschen Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu verschaffen.

Mir scheint, daß die Frage der Wiedervereinigung noch für lange Zeit nicht aktuell sein wird. Aber die offizielle britische Position bleibe: nach wie vor, daß wir eine Wiedervereinigung Deutschlands in Selbstbestimmung unterstützen.

Meurice

Im Gegensatz zu den offiziellen Stellungnahmen von Herrn Eagleburger und Sir Christopher für die amerikanische respektive für die englische Politik, kann ich aus französischer Sicht nur für mich selbst sprechen. Aber ich halte die Frage für wichtig, ob es für Frankreich und für die Bundesrepublik Deutschland möglich ist, eine gemeinsame Ostpolitik zu erarbeiten und dann auch gemeinsam zu verfolgen.

Auf den ersten Blick vermag man darin keine allzu großen Schwierigkeiten zu erkennen, weil beide Länder schon seit Jahren in den wichtigsten Zielen der Ostpolitik übereinstimmen, nämlich mit der Überwindung der Teilung Europas und damit der Teilung Deutschlands sowie mit der Möglichkeit für die Völker Osteuropas, einschließlich des deutschen Volkes, ihr Selbstbestimmungsrecht geltend zu machen. Um diese Ziele zu erreichen, sollten politische Mittel angewendet werden. Unter anderem spielen dabei sowohl die Verhandlungen über eine Reduzierung der Rüstung als auch die Fortsetzung

des Helsinki-Prozesses der KSZE in den drei Körben eine Rolle. In der Tat läßt sich eine gute Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris feststellen. Natürlich gibt es ab und zu einige Mißverständnisse, auch Mißtöne, die jedoch meist schnell wieder beigelegt werden, wie wir das erst vor kurzem in Wien erlebt haben. So far, so good.

Ich frage mich aber, ob die Dinge wirklich so einfach liegen. Die Ostpolitik besteht ja aus mehreren Komponenten, und ich werde hier jetzt nur diejenigen ansprechen, die meiner Meinung nach eine besondere Rolle im Rahmen der deutsch-französischen Beziehungen spielen.

Erstens: Die Beurteilung der Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa sowie die konkreten Folgen, die daraus für die Politik zu ziehen sind. Als Gorbatschow im Juni dieses Jahres die Bundesrepublik besuchte, wurde er sehr herzlich und an einigen Orten sogar mit Begeisterung empfangen. Als er einige Tage später Frankreich besuchte, war der Empfang kühler und zurückhaltender. Man spricht in Deutschland eher als in Frankreich von der Notwendigkeit, Gorbatschow zu helfen. Die deutschen Kredite für die Perestroika sind größer als die französischen. Das gilt auch für die Zahl der Joint-ventures. Einige deutsche Politiker sprechen von Gorbatschow, als sei er schon ein Demokrat geworden, und von der Sowjetunion, als gäbe es keine sowjetische Bedrohung mehr. In Frankreich hat man es damit nicht ganz so eilig. Die endgültigen Ziele der Politik Gorbatschows sind nicht so klar formuliert, und man will in Frankreich nicht vorschnell die Wachsamkeit aufgeben.

Daraus ziehe ich eine erste Schlußfolgerung. Ich meine, das Auswärtige Amt und der Quai d'Orsay sollten eine gemeinsame Abteilung schaffen, die für die Einschätzung der Entwicklungen in der UdSSR und in Osteuropa verantwortlich ist.

Mein zweiter Punkt betrifft die Abrüstung. Die französische Position ist hier oft zurückhaltender als die deutsche, besonders was die Nuklearabrüstung betrifft. Aus diesem Grunde ist die französische Haltung bei Abrüstungsverhandlungen von den Deutschen oft als eine Bremse betrachtet worden. Die Franzosen, Politiker aller Parteien, aber auch viele Experten, sind zum Beispiel der Ansicht, daß eine dritte Nulllösung im Hinblick auf die Kurzstreckenwaffen sehr gefährlich wäre. Vielen deutschen Politikern scheint eine solche Aussicht keineswegs besorgniserregend, im Gegenteil.

Meine zweite Schlußfolgerung ist deshalb: Der deutsch-französische Verteidigungsrat sollte zu einer zentralen Machtinstanz werden, die dem Verteidigungs- und Außenministerium sowie den Delegationen in den entsprechenden Konferenzen gemeinsam Direktiven und Anweisungen gibt. Das hat meiner Meinung nach zur Konsequenz, daß die französische Seite ihre Strategie verändern muß und daß auch auf der deutschen Seite einige Kompromisse geschlossen werden müssen.

Dritter Punkt: Polen. Die Franzosen sind Polen gegenüber in einer jahrhundertelangen Tradition der Freundschaft verbunden. Sie fühlen sich fast automatisch verpflichtet, den Widerstand des polnischen Volkes gegen jedweden Unterdrücker zu unterstützen. Die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen ist viel dramatischer verlaufen, und man kann wohl noch nicht von einer wirklichen Aussöhnung sprechen. Im Hintergrund steht nach wie vor das Problem der östlichen Grenzen Deutschlands. Den Franzosen ist meines Erachtens sehr wohl bewußt, was der Verlust der östlichen Provinzen für die deutsche Nation bedeutet. Aber für Frankreich ist die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie die Voraussetzung für eine endgültige Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk. Vielleicht gibt es eine Mehrheit in der deutschen Bevölkerung, die bereit ist, diese Anerkennung zu akzeptieren. Jedoch lassen sich auch andere Stimmen hören, die eine derartige Bereitschaft keineswegs zeigen.

Dritte Schlußfolgerung: In dem Augenblick, in dem das polnische Volk den demokratischen Weg einschlägt, scheint es mir von großer Bedeutung, daß der Prozeß der Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen beschleunigt wird. Frankreich und die Bundesrepublik sollten diesen demokratischen Prozeß entweder gemeinsam oder im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft fördern. Das, was in dieser Hinsicht getan wird, halte ich für absolut unzureichend. Das gilt übrigens auch gegenüber Ungarn.

Vierter Punkt: Diese Bemerkung zu Polen führt mich direkt zur deutschen Frage. Seit 1945 sagt und wiederholt jede französische Regierung, daß die deutsche Frage offen ist und offen bleibt. Jeder französische Präsident und Außenminister hat dem deutschen Volk Frankreichs Unterstützung in Fragen des Selbstbestimmungsrechts zugesagt. Das war so lange unproblematisch, als die deutsche Frage nicht nur offen blieb, sondern sich auch nicht veränderte. Aber heute ist die deutsche Frage in Bewegung gekommen. Daraus ziehen viele Franzosen Schlußfolgerungen, die falsch sein mögen, die aber trotzdem als politische Faktoren betrachtet werden müssen. So spricht man in Frankreich in

letzter Zeit häufig von einem Abgleiten der Deutschen, vom deutschen Neutralismus und so weiter. Ich halte das für falsch; das ändert indes nichts an solchen Überlegungen.

In dieser Hinsicht dürfte es dann wenig hilfreich sein, wenn deutsche Politiker zum Beispiel behaupten, die Fortsetzung der Europäischen Union stehe im Widerspruch zur Wiedervereinigung Deutschlands. Würden die Franzosen zu der Erkenntnis gelangen, daß die von den Deutschen gewünschte Ostpolitik nur eine nationale Lösung der deutschen Frage zum Ziel hat und auch möglicherweise einen Verzicht auf den Aufbau der Europäischen Union bedeutet, wäre eine gemeinsame Ostpolitik unmöglich. Das gilt allerdings auch umgekehrt: Würden die Deutschen meinen, die Wiedervereinigung Deutschlands sei ein Alptraum für die Franzosen und die Franzosen würden den Status quo und die Fortsetzung der Teilung Deutschlands vorziehen, wäre eine gemeinsame Ostpolitik ebenfalls unmöglich.

Deshalb lautet meine vierte Schlußfolgerung: Die Franzosen müssen stärker als bisher zum Ausdruck bringen, daß sie sich die Überwindung der Teilung Deutschlands als ein konkretes Ziel ihrer Politik setzen. Jeder französische Präsident, Ministerpräsident oder Außenminister sollte das besonders in Moskau und Ost-Berlin betonen. Es ist sehr wichtig, daß die Regierenden in der Sowjetunion und in der DDR begreifen, daß wir es wirklich ernst meinen.

Auf der anderen Seite sollten die Deutschen den vielleicht falschen Eindruck vermeiden, daß die Ostpolitik fast ihre einzige Priorität darstellt. Obwohl neue Chancen für die Freiheit Osteuropas bestehen, bleibt die Fortsetzung der europäischen Integration im Rahmen der Gemeinschaft eine wesentliche Aufgabe. Das gilt nicht nur für die wirtschaftliche Integration und die Währungsunion, sondern auch für die politische Integration, eine gemeinsame Außenpolitik und eine gemeinsame Verteidigungspolitik.

Ich schließe mit einer Hoffnung: Seit mehr als 30 Jahren habe ich in Moskau zahlreiche hohe Vertreter der Bundesrepublik und der Französischen Republik, Kanzler, Präsidenten und Minister gesehen und begleitet. Ich wünsche mir, daß noch vor Ende dieses Jahrhunderts ein deutscher Bundeskanzler und ein französischer Präsident einen gemeinsamen Besuch in Moskau abstatten werden. Erst dann wird man von einer gemeinsamen deutsch-französischen Ostpolitik sprechen können.

Smyser

Der wichtigste Begriff im Titel unseres Gesprächs dürfte das Wort gemeinsam sein. Denn ich sehe unsere größte Schwierigkeit darin, wirklich eine gemeinsame Politik gegenüber dem Osten zu finden. Als Amerikaner muß ich darauf hinweisen, daß es mehr als nur eine Regierung in den Vereinigten Staaten gibt. Ich hoffe, diese Tatsache schockiert Sie nicht allzusehr. Manche Leute sagen, es gäbe fünf, andere sprechen von 50, ja sogar von 500 Regierungen, und Larry Eagleburger braucht wahrscheinlich ebensoviel Zeit für diese anderen 49 oder 499 Regierungen wie mit unseren Verbündeten. Es gibt in den Vereinigten Staaten tatsächlich sehr viele verschiedene Öffentlichkeiten, Motivlagen und auch politische Richtungen in bezug auf die Vorgänge in Europa. Der Handlungsdruck, der dadurch auf das State Department ausgeübt wird, etwas anderes zu tun, als man eigentlich vorhat, ist gewaltig. Das gilt auch im Hinblick auf die Entwicklungen in West- oder Osteuropa.

Ich sage das hier deutlich, was ein offizieller Vertreter Amerikas so nicht tun könnte, daß sich die Europäer unbedingt klarmachen müssen, wie kompliziert das transatlantische Element für eine erfolgreiche Politik gegenüber dem Osten ist. Aber es ist ein Element, das eine gewisse Pflege braucht. Wir sollten auch unsere Zeit nicht mit Streitereien darüber vergeuden, wie viele von uns das tun, ob wir irgendwelche sowjetischen Interessen in Osteuropa verletzen. Vielleicht sollten wir von Zeit zu Zeit einmal über die amerikanischen Interessen in Westeuropa nachdenken, die ich, Sie werden mir das nachsehen, für mindestens ebenso berechtigt ansehe, zumal sie sehr viel stärker fundiert sind. Dabei sollte man auch die Verknüpfungen zwischen strategischen, militärischen, ökonomischen und anderen Fragen nicht übersehen, die in der Vorstellungswelt einiger der von mir angesprochenen Regierungen eine überragende Bedeutung einnehmen.

Lassen Sie mich auch noch einiges über die Europäer sagen. Ich bin jetzt seit 36 Stunden in Deutschland und habe eine Vielzahl von Gesprächen geführt. Ich habe viel von Tiefflügen gehört und von Militärbasen . . .

Schmidt

Sie würden das sicher anders sehen, wenn Sie unter solch einem Angst machenden Krach leben müßten.

Smyser

Ich würde Sie gern einmal in Ihrem Haus besuchen und mit Ihnen darüber sprechen.

Schmidt

Wir hätten bei mir am Brahmssee ein enormes Problem, weil Sie akustisch nicht verstehen würden, was ich sage.

Smyser

Mir ist klar, daß man hier in Deutschland mitunter Probleme mit der Anwesenheit und dem Verhalten der Amerikaner hat. Ich hatte gestern ein langes Gespräch mit einem Deutschen, den ich seit 20 Jahren kenne und der mehrere Male seine politische Karriere für die Freundschaft mit Amerika aufs Spiel gesetzt hat. Er beschwor mich: "Dick, bitte sage den Amerikanern, daß sie von ihrer Besatzungsmentalität wegkommen müssen." Aber den Amerikanern sind vielleicht einige Dinge gar nicht bewußt, die anderen Leuten auffallen. Mit anderen Worten: Dies ist ein Problem beider Seiten. Die Amerikaner meinen manchmal, die Deutschen würden sie nicht verstehen und umgekehrt.

Bundespräsident von Weizsäcker hat vor kurzem in Washington eine bewegende Rede zum 40. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland gehalten, die eine beachtliche Wirkung hatte. Ich weiß natürlich, daß Bundeskanzler Kohl und Herr Teltchik wiederholt gesagt haben, Deutschland ist kein Pendel, das sich zwischen Ost und West bewegt, sondern fest im Westen verankert.

Ich verrate sicher kein Geheimnis, wenn ich sage, daß es Zeiten während der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt gab, als dieser nicht alles, was aus Washington kam, für der Weisheit letzten Schluß hielt. Umgekehrt glaubten das allerdings auch einige Leute in Washington von den politischen Aktivitäten Helmut Schmidts nicht. Aber sie haben zusammengearbeitet. Egon Bahr verbrachte viele Stunden mit Henry Kissinger, und man sollte ehrlicher Weise sagen, daß sie nicht in allen Punkten übereinstimmten. Tatsache ist jedoch, daß sie zusammenarbeiteten.

Als der Bergedorfer Gesprächskreis das letzte Mal in Moskau tagte, war den Russen viel daran gelegen, mit den Deutschen besondere Beziehungen zu etablieren. Die Deutschen haben bei dieser Gelegenheit wiederholt deutlich gemacht, daß sie in kein Europäisches Haus einziehen würden, wenn die Amerikaner und Kanadier nicht gleichberechtigte Mitbewohner sein würden. Das damalige Gespräch war ohne Zweifel außerordentlich wichtig, weil es zu einer Zeit stattfand, als Gorbatschow sich seine Meinung bildete.

Herr Weidenfeld hat ja die Tätigkeit des Koordinators für die deutsch-amerikanischen Beziehungen neu definiert. Worum es mir geht, ist: Wir, die wir hier zusammensitzen und miteinander diskutieren, sind nicht das Problem, weil wir alle in etwa die gleiche politische Sprache sprechen. Aber was geschieht außerhalb dieses Raumes? Darüber sollten wir alle besorgt sein. Tatsache ist, daß der Druck zu separaten Lösungen gewaltig wird, insbesondere, wenn es einen wirtschaftlichen Abschwung geben sollte, den niemand von uns ausschließen kann.

In der Vergangenheit haben wir unsere Differenzen stets überwunden, wenn Gefahr im Verzug war. Ich bin mir in dieser Hinsicht heute nicht mehr so sicher. Worüber wir ernsthaft nachdenken sollten, ist, wie wir sicherstellen können, daß wir eine gemeinsame Politik gegenüber dem Osten betreiben. Wenn es nämlich über die Ostpolitik zu einer Trennung der Nordamerikaner und der Westeuropäer käme, würde das solche Instabilitäten der Weltlage zur Folge haben, gegenüber denen die Situation in Osteuropa vergleichsweise unwichtig erscheint.

Weidenfeld

Ralf Dahrendorf hat zu Beginn unseres Gespräches von der Ratlosigkeit des Westens gesprochen. Dieses Gefühl vermittelten die einzelnen Referate indes nicht; denn jeder ihrer Beiträge enthielt für sich präzise und luzide Aussagen. Nimmt man aber alle drei Referate zusammen, kann man sich in der Tat einer gewissen Ratlosigkeit nicht entziehen. Hinzu kommt, daß die Politik in Zeiten eines raschen Wandels sich zu akademischen Reflexionen über das, was alles zu tun ist, nur begrenzt Zeit lassen kann. Die Politik steht dann doch unter einem erheblichen Zeitdruck zu handeln.

Wie konnte in der Öffentlichkeit eigentlich der Eindruck von jener Ratlosigkeit des Westens entstehen? Lassen Sie mich Ihnen dafür einige Erklärungsversuche anbieten: Die Rede ist übereinstimmend von einem dramatischen Wandel. Mein Eindruck ist aber, daß wir diesen Wandel bisher weder rhetorisch noch konzeptionell ausreichend reflektiert haben, sondern uns in dieser Hinsicht im Grunde immer noch der Kategorien aus der Zeit vor diesem Wandel bedienen.

Natürlich sind die Formeln, beispielsweise des Harmel-Berichts, nicht falsch. Jedes Dokument läßt sich zweifellos so formulieren, daß es quasi Ewigkeitswert besitzt und der Politik bei ihren schmalen Drahtseilakten immer wieder als Auffangnetz dienen kann. Die Forderung nach einem europäischen Pfeiler der NATO bewegt ja unser intellektuelles Gemüt seit mehr als 20 Jahren. Das bleibt ohne Zweifel gültig. Das gilt gleichermaßen für die Entwicklung einer reifen Partnerschaft zwischen den Europäern und den Amerikanern. Vielleicht wird man heute etwas zögerlicher, noch unsere üblichen Gemeinplätze, was die Stabilität in Osteuropa angeht, zu gebrauchen. Mein Eindruck ist indes, daß viele dieser Formeln zwar nicht falsch sind, aber an der Oberfläche der Probleme abgleiten. Und das ist unser Problem in diesem Zusammenhang.

Was sind die Gründe dafür?

Erstens: Die Ost-West-Beziehungen, respektive die Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa, haben ein anderes Maß an Konkretheit erhalten. Da reicht es nicht mehr aus, sich nur so allgemein und abstrakt mit einer Philosophie des Systemwandels zu profilieren. Wenn täglich auf den Fernsehschirmen die Gesichter von Flüchtlingen erscheinen, gewinnt das Thema eine ganz andere Art von Konkretheit. Darauf muß man meines Erachtens eine Antwort finden.

Zweitens: Mit der Selbstauflösung der Ideologie in Osteuropa hat sich ja nicht ein Ornament der Ost-West-Beziehungen verändert, sondern die Substanz. Wenn der Ost-West-Konflikt ein machtpolitisch-ideologischer Konflikt gewesen ist und sich die Ideologie mehr oder weniger aufgelöst hat, dann hat sich die Substanz der Beziehungen verändert. Damit wird das Thema komplizierter, nicht nur was die Lage in Osteuropa und das Selbstverständnis der Osteuropäer anbetrifft, sondern auch was die Haltung des Westens angeht. Denn der ideologische Konflikt stellte natürlich auch für den Westen eine Entlastung dar. Die Folge ist, daß der Bedarf an Verständigung zwischen den Staaten des Westens wächst. Darauf sind wir bisher nicht entsprechend vorbereitet, sondern benutzen im Grunde immer noch die alten Instrumente aus der Zeit davor. Ich frage mich, wie wir diesen neuen Verständigungsbedarf erfüllen können.

Ich sehe zwei Risiken bei diesem dramatischen Wandel in Europa. Das eine ist das Risiko, daß der gesamte Prozeß an dem Nationalitätenkonflikt innerhalb der Sowjetunion scheitert. Das entzieht sich weitgehend unserem Einfluß. Hier haben wir es mit der typischen Entwicklung von historischen Modernisierungsprozessen zu tun, die eine Renationalisierung nach sich ziehen, wie wir das gerade in der Sowjetunion erleben.

Den zweiten großen Risikofaktor können wir indes durchaus beeinflussen. Ich meine die Gefahr, daß die osteuropäischen Völker von der Demokratisierung enttäuscht werden. Die Staaten Osteuropas brauchen deshalb den schnellen Erfolg.

In diesem Zusammenhang kommt im übrigen auch die Mitte Europas ins Spiel. Denn es ist ja niemandem einsichtig zu machen, daß überall auf der Welt Wandlungen stattfinden, nur in der Mitte Europas soll eine Region aus diesem Wandel ausgeklammert werden. Es ist sicher kein Schaden, wenn dieses Thema stärker von ausländischen Gesprächsteilnehmern behandelt wird. Unser Problem als Deutsche besteht doch darin, daß wir das deutsche mit dem europäischen Thema gewissermaßen in einem Junktim verbunden haben: Während die Deutschen ihre Interessen in den Westen einbringen, besteht die Gegenleistung des Westens darin, sich der deutschen Themen anzunehmen. Hier ist in den zurückliegenden Jahrzehnten ein gewisses Ungleichgewicht entstanden, weil der Westen dieses Thema konzeptionell nicht vorangebracht hat. Insofern finde ich in dem, was jetzt vor sich geht, eine Art Normalisierungsprozeß der West-West-Politik.

Nun wird ja immer wieder die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der westlichen Politik betont. Präsident Bush hat im Hinblick auf die Vorbereitung des NATO-Gipfels und dann auch angesichts des Erfolges des NATO-Gipfels davon gesprochen, daß der Westen neue Formen der Kooperation benötige. Vielleicht kann Lawrence Eagleburger uns nähere Auskunft darüber geben, was mit diesen neuen Formen der Kooperation gemeint ist. Auf historische Herausforderungen, ich denke etwa an den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, hat beispielsweise die Europäische Gemeinschaft damals mit dem Versuch der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) reagiert. Das hat sich als relativ erfolgreich herausgestellt.

Zu fragen wäre etwa, ob mit solchen neuen Formen der Kooperation auch ein europäisch-atlantisches Modell dieser politischen Zusammenarbeit ins Auge gefaßt wird. Oder raten die Amerikaner den Westeuropäern, eine große Freihandelszone mit Osteuropa aufzumachen, also die osteuropäischen Staaten mit der EFTA zusammenzubringen? Oder denken Sie eher an ein Modell, wie es die Europäische Gemeinschaft entwickelt hat, das mit Hilfe gemischter Verträge jaber Assoziierungen mit über 60 Staaten auf der Welt zusammenarbeitet, wobei an der Ausformulierung dieser Verträge die

Parlamente und Regierungen beider Seiten beteiligt waren? Wäre ein solches Modell auch im Hinblick auf eine Kooperation zwischen Ost- und Westeuropa denkbar und sinnvoll?

Bahr

Ich beginne mit einer etwas skeptischen Bemerkung. Die Diskussion über eine gemeinsame oder koordinierte westliche Ostpolitik kenne ich seit den letzten 25 Jahren. Ihre Notwendigkeit wurde eigentlich nie bestritten. Sie ist nur nicht wirklich entwickelt worden, und ich kann nur hoffen, daß wir mit unserem jetzigen Ansatz erfolgreicher sein werden als bei den bisherigen Versuchen. Dabei könnte hilfreich sein, wenn wir uns klarmachen, welche geschichtlich einmalige Chance wir heute haben, gemessen an der gesamten Nachkriegszeit.

Aus meiner Sicht hatten wir uns in der Vergangenheit vor zwei Gefahren zu schützen. Erstens vor der militärischen Bedrohung, die über 40 Jahre hinweg unzweifelhaft bestanden hat. Das Zweite war die ideologische Bedrohung, die von uns sicher unterschiedlich beurteilt wurde, aber die jetzt fraglos nicht mehr besteht. Jedenfalls geht von dem, was man Kommunismus, Marxismus, Leninismus etc. nennen kann, heute keinerlei Attraktivität oder Dynamik mehr aus. Es bleibt die militärische Bedrohung und das Interesse des Westens, diese zu beseitigen.

Ein Grund nun, warum Herr Gorbatschow so gefeiert wurde, ist zweifellos darin zu sehen, daß die Menschen bei uns - berechtigterweise - das Gefühl haben, der Mann ist bereit und in der Lage, diese Bedrohung zu beseitigen. Zumindest hat sich die Sowjetunion einiges vorgenommen - und zwar einseitig;- , was, wenn sie es bis zum Ende kommenden Jahres durchführt, die Bedrohungssituation für die NATO beträchtlich verändern wird. Vorwarnzeiten von 48 Stunden beispielsweise, die vielleicht immer falsch waren, sind dann nicht mehr nötig. Ich meine also, es liegt im Interesse des Westens, daß der Abbau des Bedrohungspotentials im Osten so schnell wie möglich vorangetrieben wird, bis die Bedrohung auch in den Augen unserer Militärs schließlich ganz verschwunden ist.

Was die politischen Entwicklungen angeht, so möchte ich einen Punkt hinzufügen, den ich in den Ausführungen der Referenten vermißt habe, und das ist die Frage der Grenzen. Ich bin der Ansicht, die Veränderungen, die wir gegenwärtig in Osteuropa erleben, würden gefährdet, wenn man an die Frage der Grenzen in Europa, so wie sie heute existieren, herangeht - auch wenn die Deutschen an ihrer Entstehung nicht beteiligt waren.

Ich brauche nicht zu betonen, wie sehr ich Herrn Froment Meurice in dem zustimme, was er über die Oder-Neiße-Linie gesagt hat. Aber das gilt genauso für die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten; und etwa auch für die Grenze zwischen Polen und Litauen und damit ebenso für die Grenze zwischen der Sowjetunion und Polen und andere Grenzen etwa auf dem Balkan. Alle diese bestehenden Grenzen in Europa dürfen nicht angetastet werden.

Insofern würde ich Herrn Froment Meurice dann auch in einem Punkt widersprechen: Wenn die Bundesrepublik, von wem auch immer in Moskau und Ost-Berlin, die deutsche Einheit verlangt, bedeutet das eine Grenzänderung. Dies werden natürlich bestimmte Kräfte im Osten als Vorwand benutzen, um keine Reformen durchzuführen, zu denen sie entweder nicht bereit oder nicht fähig sind.

Damit bin ich bei der deutschen Frage. Hier stimme ich dem zu, was Herr Teltschik ausgeführt hat und auch was Larry Eagleburger zuletzt gesagt hat. Bisher, da hat Herr Froment Meurice recht, konnten unsere Freunde in Frankreich, England oder wo sonst gefahrlos vom Selbstbestimmungsrecht der Deutschen sprechen. Heute jedoch könnte es unter den veränderten politischen Umständen plötzlich ernst damit werden.

Die erste Ostpolitik war im Grunde auf der Basis des Status quo konzipiert und beruhte auf der Einsicht, diesen Status quo nicht verändern zu können. Dabei ging es dann a) um Erleichterungen für die Menschen und b) darum, Entwicklungen in Osteuropa in Gang zu setzen, die uns zusätzlich künftige Möglichkeiten der Geschichte eröffnen könnten.

Jetzt sind wir mit einer neuen Situation insoweit konfrontiert, als sich der politische Status quo im Osten ändert. Mit einer Demokratisierung in Osteuropa stellt sich selbstverständlich die Frage, was das für die deutsche Frage bedeutet. Für die DDR bedeutet es, daß sie unter einen Druck gerät, von dem niemand weiß, ob sie ihn aushalten kann. Der Formulierung von Herrn Teltschik, dort sei die Lage am labilsten, man könnte auch sagen, am unkontrollierbarsten, stimme ich ausdrücklich zu. Hier kann in der nächsten Stunde etwas passieren, das sich völlig unserer Kontrolle entzieht. Und wenn sich bei meinen verehrten Landsleuten in der DDR erst einmal herumspricht, daß sie unter keinen Umständen den Einsatz sowjetischer Panzer zu befürchten haben, könnte genau dies um so eher eintreten.

Demokratisierung Osteuropas und deutsche Frage stehen also in einem Widerspruch. Dieser Widerspruch muß aufgelöst werden.

Ich stimme Larry zu, wenn er sagt, die deutsche Frage jetzt zu stellen, sei reine Zeitverschwendung. Es ist auch nicht erwünscht, sie jetzt aufzuwerfen, weil das die Entwicklungen in Osteuropa nur behindern würde. Deshalb sollten wir uns ausdrücklich dazu bekennen, daß die deutsche Frage von uns in absehbarer Zeit nicht gestellt wird. Ich würde sogar so weit gehen, in Anlehnung an eine Formel, die Konrad Adenauer einmal im Hinblick auf die DDR gebraucht hat, und für 10 oder 15 Jahre eine Art "Burgfrieden" erklären, um die Demokratisierungsprozesse in Osteuropa nicht zu stören.

Ich sage das als jemand, der den Brief zur deutschen Einheit erfunden hat, den wir beim Moskauer Vertrag und beim Grundlagenvertrag übergeben haben. Ich sage das auch unter dem Gesichtspunkt, daß ich keine Notwendigkeit sehe, den Anspruch auf Selbstbestimmung aufzugeben. Aber ich sage klar, dies wird niemanden in den nächsten 15 Jahren beschäftigen müssen.

Schmidt

Vorweg eine Bemerkung zu Herrn Froment Meurice. Si; werden sich vielleicht daran erinnern, wie die deutsche Bevölkerung reagiert hat, als de Gaulle und Kennedy ihre ersten Besuche in Deutschland machten. Die Begeisterung damals war unvorstellbar groß, weil da zwei ehemalige Kriegsgegner dem deutschen Volk die Hand ausstreckten und sagten: Wir nehmen euch ernst und wollen Frieden mit euch. Genau diesen Eindruck haben die Leute bei Gorbatschow gehabt, ganz anders als seinerzeit bei Chruschtschow, Breschnew oder bei Gromyko. Das sollte in Frankreich nicht übersehen werden.

Was Gorbatschows Rolle in der Sowjetunion angeht, so bin ich der Meinung, daß er nur dann eine Chance hat, an der Macht zu bleiben, wenn die Perestroika in höchstens fünf Jahren greifbare Erfolge erzielt. Fünf Jahre ist schon sehr lang; wahrscheinlich fällt die Entscheidung viel früher.

In diesem Zusammenhang würde ich jedem, der über eine gemeinsame westliche Ostpolitik nachdenkt, empfehlen, sich über eine Reihe grundsätzlicher Fragen klarzuwerden.

Erstens, wer würde vermutlich darunter leiden und wer Vorteile davon haben, falls Gorbatschow scheitert? Welche Kräfte würden dadurch also geschwächt und welche gestärkt werden? Ebenso sollte man sich fragen, wer im Falle eines Erfolges der Perestroika Vorteile oder Nachteile hätte. Zugleich sollten wir uns aber zweitens auch über die Risiken klarwerden, die ein Erfolg der Perestroika mit sich bringen könnte. Solche Risiken betreffen beispielsweise mögliche Eruptionen in der CSSR, in der DDR oder anderswo. Ich denke auch an das Wiederauflodern nationaler Konflikte in Osteuropa, besonders auf dem Balkan, wie sie früher ständig auf der Tagesordnung standen, zum Beispiel zwischen Ungarn und Rumänien oder innerhalb Jugoslawiens, um nur zwei Beispiele zu geben. Was passiert drittens, wenn die deutsche Frage wieder aktualisiert - wie das ja auch in diesem Gespräch geschieht - und zum Gegenstand von Auseinandersetzungen innerhalb des Westens wird? Und es gibt mehr solcher Fragen und Risiken.

Es erschien mir nützlich, sich über mögliche Antworten auf derartige Fragen ganz nüchtern klarzuwerden. Wer hat Vorteile von einem Erfolg Gorbatschows, wer hat Nachteile? Wer hat Vorteile und wer hat Nachteile bei einem Mißerfolg? Welche Risiken laufen wir im Falle eines Erfolges der Perestroika? Alle diese Risiken müssen wir versuchen, so klein wie möglich zu halten.

Für mich besteht kein Zweifel daran - das will ich unmißverständlich hinzufügen;- , daß, wenn man alle Vor- und Nachteile gegeneinander abwägt, alles dafür spricht, der Perestroika jeden Erfolg zu wünschen. Nur bei einer solchen Einstellung macht es auch Sinn, über eine gemeinsame Politik des Westens gegenüber Gorbatschow nachzudenken.

Ich will jetzt einmal eine Reihe von Punkten nennen - es sind insgesamt acht-, die nach meiner Meinung in den nächsten Jahren für eine gemeinsame westliche Ostpolitik unerlässlich sind.

Erstens stimme ich Larry Eagleburger zu: Da wir nicht wissen, wie die Geschichte im Osten ausgeht, ist es absolut notwendig, das Gleichgewicht der militärischen Kräfte aufrechtzuerhalten. Dazu muß unabdingbar die Allianz mit den Vereinigten Staaten bestehenbleiben. Ich sage das so deutlich, damit Sie meine abfällige Bemerkung über die alberne Tieffliegerei nicht mißverstehen, die nach Kanada gehört und nicht in die dicht besiedelten Gegenden Mitteleuropas.

Zweitens: Gorbatschow ist aus ökonomischen Gründen dringend auf Abrüstung angewiesen. Nach meiner Schätzung gibt die Sowjetunion gegenwärtig immer noch circa 15 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Rüstung aus. Der CIA schätzt höher. Gorbatschow selbst spricht von neunehalb Prozent, was ich für unrealistisch halte. Fest steht jedenfalls, daß Gorbatschow den

Aufwand für militärische Zwecke reduzieren muß. Denn unabhängig von den finanziellen Mitteln, die da gebunden sind, werden dafür ja auch die besten Ingenieure und wissenschaftlichen Kapazitäten,

Elektronikindustrie, High-Tech und so weiter eingesetzt, die für die Perestroika dringend an anderer Stelle benötigt werden. Natürlich kann Gorbatschow - so wenig wie irgendein anderer Regierungschef auf der Welt - große Abrüstungsmaßnahmen nicht einseitig durchsetzen, sondern er braucht entsprechende Verträge mit dem Westen, um seinem Militär, dem Parteiapparat oder dem Staatssicherheitsdienst zu zeigen, daß das militärische Gleichgewicht zwischen West und Ost durch die Abrüstung nicht gefährdet wird.

Die sich heute bietenden Abrüstungsmöglichkeiten sollten von uns in jedem Falle genutzt werden; denn niemand weiß, wie die Chancen in einigen Jahren stehen und ob das window of opportunity von irgendwelchen Nachfolgern Gorbatschows wieder geschlossen wird - dann sicher für den Rest dieses Jahr underts. Deswegen würde ich von unseren amerikanischen Freunden, insbesondere von Larry Eagleburger, gerne wissen, was George Bush meint, wenn er in den letzten Tagen von einer Beschleunigung der Abrüstungsverhandlungen gesprochen hat.

Mein dritter Punkt betrifft die Frage wirtschaftlicher Hilfen des Westens. Es war bereits die Rede von den Krediten der privaten Wirtschaft der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion. Wir sollten hier aber die Dimensionen nicht außer acht lassen. Der deutsch-sowjetische Handel ist weniger als ein Drittel des deutschen Handels mit dem kleinen Österreich. Das sind lächerliche Quantitäten, die von der Presse in Paris oder in Amerika aufgeblasen werden. Es gibt auch keine Kredite, die etwa vom Bundeshaushalt mit Zinssubventionen versehen sind. Ich würde übrigens sehr davon abraten, Kredite an die Sowjetunion von Staats wegen zu subventionieren, weil dies eine indirekte Hilfe für deren Rüstungsfinanzierung wäre. Gegen kommerzielle Kredite habe ich nichts einzuwenden. Die Sowjetunion war bisher ein guter Schuldner, auch wenn man dies für die Zukunft angesichts des wirtschaftlichen Durcheinanders in der Sowjetunion vielleicht etwas skeptischer beurteilen muß.

Wie steht es aber mit den Kredithilfen für Polen, für Ungarn und möglicherweise für Jugoslawien? Alle drei Länder sind hoch verschuldet und befinden sich in einer ähnlichen Situation wie, sagen wir, Brasilien oder Mexiko. Die alten Kredite müssen konsolidiert werden, und dann brauchen diese Länder neues Geld. Selbst wenn bei uns alle Voraussetzungen für solche Kredithilfen gegeben sind, bleibt die Frage zu prüfen, wie weit man gehen darf, um nicht die Sowjetunion zu provozieren. Das gilt auch für die DDR.

Viertens unterstreiche ich, was hier schon gesagt wurde: Der Helsinki-Prozeß sollte kraftvoll fortgesetzt werden. Das heißt aber nicht, daß wir die Esten, die Letten oder die Litauer, die Polen, die Slowaken, die Tschechen oder die Ungarn ermutigen sollten, unrealistischen Ideen nachzuhängen und den Austritt aus dem Warschauer Pakt oder aus dem RGW oder eine Neutralisierung zu erwägen. Es sollte alles vermieden werden, was bestimmte Kräfte in der Sowjetunion zu Intervention einladen könnte, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, daß Herr Gorbatschow vielleicht in einigen Jahren von anderen Figuren verdrängt worden sein könnte.

Fünftens stimme ich ausdrücklich zu, daß wir gegenwärtig die deutsche Frage keinesfalls aktualisieren sollten. Ich würde das für einen schweren Fehler halten, denn die deutsche Frage würde dadurch nicht gelöst, wohl aber würden dadurch auf der anderen Seite Ängste ausgelöst, und anschließend eine Disziplinierung der Warschauer-Pakt-Staaten. Die Deutschen könnten dabei nichts gewinnen.

Die deutsche Frage wird gelöst werden, aber sicherlich erst im nächsten Jahrhundert. Ich wäre sehr dagegen, ohne Not darüber jetzt eine große weltöffentliche Diskussion anzufangen.

Etwas ganz anderes ist die Frage der Oder-Neiße-Grenze. Für die Polen ist es ganz wichtig zu wissen, daß es in Deutschland keine ernst zu nehmenden politischen Kräfte gibt, die diese Grenze noch einmal verändern wollen. Als jemand, der keine politische Verantwortung mehr trägt, kann ich mir erlauben zu sagen, daß ich es damals für eine Dummheit gehalten habe, als das Bundesverfassungsgericht davon sprach, Deutschland existiere fort in den Grenzen von 1937. Die Polen müssen Vertrauen zum Westen gewinnen. Da reicht es nicht aus, daß sie, wie Herr Froment Meurice sagte, Vertrauen zu den Franzosen haben, obwohl ich sehr dafür wäre, wenn die Franzosen bei westlichen Aktivitäten gegenüber Polen die Federführung übernehmen und nicht die Deutschen.

Das führt mich zu meinem sechsten Punkt. Ich sehe keinen Grund, der uns davon abhalten sollte, den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft weiterhin voranzutreiben. Im Gegenteil. Mit all den vielen Direktiven, die in den letzten Jahren teils vorbereitet, teils in Kraft gesetzt worden sind, ist leider viel bürokratische Schaumschlägerei verbunden. Die entscheidenden Elemente für die Europäische Gemeinschaft sind zum einen eine gemeinsame Währung - einen funktionierenden gemeinsamen Markt mit elf Währungen und 55 Wechselkursen hat es in der Weltwirtschaftsgeschichte noch niemals

gegeben - und zum anderen eine gemeinsame Außenpolitik. Deshalb bin ich auch gegen eine Mitgliedschaft Österreichs, dessen Neutralitätsgebot eine gemeinsame Außenpolitik nicht zuläßt, die ich aber insbesondere gegenüber dem Osten für dringend erforderlich halte. Die EG hat ohnehin noch nicht alle die neuen Mitgliedschaften der letzten Jahre verdaut.

Die Europäische Gemeinschaft wird aber unbedingt gebraucht, um die 75 Millionen Deutschen fest im Westen zu verankern, wenn die Prozesse in der Sowjetunion und in Osteuropa erfolgreich verlaufen sollten. Bei allem Respekt gegenüber meinen amerikanischen Freunden, die USA können die Deutschen nicht an sich binden, auch Großbritannien nicht. Das kann nur Frankreich.

Das ist etwas, Herr Froment Meurice, das die Franzosen immer noch nicht recht verstanden haben. Ihre Aufgabe ist es, die Deutschen an den Westen zu binden. Ich weiß, daß den Franzosen bei dem Gedanken an 75 Millionen Deutsche in der EG nicht ganz geheuer ist. Aber ich halte die Vorstellung von einer Neutralisierung Deutschlands für lebensgefährlich.

Ein siebter Punkt. Sie kennen alle die französisch-deutsche Berlitz School in Uniform, diese gemeinsame Brigade, deren wesentliche Beschäftigung offenbar ist, Sprachen zu lernen. Das ist allenfalls eine nette Verzierung; es ist weit mehr notwendig. Ihre Idee vom Ausbau des gemeinsamen deutsch-französischen Verteidigungsrates finde

ich sehr begrüßenswert, Herr Froment Meurice. Ich stimme Ihnen auch zu, was die Überlegung eines gemeinsamen ostpolitischen Arbeitsstabes zwischen Quai d'Orsay und Auswärtigem Amt angeht, der allerdings nicht mit ehemaligen Kanzlern oder Botschaftern besetzt werden dürfte, die zwar viel Erfahrung und Kompetenz besitzen mögen, aber von der Bürokratie nicht ernst genommen werden. Das müssen die heutigen Amtsinhaber schon selber machen.

Mein achter und letzter Punkt hängt mit dem Vorgesagten wesentlich zusammen. Ich meine, die Franzosen müssen begreifen, daß es weit mehr, als sie bisher denken, auf Frankreich ankommt, ob die Entwicklung in Mitteleuropa stabil verläuft oder ob sie in eine Destabilisierung hineingerät - einschließlich einer Aktualisierung der deutschen Frage. Unter diesem Aspekt ist die französische Führung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft unabdingbar. Deshalb sollte auch ein französischer Präsident verstehen, daß - mit dem großen amerikanischen Verbündeten im Hintergrund Frankreich nichts genommen wird, wenn es den Schutz seiner Nuklearwaffen auch auf die drei Beneluxländer und auf die Bundesrepublik ausdehnt. Die Diskussion über eine dritte Nulllösung ist vordergründig. Was dabei herauskommt, ist mir relativ gleichgültig. Was mir aber nicht gleichgültig sein kann, ist die feste Verklammerung der französischen und der deutschen Nation.

Freiherr von Weizsäcker

In diesem Gespräch geht es darum, "Perspektiven einer gemeinsamen westlichen Ostpolitik" zu entwickeln. Wenn ich es recht sehe, stimmen die westlichen Länder zwar durchaus in mancher Hinsicht überein, was dem Osten gegenüber geschehen soll, aber eine gemeinsame westliche Ostpolitik im eigentlichen Sinne hat es bisher nicht gegeben. Sicher, wir haben die Harmel-Doktrin entwickelt. Aber die beiden Elemente dieser Doktrin - Verteidigungsbereitschaft einerseits und Verständigungsbereitschaft andererseits - werden jeweils unterschiedlich interpretiert. Auch in den innenpolitischen Debatten in der Bundesrepublik Deutschland haben die Parteien aus ein- und derselben Doktrin manchmal unterschiedliche Positionen zur Ostpolitik abgeleitet.

Dick Smyser hat die etwas schwierige Phase innerhalb der westlichen Allianz in den ersten Monaten dieses Jahres angesprochen. Der Streit ging nach meiner Meinung nicht primär um die Modernisierung der Kurzstreckenwaffen, vielmehr haben wir in Europa, besonders in der Bundesrepublik, darauf gewartet, daß sich die neugewählte Administration in den Vereinigten Staaten ein Bild von der Entwicklung in der Sowjetunion und im Warschauer Pakt machte und Folgerungen daraus zieht. Der Konflikt über die eher periphere Frage der Modernisierung der Kurzstreckenraketen hat die amerikanische Administration veranlaßt, ihre Denkprozesse vielleicht etwas zu beschleunigen und die Ergebnisse auf dem letzten NATO-Gipfel zu präsentieren. Das war erfolgreich und hat die Brisanz der Auseinandersetzungen wesentlich entschärft. Aber damit haben wir noch keine gemeinsame westliche Ostpolitik.

Was den Gorbatschow-Besuch in der Bundesrepublik angeht, Herr Froment Meurice, sage ich ähnlich wie Herr Bahr und Herr Schmidt: Nach dem, was Deutsche und Russen sich im Laufe eines Jahrhunderts gegenseitig zugefügt haben, und nach all der gegenseitigen Angst, halte ich es für völlig verständlich, daß die Deutschen einem Mann wie Gorbatschow mit offenem Herzen und offenen Sinnen begegnen, weil sie hoffen und glauben, ihm Vertrauen schenken und deshalb die Angst abbauen zu können.

Insofern brachte der ständige Vorwurf aus dem Westen, die Deutschen litten an der "Gorbimanie", kein allzugroßes Verständnis für unsere politisch-historisch-psychologische Situation zum Ausdruck. Das ist in der Bundesrepublik nicht eben gut aufgenommen worden.

Interessanterweise haben wir die heutige Diskussion nicht mit Überlegungen, wie sie Helmut Schmidt eben vorgetragen hat, eröffnet, sondern mit Jonathan Carrs Hinweis auf die deutsche Frage und die Wiedervereinigung. Das zeigt doch, daß wir auf dem NATO-Gipfel zwar in einigen schwierigen Fragen weitergekommen sind, aber keineswegs einen einvernehmlichen Standpunkt darüber haben, was denn vordringlich zu behandeln ist. Ich meine, anhand des 8-Punkte-Kataloges von Helmut Schmidt sollten wir uns über die notwendigen Prioritäten einer gemeinsamen westlichen Ostpolitik relativ gut verständigen können. Man mag über die einzelnen Punkte streiten, aber daß wir ein militärisches Gleichgewicht brauchen und daß Gorbatschow dringend auf Abrüstung angewiesen ist, dies aber nicht einseitig dekretieren kann um nur die beiden ersten Punkte aufzugreifen;- , darüber wird es unter uns wohl kaum große Meinungsverschiedenheiten geben.

Die Frage, wie lange Gorbatschow sich halten kann, ob drei oder fünf Jahre, halte ich zwar für spekulativ. Aber wir sind uns sicherlich alle darüber einig, daß wir uns die größten Vorwürfe machen würden, wenn wir uns später sagen müßten, wir hätten nicht alles getan, um diesen bisher nicht für möglich gehaltenen und allseits begrüßten Reformprozeß nach Kräften zu unterstützen, wobei wir natürlich wissen, daß der Erfolg von Perestroika ganz sicher nicht von uns abhängt.

Gegenwärtig steht vor allem in der Bundesrepublik Deutschland die Frage im Vordergrund, auf welche Weise wir mit der neuen Regierung in Polen zu einem vernünftigen Abschluß kommen können. Ähnlich verhält es sich mit Ungarn. Wir dürften uns in diesem Kreis sicher einig sein, daß Wirtschaftshilfe eher kommerziell als staatlich sein sollte, daß sie aber in jedem Falle einen staatlichen Rahmen braucht, in dem sie operieren kann. Dennoch besteht zur Zeit in allen westlichen Ländern wenig Klarheit darüber, inwieweit der Westen mitverantwortlich dafür ist, daß es nicht zu einem Scheitern der Reformprozesse kommt. In dieser mangelnden Stringenz sehe ich schon eine große Gefahr.

Wenn wir uns in der Bundesrepublik darüber streiten, wie wir die Polen rechtzeitig und in angemessener Weise unterstützen können, dann geht dieser Streit mehr um die Personen und Parteien in Polen, wer die Macht gewinnt oder verliert und wodurch, als um die Frage, welche Hilfe die Polen brauchen, damit der Reformprozeß dort gefördert wird. Mit anderen Worten, im politischen Tagesgeschäft werden die außenpolitischen Aufgaben allzuoft für bestimmte innenpolitische Zwecke instrumentalisiert, was der Bedeutung der Sache sicher nicht gerecht wird.

Bei den möglichen Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen gegenüber einigen Ländern des COMECON sollten wir uns auch fragen, wie die bestehenden europäischen Institutionen in dieser Hinsicht genutzt werden können. Herr Körber machte vorhin den Vorschlag, wir sollten die EFTA aufwerten. Gorbatschow hat kürzlich in seiner Rede in Straßburg den Europarat als ein geeignetes Forum für eine gesamteuropäische Umweltpolitik angesprochen. Diese Überlegung eines Generalsekretärs der KPdSU ist insofern bemerkenswert, als wir den Europarat im Westen ja vorzugsweise als eine Institution zum Schutz demokratischer Rechte betrachten. Ich meine des weiteren, daß das COMECON im Hinblick auf längerfristige gesamteuropäische Initiativen nach wie vor eine politische Strukturaufgabe hat und es uns deshalb nicht darum gehen sollte, einzelne leistungsfähige Mitglieder des Warschauer Paktes zu uns herüberzuziehen, um die anderen zu vernachlässigen.

Was hier zu den Grenzfragen gesagt wurde, ist auch meine Überzeugung, zumal Polen gegenüber. Ich will aber noch etwas auf die deutsche Frage eingehen. Da möchte ich Herrn Bahr fragen, wie das, was er gesagt hat, zu verstehen ist. Einerseits weisen Sie darauf hin, jede Stunde könnte etwas passieren, das sich unserer Einflußnahme entzieht, und andererseits schlagen Sie einen Burgfrieden auf 15 Jahre vor. Wie geht das beides zusammen? Ich meine, die Crux der deutschen Frage besteht darin, daß in der Tat Dinge geschehen können, die wir nicht beeinflussen können, bei denen wir aber dennoch wissen müssen, wie wir darauf reagieren sollten.

Herr Teltschik hat den Vortrag von Professor Reinhold erwähnt, immerhin so eine Art Chefideologe der SED, der urbi et orbi verkündet, die DDR habe nur dann eine Existenzberechtigung, wenn sie ein sozialistischer Staat sei. Als ich ein paar Tage später mit jemandem aus Ost-Berlin darüber sprach, war die Reaktion: Was der Reinhold da gesagt hat, ist ganz schlimm; denn eine solche Argumentation löse in der DDR geradezu eine Anschließpanik aus. Ich hatte zuvor meinen Verdacht geäußert, Reinhold sei sich offenbar sicher, daß unsere westlichen Verbündeten die Wiedervereinigung in Wirklichkeit gar nicht wollen, also appelliere er an sie, doch die SED nicht zu bedrängen, mit der Perestroika voranzukommen. Denn wenn die DDR ihren Sozialismus reformiere, verliere sie ihre

einzigste Existenzberechtigung und dann komme es zur Wiedervereinigung, die der Westen ja bekanntlich gar nicht wolle.

Nach meiner Einschätzung sieht die politische Architektur eines künftigen Europas nicht so aus, daß in der Mitte unseres Kontinents die beiden deutschen Staaten zur alten Form eines nationalen Zentralstaates zurückkehren, wie wir ihn aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg kennen, während überall sonst in Europa eine Internationalisierung und Föderalisierung stattfindet. Ich meine, Herr Reinhold unterschätzt da beträchtlich die Lebensgefühle der Deutschen in der DDR. Die leben doch nicht nur in der DDR, weil sie von der SED dazu gezwungen werden. Selbstverständlich wollen sie Freiheit und auch die Selbstbestimmung. Aber wie sie sich dann mit Hilfe der Selbstbestimmung entscheiden werden, dies halte ich für eine offene Frage. Jedenfalls ist es eine Entscheidung, wir können und wollen sie nicht majorisieren.

Deswegen bin ich der Meinung und hoffe, Larry Eagleburger richtig verstanden zu haben, daß wir angesichts der dramatischen Entwicklungen in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn das, was von unserer Seite an Unterstützung möglich und nötig ist, nicht aus innenpolitischem Kalkül versäumen dürfen. Jede Entwicklung der DDR, die den Menschen dort mehr Freiheit bringt und Reformen ermöglicht, wird von unseren westlichen Partnern sicher begrüßt. Insofern sollten wir uns von der Panik des Herrn Reinhold nicht anstecken lassen und das, was möglich ist, tun, um diesen Prozeß in der DDR zu fördern.

Eagleburger

Nur eine Frage an Helmut Schmidt: Was verstehen Sie unter Erfolg von Gorbatschows Perestroika?

Schmidt

Wenn Sie sich in die Lage einer Durchschnittshausfrau in der Sowjetunion versetzen, so wäre es bereits ein Erfolg, wenn die wieder Seife oder Streichhölzer sowie mehr Wurst, Butter oder andere Konsumgüter kaufen könnte. Das würde sie in dem Glauben bestärken, daß sich dieser Prozeß in den kommenden Jahren fortsetzen wird. Größere Erwartungen würde ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt als reichlich spekulativ ansehen. Zur Zeit erlebt die sowjetische Hausfrau, daß die Versorgung mit Konsumgütern des täglichen Bedarfs, insbesondere mit Lebensmitteln, immer schlechter wird, und sie ist der Ansicht, dies habe etwas mit der Perestroika zu tun. Ich hatte in den letzten zwei Jahren mehrfach Gelegenheit, mit einfachen Leuten zu reden. Da bekommen Sie nicht nur skeptische, sondern auch zynische Bemerkungen über die Perestroika zu hören.

Eagleburger

Ich habe Sie deshalb gefragt, um festzustellen, inwieweit wir in der Beurteilung übereinstimmen. Wenn der Erfolg der Perestroika mehr Butter, mehr Wurst, mehr Brot und eines Tages einen Lada in der Garage bedeutet, brauchen wir darüber nicht zu diskutieren.

Was ich für wichtig halte, ist die Beantwortung der Frage, was der eigentliche Grund ist, warum Gorbatschow Perestroika und Glasnost anstrebt. Erkennt er damit an, daß sich das ganze System in einem maroden Zustand befindet? Reichen die Ressourcen nicht mehr aus, um die sowjetische Militärmaschinerie aufrechtzuerhalten beziehungsweise nur noch auf Kosten der übrigen Wirtschaft? Vielleicht ist den Sowjets angesichts der rapiden technologischen Entwicklung in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten auch bewußt geworden, daß sie in 10 bis 20 Jahren zu einem Entwicklungsland absinken werden und auf längere Sicht gegenüber dem Westen nicht konkurrenzfähig sind.

Deshalb nochmals meine Frage: Wenn das, was Sie sagen, das Ziel ist, was Gorbatschow und seine Kollegen langfristig mit der Perestroika anstreben, nun gut, dann mögen sie eine Zeitlang auf Wurst, Butter und Brot herumreiten. Ich habe aber ernste Zweifel, ob tatsächlich jene umfassendere Definition von Perestroika, die ich angesprochen habe, ohne die völlige Abschaffung des Systems in der Sowjetunion erreichbar ist, und ich glaube nicht, daß die sowjetische Führung das wirklich beabsichtigt.

Meine Frage ist: Müssen wir im Westen im Hinblick auf die langfristige Entwicklung der Perestroika nicht sehr viel zurückhaltender urteilen, ob wir in der Lage sind, für den weiteren Prozeß oder gar für den Erfolg der Perestroika sehr viel zu tun?

Schmidt

Wir können nicht viel mehr tun, als den Sowjets Erfolg zu wünschen.

Kornblum

Ich möchte einen Punkt unterstreichen, der hier schon deutlich geworden ist: Jede Veränderung in den Ost-West-Beziehungen ging stets mit einem entsprechenden Wandel in den West-West-Beziehungen einher. Ich meine, daran sollten wir uns immer erinnern, damit wir uns über Ursachen und nicht nur über Symptome unterhalten.

Worüber wir hier sprechen, ist der Zusammenbruch des europäischen Systems vor fünfzig Jahren. Der kalte Krieg hatte verschiedene Funktionen, eine davon war zu vermeiden, den Konsequenzen dieses Zusammenbruchs ins Auge zu sehen. Und eines der Ergebnisse, die das Ende des kalten Krieges mit sich bringt, ist, daß Sie in Europa ebenso wie wir in den Vereinigten Staaten wieder mit den Folgen des Zusammenbruchs konfrontiert werden.

Wenn Herr Bahr ein ISjähriges Moratorium für die deutsche Frage vorschlägt und andere hier beklagen, wie schrecklich es sei, daß die deutsche Frage wieder aufkommt, so muß ich gestehen, ich kam hierher in der Erwartung, daß sich die gesamte Tagung auf die deutsche Frage konzentrieren würde. Damit habe ich ja auch nicht ganz falsch gelegen. Die deutsche Frage ist nun einma das Ergebnis dessen, was in Europa in den letzten hundert Jahren geschehen ist. Sie gibt es nicht deshalb, weil die Deutschen böse Leute sind oder wegen ihrer Geschichte, sondern weil sie dort sind, wo sie sind. Solange es so etwas wie einen Sinn für den Zusammenhalt in Europa gibt, wird es auch eine deutsche Frage geben, und wir werden weiterhin darüber diskutieren müssen.

An dieser Stelle beziehe ich mich auf die Situationsanalyse von George Kennan, von der ich meine, daß sie richtig war. Wir sollten nicht verge ssen, daß er gegen die NATO und gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands ebenso war wie gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland. Warum war er dagegen? Weil er davon überzeugt war, daß die Situation auf Dauer nicht haltbar wäre. Kennan hat vor dreißig Jahren gesagt: "Ich bin überzeugt, wenn die Menschen aus dem Osten zu uns kommen und uns erklären, daß sie nicht länger unter jenen Bedingungen leben wollen, dann wird die Situation für die Menschen in Deutschland untragbar erscheinen." Ich sage nicht, daß er recht hatte, aber einige der von ihm aufgezeigten Symptome sind heute unübersehbar.

Wenn wir eine gemeinsame Ostpolitik formulieren wollen, müssen wir uns bewußt sein, daß im Westen die gleichen Diskrepanzen, vieil sieht sogar Konflikte wieder hochkommen, wie wir sie in der Zeit nach dem Entstehen der "Solidarität" in Polen und bei anderer Gelegenheit erlebt haben. Deshalb ist es wichtig, daß wir der deutschen Frage nicht ausweichen, sondern sie in den richtigen Zusammenhang stellen. Es ist Europas ureigenes Bedürfnis, über seinen inneren Zusammenhalt und sein Selbstverständnis nachzudenken. Das wird manchmal vergessen, wenn man so wundervolle Dinge über die Europäische Gemeinschaft sagt, die, wie Herr Eagleburger ausgeführt hat, unsere volle Unterstützung findet. Aber einfach zu sagen, die Europäische Gemeinschaft werde sich schon um all dies kümmern, bedeutet, daß wir einige der immer noch vorhandenen ernsten Konflikte und Empfindlichkeiten, die unter der Oberfläche in Europa schlummern, außer acht lassen.

Sommer

Botschafter Mallaby hat zutreffend gesagt, er sehe keine Bewegung in Richtung deutscher Einheit, nur die Debatte darüber sei wieder lauter geworden. Ein Grund dafür ist sicher darin zu finden, daß wir nach dem Ende des kalten Krieges - der uns fast vergessen lassen konnte, daß wir die Verlierer des Zweiten Weltkrieges waren wieder mit dem alten Problem der Teilung als Kriegsfolge konfrontiert werden. Hinzu kommt natürlich die schlichte Überlegung: Wenn überall im Osten Wandel eintritt, warum nicht auch in der DDR?

Einen weiteren Grund präsentiert uns jeden Abend das Fernsehen, wenn die Szenen aus den Budapester Flüchtlingslagern und aus den besetzten Botschaften in Prag und Warschau gezeigt werden. Die Fluchtwelle aus der DDR läßt viele meiner Landsleute fragen: Warum begnügen wir uns damit, diese Dinge immer nur punktuell zu lösen? Ist die Zeit nicht reif für eine grundsätzliche Lösung, indem wir die deutsche Frage wieder aufs Tapet bringen? Ich teile diese Ansicht nicht, aber ich kann sie verstehen.

Während Bundeskanzler Kohl noch vor einem Jahr gesagt hat, die deutsche Frage stehe nicht auf der Tagesordnung der aktuellen Weltpolitik, hat er jetzt geäußert, daß die deutsche Frage wieder auf der Tagesordnung steht. Was aber hat sich eigentlich in der Sache geändert?

Wahrscheinlich sind wir im Westen einfach hingerissen von der Selbstaflösung der Ideologie in ganz Osteuropa. Dies erklärt dann, daß sich ein deutscher Bundesminister in Danzig vor die Brigitten-Kirche stellt und die Worte spricht: "Marx ist tot, Jesus lebt." Aber damit sind ja noch nicht die Fragen der Macht und der internationalen Interessen erledigt. Ich meine, ein katholisches Polen würde der

Wiedererlangung der deutschen Einheit genauso ablehnend gegenüberstehen wie ein kommunistisches Polen - obwohl man in Polen während der letzten Zeit auch einige andere Stimmen hören konnte.

Was einem angst machen könnte an den Vorgängen im Osten, ist die Erkenntnis, daß überall in Osteuropa eine Renationalisierung erfolgt und dabei auch ganz atavistische nationalistische Regungen wieder hochkommen. Solchen Bestrebungen sollten wir bei uns und für uns widerstehen.

Der Bemerkung von Larry Eagleburger, die deutsche Frage sei nicht so schrecklich aktuell, stimme ich voll zu. Angesichts der säkularen Prozesse, die heute in den beiden Teilen Europas vor sich gehen, im Westen die fortschreitende Integration und im Osten die beginnende Emanzipation, sollten wir nicht zur Unzeit die deutsche Frage aufs Tapet bringen und diese Entwicklungen damit behindern oder verhindern. Eine Lösung der deutschen Frage, die gleichermaßen für uns und für unsere Nachbarn erträglich ist, wird nach meiner Einschätzung ohnehin erst am Ende eines langen Prozesses spruchreif werden.

Botschafter Froment Meurice hat völlig zu Recht geagt: Wenn eine gemeinsame westliche Ostpolitik nur dazu herhalten sollte, eine nationale Lösung der deutschen Frage im alten Sinne herbeizuführen, sei dies der falsche Ansatz. Hier haben Sie den Finger auf einen Schwachpunkt unserer Argumentation gelegt. Wir alle reden seit Jahren von der "Europäisierung der deutschen Frage", wobei jeder etwas anderes darunter versteht. Das ist eine reine Blendfloskel. Die einen verstehen darunter, die Deutschen wollten Europa vor ihren nationalen Karren spannen und auf diese Weise die deutsche Einheit in die Scheuern fahren. Andere, ich zum Beispiel, verstehen darunter, daß die europäische Entwicklung ganz andere Möglichkeiten einer Lösung der deutschen Frage anbieten könnte, als wir sie aus unserer geschichtlichen Vergangenheit kennen.

Das heißt, die Wiederherstellung der Freiheit und Einheit der deutschen Nation würde dann unter einer ganz neuen Dachkonstruktion, nämlich einer europäischen stattfinden, die nichts mit einer nationalen Lösung zu tun hätte. Der Bundespräsident hat ja eben betont, man dürfe sich das Europa der Zukunft nicht so vorstellen, als ob da nun ausgerechnet Deutschland wieder zur alten nationalstaatlichen Form des Bismarck-Reiches zurückkehren könnte.

Wir müssen also in der Tat Prioritäten setzen, indem wir die westeuropäische Integration vorantreiben und die osteuropäische Emanzipation im Rahmen unserer Möglichkeiten fördern. Dann wird sich dereinst die deutsche Frage in einem ganz anderen Kontext stellen als heute.

Herr Bahr, ich habe neulich in einem Leitartikel bereits einmal die Idee eines Burafriedens skizziert.

Bahr

Adenauer hat dies noch früher getan.

Sommer

Ich weiß; darauf habe ich auch abgehoben. Adenauer hatte damals angeboten, 20 Jahre Ruhe in der deutschen Frage zu halten, wenn drüben die Freiheit einkehrte. Das mußte die Geschäftsgrundlage sein. In der Tat wäre dies eine Möglichkeit, die deutsche Frage fürs erste aus dem Wege zu schaffen, damit sie nicht die anderen historischen Prozesse belastet. Das setzt aber Reformen in der DDR voraus.

Christians

Wenn hier von der Ratlosigkeit des Westens die Rede war, eine gemeinsame Politik gegenüber dem Osten zu finden, dann scheint mir, daß die Ratlosigkeit in den Ländern des Ostens viel größer ist. Wir sind doch die beati possidentes; wir haben die Demokratie, die Freiheit, den Wohlstand und auch die soziale Sicherung. Das alles sind für die osteuropäischen Völker vorerst nur Ziele und Hoffnungen. Was ich in unseren westlichen Ländern feststelle, ist, daß wir uns in immer großartigeren Analysen und Diagnosen ergehen, aber bei der Umsetzung wirklich handhabbarer Konzepte schwach bleiben.

Was bedeutet es, wenn es hier heißt, wir müssen Prioritäten setzen? Da ist es aus meiner Sicht vorrangig, daß die Regierungen der osteuropäischen Staaten Akzeptanz in ihrer Bevölkerung finden. Das setzt vor allem eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage voraus. Sie werden sich erinnern, daß man in Polen gerufen hat: "Wir brauchen keinen neuen Premier, wir brauchen Brot." Da liegt die Priorität. Dieser Tage ist Herr Walesa in der Bundesrepublik. Worum hat er zuerst gebeten? Daß man ihm Schreibtische und Schreibmaschinen besorgt, damit Solidarnosc zunächst einmal Büros im ganzen Land einrichten kann. Die Europäische Gemeinschaft hat aus Lagerbeständen Nahrungsmittel

geliefert. Erst wenn der Mann auf der Straße die Regierenden akzeptiert, haben all die großartigen Konzepte, die wir uns so vorstellen, überhaupt eine Realisierungschance. Deshalb sollten wir uns ganz nüchtern fragen, wo wir mit unseren Hilfeleistungen beginnen müssen, um wirklich etwas auszurichten. Und da kommt den hehren Zielen von Demokratie und Freiheit, die wir zweifellos im Auge behalten müssen, nicht die erste Priorität zu.

Herr Walesa hat dann auch erklärt - aus seiner Sicht durchaus verständlich-, der Warschauer Pakt und die NATO seien überflüssig. Diese Meinung teile ich nicht. Denn wenn der Entspannungsprozeß sich fortsetzen soll, brauchen wir als Ordnungsgerüst die Bündnisse und auch das COMECON und die Europäische Gemeinschaft. Andernfalls würden wir angesichts von labilen politischen Verhältnissen in vielen Ländern überhaupt keine Orientierung mehr haben.

Helmut Schmidt hat den Erfolg von Perestroika in Frage gestellt. Die Sowjets sprechen jetzt davon, daß sie sich erst im Übergang zur Perestroika befänden, weil sie erkennen, daß der Zeitfaktor eine ganz wichtige Rolle spielt und dieser bisher zu wenig beachtet wurde. In der Sowjetunion - ich spreche jetzt nicht von den anderen osteuropäischen Staaten - hat sich doch jahrhundertlang überhaupt nicht erst der Humus bilden können für das, was dort nunmehr eingepflanzt werden soll. Da geht es de facto um eine Änderung der Infrastruktur des Denkens einschließlich der dafür benötigten Institutionen. Das kann man nicht in fünf oder zehn Jahren schaffen, vielleicht aber in einer Generation.

Ich meine also, daß wir den Erfolg von Perestroika nicht in kurzfristigen Zeiträumen beurteilen sollten, sondern wie Bundespräsident von Weizsäcker sagt, eine langfristige Perspektive anlegen müssen. Die Sowjetunion braucht mindestens eine Generation, um sich langsam an die neuen Ziele anzunähern. Ich würde sogar so weit gehen zusagen: Das, was Gorbatschow bisher erreicht hat, ist bereits ein historischer Erfolg.

Denken Sie doch daran, wie es in der Sowjetunion bis 1984 aussah. Andropow hat mal für ein Jahr die Miefzimmer ein bißchen gelüftet. Dann kam Herr Tschernenkow und machte das Fenster schnell wieder zu. Gorbatschow mußte gewissermaßen von Null beginnen.

Heute haben die Völker der Sowjetunion einen ungeheuren Anstoß erhalten, vor allem die Russen. Das, was 70 Jahre lang das Denken dort bestimmte, hatte sich erschöpft. Im Grunde war die kommunistische Ideologie schon seit 20 Jahren kaum mehr als ein Paravent, hinter dem es leer war. Das wurde nur noch formell praktiziert, ohne geistigen Gehalt. Deshalb brauchen die osteuropäischen Völker von uns nicht nur Brot und Geld, also materielle Werte, sondern sie erwarten auch geistige Führung. Darauf sind wir aber gar nicht vorbereitet, wem ich nur an manche unserer satten Bundesbürger denke. Hier kommen Anforderungen auf den Westen zu, die wir sehr ernst nehmen sollten, wenn wir nicht eines Tages blamiert dastehen wollen, weil wir nur an das vordergründig Materielle gedacht haben.

Gorbatschow hat erkannt, daß die Weltmachtstellung der Sowjetunion in das nächste Jahrhundert hinein nicht zu retten ist, wenn die Sowjetunion so weitermacht wie in der Vergangenheit. Dabei spielt eben nicht nur die militärische Dominanz eine Rolle, sondern es kommt entscheidend auch auf die ökonomische Effizienz an, ohne die sich auf Dauer auch die militärische Position nicht halten läßt. Das zeigte sich ja in den letzten Jahren schon recht deutlich. Gorbatschows Sorge ist, daß ihm wenig Zeit bleibt, um sich der technologischen Akzeleration des Fernen Ostens, der USA und des zusammenwachsenden Europas anzupassen. Denn andernfalls ist die Weltmachtstellung der Sowjetunion akut gefährdet. Wollte deshalb ein Herr Ligatschow, oder wer immer, den Reformkurs in der Sowjetunion eines Tages wieder zurückdrehen - an den nüchternen Tatsachen kommen auch sie nicht vorbei. Ein Zurück zur Breschnew- oder Stalin-Zeit halte ich in der Sowjetunion nicht mehr für möglich.

Natürlich wird sich Gorbatschow kaum halten können, wenn sich die Versorgungslage, die sich seit seinem Amtsantritt immer weiter verschlechtert hat, nicht nachhaltig verbessern läßt. Mit leerem Magen lassen sich die neuen Lehren nicht aufnehmen. In der verbesserten Versorgung liegt zweifellos die dringendste Priorität, denn sonst werden die hohen Ideale auch bei einer weiteren Demokratisierung nicht akzeptiert werden.

Meyer-Landrut

Ich stimme Herrn Christians zu, daß sich die Veränderungen, die in der Sowjetunion Platz gegriffen haben, kaum mehr völlig wieder rückgängig machen lassen. Dabei halte ich für den wichtigsten Faktor - das ist hier bisher nicht so klar geworden - die erodierte Position der kommunistischen Partei. Die Partei hat abgewirtschaftet. Dies ist besonders deutlich geworden bei den Wahlen im Oktober 1988;

es wird noch offensichtlicher werden bei den jetzt anstehenden Kommunalwahlen. Und eines möchte ich zu bedenken geben, Herr Christians: Trotzt der fehlenden historischen Voraussetzungen und trotz der Wirtschaftsmisere hat sich das politische Bewußtsein in ungeahnter Weise entwickelt. Rußland, die Sowjetunion, ist immer von intellektuellen Eliten geführt worden. Die werden auch noch eine ziemlich lange Phase bei schlechter Versorgung durchhalten, um ihre politischen Ziele nicht gefährden zu lassen.

Wenn hier nach dem Erfolg der Perestroika gefragt wird, dann ist es sicher richtig, daß im Vordergrund die Erkenntnis steht, daß die Sowjetunion mit der Projektion militärischer Macht allein ihren Weltmachtstatus nicht mehr halten kann. Aber den Erfolg der Perestroika würde ich nicht in erster Linie daran messen, ob die Sowjetunion in der Lage ist, ihre Weltmachtstellung zu halten oder noch auszubauen, sondern ob es gelingt, diesen Status in die Völkergemeinschaft einzufügen. Das ist die Zielsetzung derer, die an der Perestroika arbeiten. Der Kommunismus ist tot; von der Ideologie nimmt keiner mehr ein Stück Brot. Das wirkt auch sehr stark auf die Position des Militärs.

Deshalb, Larry Eagleburger, bin ich nicht davon überzeugt, daß man heute davon sprechen kann, die Sowjetunion sei militärisch stärker als zur Breschnew-Zeit. Sie mag jetzt über mehr Panzer und Flugzeuge verfügen als vor 10 Jahren. Aber die Motivation der Bürger, sich militärisch zu engagieren, ist äußerst gering. Dabei war die einzige wirkliche Erfolgsstory in den letzten 70 Jahren in der Sowjetunion der Sieg im Zweiten Weltkrieg. Von daher hatte das Militär ein außerordentlich hohes Ansehen, das jetzt - nach Afghanistan - aber geschwunden ist. Das sollten wir berücksichtigen, wenn wir über die militärische Stärke der Sowjetunion sprechen.

Natürlich müssen wir unsere Sicherheit erhalten; denn wir wissen nicht, wie die Dinge sich entwickeln. Wenn der gegenwärtige Prozeß scheitern sollte - da stimme ich Herrn Schmidt zu;-, müssen wir sicherheitsmäßig vorbereitet sein. Ich würde aber nicht sagen, Herr Körber, daß es bisher in der Sowjetunion zwar Glasnost, aber nur wenig Perestroika gibt. Das, was in der Zwischenzeit an Perestroika erfolgt ist, hätte niemand von uns - und ich habe immerhin zehn Jahre in diesem Land gelebt - auch nur annähernd für möglich gehalten, wobei ich vor allem die Verfassungsreform und das neue Wahlrecht erwähne.

Abschließend möchte ich nur noch bemerken: Die Veränderung der Machtstruktur, die auf der 19. Parteikonferenz eingeleitet worden ist, mit den gewählten Organen, hat inzwischen eine enorme Dynamik erfahren, insbesondere nach dem Bergarbeiterstreik. Dort war die Partei nicht in der Lage, irgendwelche Antworten zu geben; alle Entscheidungen (Aufträge an die Regierung, Bildung von Kommissionen) sind faktisch im Obersten Sowjet gefällt worden. Dies ist eine sehr bemerkenswerte Entwicklung in den letzten Wochen gewesen.

Teltschik

Der Beitrag von Herrn Smyser hat mich doch etwas überrascht. Ich bin auf die Politik des Atlantischen Bündnisses nicht eingegangen, weil ich es für selbstverständlich halte, daß weiterhin der Westpolitik im Rahmen der deutschen Außenpolitik Priorität zukommt als Voraussetzung und Basis für eine aktive Ostpolitik. So wollte ich es jedenfalls verstanden wissen.

Was unser Verhältnis zu Frankreich angeht, so teile ich weitgehend die Überlegungen von Bundeskanzler Helmut Schmidt und von Herrn Froment Meurice. Ich habe in den letzten sieben Jahren jedoch die Erfahrung gemacht, daß wir mit den französischen Kollegen zwar in vielen Überlegungen und Gedanken übereinstimmen; die großen Probleme liegen indes bei der operativen Umsetzung. Mit der gemeinsamen Brigade haben wir genau das gemacht, was bisher möglich war. Wir haben in ihr aber nur den Anfang eines Prozesses gesehen, bei dem man nicht stehenbleiben kann. Mehr war jedoch im Augenblick nicht erreichbar. Das gleiche gilt für eine gemeinsame deutsch-französische Ostpolitik. Die Bundesregierung wäre gern viel weitergegangen, wenn die französische Seite dies ermöglicht hatte.

Was ich nachdrücklich unterstreiche, Herr Bundeskanzler Schmidt, ist Ihre Aussage vom window of opportunity im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Selbst wenn es zutrifft, was ich behaupte und auch Herr Meyer-Landrut eben gesagt hat, daß der Reformprozeß in der Sowjetunion bereits eine vor kurzer Zeit noch nicht vorstellbare Eigendynamik angenommen hat, ist ganz und gar offen, wie sich ein neuer Generalsekretär im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle verhalten wird oder will. Deshalb sollten wir recht bald - und da wende ich mich vor allem an die amerikanische Adresse - einige Prioritäten setzen, die wir insbesondere bei den chemischen Waffen und bei den konventionellen Systemen sehen.

Herr Weidenfeld stellte im Westen Ratlosigkeit fest. Das trifft so generell nicht zu. Wir wissen im Blick auf die Reformentwicklung in Osteuropa ganz genau, daß wir helfen und die Prozesse dort fördern müssen. Was uns in der Tat Schwierigkeiten bereitet, ist die Frage, auf die ich in meinem Vortrag sehr konkret eingegangen bin: Was sollen wir tun, und wie machen wir es? Und da zeigt sich, daß die bestehenden institutionellen Einrichtungen nicht beweglich genug sind. Darüber bin ich besorgt. Wenn es zutrifft, daß sich in Polen und in Ungarn unter Umständen das Schicksal der Reformprozesse sehr rasch an der Frage entscheidet, ob diese Länder wirtschaftliche Erfolge haben oder nicht, dann vermisste ich auf unserer Seite ein flexibles politisches Gremium, das darauf sehr rasch reagieren kann. Die Ratlosigkeit liegt also im Operativen und nicht in der Einschätzung des Prozesses.

Noch ein paar Worte zur deutschen Frage. Ich halte es schon für symptomatisch, daß Jonathan Carr damit die Diskussion eröffnet hat. Diese Frage ist im Augenblick ein zentraler Bestandteil der Diskussion in der Bundesrepublik, und nicht nur hier; sie beherrscht längst die internationale Debatte. Was Herr Bahr und Herr Sommer gesagt haben, kann ich intellektuell sehr gut nachvollziehen, und ich habe in meinem Vortrag ja auch vor Maximalforderungen gewarnt. Damit wissen zumindest Sie, was ich darunter verstehe. Aber ist das, was Sie fordern, nicht schon längst reine Theorie? Sieht die politische Praxis nicht ganz anders aus?

Bundeskanzler Kohl hat in der Tat vor einiger Zeit noch gesagt, die deutsche Frage stehe nicht auf der Tagesordnung, weil sich operativ nichts bewegen lasse. Aber befinden wir uns heute nicht in einer ganz anderen Situation? Wenn Präsident Bush seinen Regierungsantritt mit Forderungen begleitet wie "Mauer abreißen" und Wiedervereinigung, dann zeitigt das Wirkung in Deutschland, Larry. Solche Äußerungen vermitteln den Deutschen den Eindruck, daß die Amerikaner hinter solchen Forderungen stehen und gewillt sind, in dieser Richtung etwas zu tun. Das gilt auch für Präsident Mitterrand und andere Europäer.

Ich erinnere an die erste Menschenrechtskonferenz in Paris. Dort sind die zentralen Themen die DDR und die Mauer in Berlin gewesen. Das hatten wir nicht untereinander abgestimmt. Die deutsche Seite war eher überrascht, daß plötzlich die DDR so im Vordergrund stand.

Und sehen Sie jetzt die Bilder vom Exodus aus der DDR an. Ich brauche Ihnen doch nicht zu sagen, Herr Sommer und Herr Bahr, welche Wechselwirkungen zwischen den Medien, der Bevölkerung und der Politik bestehen. Hier sind Veränderungen im Gange, auf die man antworten muß. Das zeigen auch die letzten Reden des SPD-Parteivorsitzenden Vogel und andere Äußerungen aus der SPD. Das heißt, auch wenn wir uns hier einig sind, daß die territoriale Frage jetzt nicht das vorrangige Anliegen sein kann und darf, so ist dennoch die deutsche Frage auf der Tagesordnung. Und wenn ich dafür plädiere, daß Menschenrechte und Selbstbestimmung ein gemeinsames Anliegen des Westens sein sollten, dann will ich damit deutlich machen, wo die Prioritäten in der deutschen Frage in den nächsten Jahren liegen sollten, nämlich bei mehr Menschenrechten. Genau das ist jetzt in der Sowjetunion in Gang gekommen, und das wollen wir auch in der DDR haben.

Selbstbestimmung, das wissen Sie auch, heißt ja nicht automatisch Einheit. Vielmehr ist damit den Betroffenen das Recht gegeben, selbst zu entscheiden, was sie aus dieser Selbstbestimmung machen wollen. Aber wir im Westen sollten uns darüber einig sein, was die deutsche Frage in dieser Situation bedeutet und welche Konsequenzen wir daraus ziehen. Darüber ist nie konkret gesprochen worden, sondern jeder verkündet jetzt, was er für richtig hält, und jeder interpretiert es anders. Das ist gefährlich, Herr Sommer. Deshalb steht die deutsche Frage jetzt auf der Tagesordnung.

Graf Ferraris

Der bisherige Verlauf unserer Diskussion bestätigt eine allgemeine Erfahrung: Wann immer man in Deutschland über ein Thema spricht, das mit der Politik in Europa zu tun hat, landet man stets bei der deutschen Frage. Mit anderen Worten: Die deutsche Frage ist ganz offensichtlich ein zentrales Thema der europäischen Politik.

Dabei ging es in diesem Gespräch bisher primär um drei Fragestellungen. Erstens: Inwieweit beeinflusst die deutsche Frage die Situation in der DDR? Und umgekehrt: Wenn sich in der DDR irgend etwas bewegt, welche Auswirkungen hat das auf die deutsche Frage, und ist dies positiv oder negativ zu bewerten?

Zweitens wirkt sich psychologisch - sicherlich verstärkt durch die Medien - in erheblichem Maße die Tatsache aus, daß jetzt wieder eine solche Massenflucht aus der DDR stattfindet. Das ist zumindest ein Punkt von großer Öffentlichkeitswirksamkeit, wie Herr Weidenfeld sagte.

Drittens ist die deutsche Frage nicht zuletzt eine Frage der Menschenrechte im allgemeinen, was besonders Herr Teltschik hervorgehoben hat.

Die deutsche Frage ist in Europa seit wenigstens 300 Jahren immer präsent gewesen in dem Sinne: In welcher Weise soll Zentraleuropa politisch organisiert werden? Insofern geht es im Grunde weniger um die deutsche Frage als vielmehr um die Frage, wie man diejenigen, die sich in Zentraleuropa Deutsche nennen, staatlich organisieren soll. Deshalb sollte man vielleicht die Idee der nationalen Einheit der Deutschen in einem deutschen Staat nicht so in den Vordergrund stellen, sondern sich fragen: Welche Form der staatlichen Ordnung soll man für die 75 Millionen Menschen in Europa, die deutsch sprechen, finden?

Ich meine, unsere deutschen Freunde sollten es nicht übelnehmen, wenn sie in den Reaktionen ihrer westlichen Verbündeten immer wieder einmal einen Hauch des Mißtrauens entdecken, wenn sich die befreundeten Völker fragen, was diese Deutschen eigentlich wirklich wollen. Um diese Frage kann man sich nicht herumdrücken. Herr Weidenfeld hat zu Recht gesagt, wir brauchen heute neue Ideen und können uns nicht mehr nur an den alten Formeln - an Harmel zum Beispiel - orientieren.

Ein zweiter Punkt betrifft unsere neue Einstellung gegenüber der Sowjetunion. Niemand von uns weiß, ob das Reformexperiment von Gorbatschow gelingen oder scheitern wird und was in dem einen oder dem anderen Fall geschehen wird. Ob die Entwicklung in Osteuropa, besonders in der Sowjetunion, wieder rückgängig gemacht werden kann, werden wir sehen, wenn Gorbatschow kein Erfolg beschieden sein sollte und dann andere Kräfte wieder zu bremsen versuchen. Wie wird in dem Falle die öffentliche Meinung oder die neue politische Struktur in der Sowjetunion reagieren? Es kann bedeuten, daß dann die ganze Gorbatschow-Periode gescheitert ist und eine neue Gruppe unter einem neuen Mann hervortritt. Wir wissen es nicht.

Wenn ich mir unsere bisherige Debatte vor Augen halte, wird deutlich, daß es recht schwierig sein dürfte, ein politisches Gesamtkonzept des Westens gegenüber dem Osten zu erarbeiten. Denn es gibt kein in sich stimmiges Gesamtkonzept. Was Herr Eagleburger für die USA gesagt hat, mag ganz optimistisch geklungen haben, aber in letzter Konsequenz verhalten sich die USA gegenüber der Sowjetunion eben typisch als Großmacht zu Großmacht. Und was Deutschland betrifft, so genügt eine Episode wie in Bitburg oder die Debatte über die Kurzstreckenraketen, und die amerikanische Presse überschlägt sich in ihrer Kritik gegenüber den Deutschen. Frankreich, England, aber auch Italien und andere europäische Länder haben ihre jeweils eigenen Ostbeziehungen.

Warum gibt es also kein westliches Gesamtkonzept? Ich will es einmal ganz deutlich sagen: So sehr wir alle in Osteuropa eine Entwicklung zu mehr Demokratie und so weiter gutheißen, so wenig sind wir bereit, dafür eine Gefährdung der Stabilität in Europa in Kauf zu nehmen, zumal bei uns anderen Europäern immer die Frage im Hinterkopf bleibt: Und was wird dann aus Deutschland? Sie mögen solche Befürchtungen für übertrieben halten und sagen, die deutsche Frage stelle keine Gefahr dar, sie sei nicht akut. Tatsache bleibt, daß darin ein wesentlicher Grund für die Zurückhaltung des Westens liegt, eine gemeinsame Ostpolitik zu entwickeln.

Niemand von uns wäre sicher glücklich, wenn die Ungarn oder die Polen morgen die Absicht hätten, den Warschauer Pakt zu verlassen. Aber wie sollen wir uns verhalten,

wenn, sagen wir in zwei Jahren, ein Abgeordneter im Sejm die Neutralisierung Polens vorschlägt? Sollen wir das dann gutheißen oder nicht? Was machen wir, wenn in der DDR etwas passiert? Wir sind bereit, den Demokratisierungsprozeß zu unterstützen, aber nicht bis zu solchen Konsequenzen.

Wenn also ein politisches Gesamtkonzept des Westens gegenüber Osteuropa nicht möglich ist, sollten wir die Entwicklung im Osten vielleicht auf bescheidenere Weise unterstützen und uns auf die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen beschränken. Wir sollten uns doch darüber im klaren sein, wenn es in Polen oder Ungarn auf der Wirtschaftsebene fehlschlägt, hätte auch die Demokratisierung in diesen Ländern auf Dauer keine Chance.

Bei der Wirtschaftshilfe würde ich zwei Maßnahmen unterscheiden. Das erste ist eine Art Rotkreuzaktion, also kurzfristige Hilfsmaßnahmen, gewissermaßen eine Paketpolitik.

Das zweite wäre ein weitreichendes Investitionsprogramm. Die Frage ist, ob man dies den privaten Banken und Unternehmen überlassen könnte, zumindest in Ländern wie Polen und Ungarn. Die Sowjetunion ist dafür sicher zu groß. Sind die westlichen Unternehmen dazu bereit und in der Lage?

Bei einer großangelegten Investitionspolitik, die speziell von der Bundesrepublik Deutschland ausgeht, würde erneut politisches Mißtrauen den Deutschen gegenüber entstehen und man ihnen wieder einmal den "Drang nach Osten" unterstellen. Ich habe vor einiger Zeit im italienischen Fernsehen während einer Debatte über Deutschland Herrn Christians verteidigen müssen, der von einigen Mitrednern als Beispiel für diesen Drang nach Osten erwähnt wurde, so mit dem Unterton, die Deutschen seien schon wieder darauf aus, Rußland zu erobern.

Bahr

Der Widerspruch, den der Bundespräsident in meinen Ausführungen zu entdecken meint - wenn ich einerseits von einer möglichen, nicht vorhersehbaren dramatischen Entwicklung in der DDR spreche und andererseits einen Burgfrieden vorschlage;- , ist, glaube ich, leicht aufzuklären. Wenn heute in der DDR etwas passieren würde, wäre die Reaktion des Westens genauso wie 1953, 1956 oder 1968: Wir würden mit Recht empört sein, aber wir würden nichts tun.

Schmidt

Wir würden dramatisch die Teilnahme an der nächsten Olympiade verweigern.

Bahr

Und vielleicht auch nicht zur Leipziger Messe gehen. Aber das ist schon zweifelhaft.

Ich sage das ohne jeden Zynismus. Ich meine, daß die Haltung der amerikanischen Administration gegenüber den schrecklichen Vorgängen auf dem Platz des Himmlisehen Friedens in Peking richtig war, um sich nicht die Möglichkeiten künftigen Einflusses zu nehmen. Dies würde auch im Hinblick auf die DDR gelten, wenn dort der Fall eintritt, den wir alle nicht wünschen.

Mit anderen Worten, meine Überlegung, in der deutschen Frage für 15 Jahre einen Burgfrieden zu schließen, basiert auf der Hypothese, daß es keine derartig schreckliche Eruption in der DDR gibt. Nur dann macht diese Überlegung Sinn. Ob das funktionieren kann, bleibt offen; denn wir wissen nicht, wie die Entwicklung in der DDR tatsächlich weitergeht.

Zu dem, was Herr Teltschik gesagt hat, muß ich zunächst daran erinnern, daß die deutsche Frage in unserem Verständnis immer identisch mit der deutschen Einheit gewesen ist. Das heißt, die Lösung der deutschen Frage meint die Wiedervereinigung. Das war so von allem Anfang an.

Als wir seinerzeit der NATO beitraten, gab es in der Bundesrepublik eine große Diskussion über den Artikel 7.3 des Deutschlandvertrages. Damals erklärte die Bundesregierung unter Adenauer, sie könne nicht einen gesamtdeutschen Souverän präjudizieren. Das heißt, seitens der Bundesrepublik dürfe das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bevölkerung nicht enteignet beziehungsweise majorisiert werden. Auch nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts muß offenbleiben, wie sich der gesamtdeutsche Souverän, wenn es ihn denn eines Tages geben wird, entscheidet im Hinblick auf die Wirtschaftsordnung, die Sicherheitspolitik und so weiter.

Womit wir uns heute konfrontiert sehen, ist eine völlig veränderte Situation, und ich stimme Larry Eagleburger zu, wenn er sagt: Angesichts des Zusammenbruchs der Ideologie des Kommunismus gibt es de facto nur noch den Anschluß an die westliche Lebensordnung, Demokratie, Wirtschaftsordnung. Einer solchen Anschlußvorstellung hat sich das Bundesverfassungsgericht stets widersetzt. Mit anderen Worten: Die veränderte politische Realität läßt den Gedanken der Wiedervereinigung im Sinne der Selbstbestimmung zurücktreten und gibt Raum für einen wie auch immer gearteten Anschluß.

Wenn Sie sagen, Herr Teltschik, die deutsche Frage sei keine territoriale Frage, dann ist das eine neue Interpretation. Bisher jedenfalls war die deutsche Frage immer identisch mit der Wiedervereinigung, und das heißt, mit der territorialen Frage. Sage ich, wie Herr Teltschik, hier gehe es nicht mehr um die territoriale Frage, dann kommen wir der Idee des Burgfriedens sehr nahe. Natürlich werden wir dann darüber zu diskutieren haben, wie die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten erweitert und fortgesetzt werden sollen.

Ich sehe in einer derartigen Definition überhaupt die Voraussetzung dafür, daß beide Seiten auch in Zukunft sinnvoll miteinander kooperieren können. Wenn unsere Forderungen darauf hinauslaufen, den Menschen drüben ihren Staat wegzunehmen, dann werden sie dies mit Sicherheit nicht zulassen. Insofern sind in der DDR Reformen nur denkbar, wenn die SED-Führung sicher sein kann, daß man ihr den Staat nicht nehmen will. Aber ein solches Verständnis interpretiert die deutsche Frage neu, Herr Teltschik.

Teltschik

Ich kann Ihre Interpretation in dieser Verkürzung nicht stehenlassen, Herr Bahr. Ich habe die Politik der Unionsparteien nie anders verstanden, als daß für sie die deutsche Frage nicht automatisch identisch ist mit der deutschen Einheit, sondern daß es vorrangig um Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung geht. Deshalb nehme ich hier auch keine Neuinterpretation der deutschen Frage vor, sondern mir geht es lediglich darum, die richtigen Prioritäten in der Deutschlandpolitik zu wählen.

Wir haben immer die These vertreten: Solange sich in Moskau nichts bewegt, kann sich auch in der DDR nichts bewegen. Jetzt bewegt sich etwas in Moskau, und zwar genau in die Richtung, die wir für die Deutschen in der DDR wollen, nämlich in Richtung mehr Demokratisierung und mehr Menschenrechte. Dies hat für die Menschen in der DDR Priorität. Die Chance, daß in der DDR ein solcher Reformprozeß eingeleitet wird, ist - da stimme ich Ihnen zu - um so größer, je weniger wir die Staatlichkeit der DDR in Frage stellen. Wir haben den Staat DDR ja anerkannt; es hat keinen Zweck, darum herumzureden. Wenn wir dies jetzt wieder in Abrede stellen, blockieren wir alle Reformen in der DDR. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Aber die Bevölkerung der DDR kann natürlich diesen Staat selbst in Frage stellen. Wenn sie eines Tages das Selbstbestimmungsrecht tatsächlich ausüben kann, ist es durchaus möglich, daß sich die Mehrheit der Menschen in der DDR für einen Anschluß an die Bundesrepublik entschließt. Dann können wir nicht dagegen sein. So wie wir auch nicht dagegen sein könnten, wenn sich die Bevölkerung der DDR mehrheitlich dafür entscheiden würde, ein zweiter deutscher Staat bleiben zu wollen. Ich füge hinzu, ich bin tief davon überzeugt: Wenn die Bevölkerung in der DDR heute das Selbstbestimmungsrecht frei ausüben könnte, würde sie sich für den Anschluß entscheiden.

Schmidt

Was schätzen Sie, wie viele von denen würden Republikaner wählen?

Teltschik

Ich halte eine solche Frage für rein spekulativ.

Bahr

Schätzungsweise zwanzig Prozent. Die Radikalisierung der Bevölkerung nimmt zu.

Schmidt

Das fürchte ich auch.

Ash

Im Anschluß an die Ausführungen von Herrn Bahr und Herrn Teltschik möchte ich nicht nur über eine Verwestlichung der Ostpolitik sprechen, sondern mir auch Gedanken über eine Verwestlichung der Deutschlandpolitik oder, genauer gesagt, der DDR-Politik machen. Was ich in der bisherigen Diskussion ein wenig vermißt habe, sind konkrete Hinweise darauf, was wir in der operativen Politik gegenüber der DDR tun könnten - nicht in zehn oder zwanzig Jahren, sondern in zehn oder zwanzig Tagen oder Wochen.

Was kann wirklich getan werden? Wie immer bei solchen Diskussionen über die deutsche Frage verbringt man viel Zeit damit, über das Ende zu reden, das ohnehin niemand kennt. Deshalb hielte ich es für wichtiger, uns Gedanken darüber zu machen, wie denn die nächsten "kleinen Schritte" aussehen könnten. Ich stimme Herrn Teltschik voll zu, daß die gegenwärtigen Entwicklungen in der Sowjetunion, Osteuropa und auch in der DDR es unmöglich machen, nur zu fragen "Kleine Schritte, was sonst?", wie ein Artikel in der heutigen ZEIT überschrieben ist.

Damit wird unterstellt, daß es ausreicht, die eingefahrenen Bahnen einer Politik der "kleinen Schritte" einfach weiterzuverfolgen, also menschliche Erleichterungen, Reiseverbesserungen, Zusammenarbeit beim Umweltschutz, Städtepartnerschaften und so weiter - und ansonsten "Warten auf Godot", das heißt auf irgendeinen Nachfolger. Natürlich ist die Nachfolgefrage in jedem kommunistischen Staat von elementarer Bedeutung. Wir haben das in der Sowjetunion und in Ungarn gesehen. Aber das ist nicht genug, insbesondere dann, wenn man berücksichtigt, daß es eine Übergangsphase geben könnte und der Druck zu groß wird.

Das Problem besteht hier, wie auch in anderen Fällen, in der Zwischenlösung, die stabil sein muß. Wir erleben zur Zeit den Versuch in Polen und Ungarn, solche stabilen Zwischenlösungen zu schaffen. Aber wie soll man sich eine stabile Zwischenlösung in der DDR vorstellen? Herr Bahr sagt, wir dürfen ihnen nicht ihren Staat wegnehmen. Das ist eine interessante Formulierung; denn sie impliziert die Frage: Wessen Staat? Otto Reinholds Staat oder den Staat meiner Freunde in der DDR? Wenn Otto Reinhold über die sozialistische Alternative spricht - Sozialismus im Sinne der SED - und davon die Existenzberechtigung der DDR abhängig macht, dann geht es nicht um die Existenzberechtigung der DDR, sondern um die von Otto Reinhold.

Denkt man über das mittelfristige Ziel einer Zwischenlösung nach, kommen wir unvermeidlich zu jenem Begriff, den Egon Bahr vor kurzem in einem Interview mit Theo Sommer verwendet hat: "eine andere DDR". Das ist eine interessante Redewendung und erinnert an das Schlagwort, das man vor 15 oder 20 Jahren hörte: "Wir wollen eine andere Republik."

Genau diese Vorstellung, vielmehr die Illusion von einer "anderen DDR" scheint hier zu bestehen, und zwar aus Gründen, die mit Otto Reinholds Bemerkung zu tun haben. Irgendwie ist dies die Vorstellung, es müsse sozusagen einen dritten Weg geben, nämlich den eines annehmbaren Sozialismus. Diese Zwischenlösung muß wirtschaftlich lebensfähig sein und zugleich hinreichend attraktiv für die eigene Bevölkerung, damit sie nicht davonläuft. Gleichzeitig muß sie sich aber auch genügend von der Bundesrepublik unterscheiden, um die eigene Existenz dieses Staates zu rechtfertigen.

Es kennzeichnet die Entwicklungen in Osteuropa und der Sowjetunion in den letzten 20 Jahren, daß genau diese Hoffnung oder Illusion dahin ist. Die Reformer in Polen und Ungarn sagen, es gibt keinen dritten Weg. Im Prag von 1968 sprach man vom Sozialismus mit menschlichem Antlitz. In Ungarn spricht man 1989 von einem Kapitalismus mit einem sozialistischen Mäntelchen.

Das schafft natürlich - ich sage das ohne jede Schadenfreude - ein enormes Problem für eine operative DDR-Politik. Insoweit in der Bundesrepublik seit 1966, also seit über 20 Jahren, die Idee von einem erwünschten politischen Wandel in der DDR bestand, ist sie zumindest implizit die Idee vom "Wandel durch Annäherung" - Egon Bahr hat ja 1963 in Tutzing den Begriff geprägt. Auch wenn man diese Formel ablehnt, den Kern der Idee hat man irgendwie im Hinterkopf behalten.

Wie kann man diese Idee in operativen Begriffen ausdrücken? Man kann sie vielleicht am besten als die Vorstellung von einer Liberalisierung durch Stabilisierung beschreiben. Nur dann, so wird argumentiert, wenn dieser Staat stabil ist, wenn seine Machthaber abgesichert sind, werden sie bereit sein, die innere Kontrolle zu lockern, die Entspannung nach außen voranzubringen, was wiederum zur Entspannung im Inneren beiträgt. Diese Vorstellung liegt vermutlich irgendwie den "Irritationen", wie man in Bonn sagt, also den Schwierigkeiten und Spannungen in der Diskussion über die Ostpolitik zwischen westdeutschen Politikern auf der einen und den Amerikanern, Briten und Franzosen auf der anderen Seite zugrunde. Man könnte hinzufügen: und den unabhängigen Osteuropäern auf dritter Seite.

Ich will damit zum Ausdruck bringen, in der deutschen Argumentation über die Ostpolitik liegt eine eigenartige Betonung und Priorität auf der Stabilität. Überspitzt könnte man sagen: Stabilität ist die Voraussetzung, um die Freiheit zu erreichen. Larry Eagleburger hat genau umgekehrt argumentiert: Erst muß es Freiheit geben, damit Stabilität eintreten kann.

Ein weiteres Problem dieser Diskussion besteht darin, daß die analytische Priorität der Stabilität, die Herr Bahr vor 25 Jahren postuliert hat, um die Liberalisierung zu ermöglichen und zu erleichtern, jetzt mit der moralischen Priorität - Stabilität versus Freiheit - durcheinandergebracht wird. In dem bereits erwähnten ZEIT-Artikel sucht man vergebens nach dem Wort Freiheit. Dagegen steht dort vier- oder fünfmal der Begriff Stabilität: "Das wäre ein unschätzbare Beitrag zur deutsch-deutschen Stabilität ... Sorgfältig bemessene Schritte, Stabilität und Frieden bewahren." Es hat fast den Anschein, als sei Stabilität zu einem höheren Wert geworden. So werden also idealtypisch gesehen - zwei Versionen einander gegenübergestellt: Liberalisierung durch Stabilisierung auf der einen und Stabilisierung durch Liberalisierung auf der anderen Seite.

Die Frage ist, ob nicht jetzt die Liberalisierung, wie Herr Teltschik sagte, in den Beziehungen mit der DDR stärker eingefordert werden muß. Natürlich gibt es keine allgemeine Regel, um politischen Wandel in Osteuropa zu bewirken. Aber wenn Sie sich die Länder anschauen, in denen wirklich ein politischer Wandel erfolgt ist, wie in den letzten zehn Jahren in Polen, Ungarn oder der Sowjetunion, so ist dieser Wandel nicht unter Bedingungen der Erleichterung und der Beruhigung der regierenden Eliten vor sich gegangen, sondern durch Spannungszustände, Krisen und Druck von unten und von außen zustande gekommen, wenn auch auf sehr komplizierte Weise. Die Machthaber mußten gewissermaßen die Kosten der Nicht-Reform gegen die Vorteile der Reform abwägen.

Ich möchte eine weitere sicher umstrittene Anmerkung hinzufügen. Wenn ich den neuen polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki oder meinen Freund Bronislaw Geremek oder Lech Walesa fragen würde: "Was hat Ihnen mehr geholfen, 1989 in Polen an die Regierung zu kommen: die Politik der Vereinigten Staaten seit 1980, einschließlich der Sanktionen, oder die Politik der Bundesrepublik, insbesondere die Haltung der SPD mit ihrem besonderen Verständnis für die Notwendigkeiten der "Stabilisierung", wie sie von General Jaruzelski interpretiert wurden?" Ich weiß nicht, wie Walesa auf diese Frage hier in Bonn antworten würde. Er ist ein sehr höflicher Mann und diplomatisch in jeder

Hinsicht; er braucht auch viel deutsche Hilfe. Aber ich habe solche Gespräche geführt, und die Antwort ist eindeutig: Es ist die amerikanische Politik gewesen, die ihnen geholfen hat, den politischen Wandel zu erreichen.

Ich möchte daraus keine allgemeine Regel ableiten und nur die gegenteilige allgemeine Regel in Frage stellen, die Herr Bahr aufgestellt hat. Ich würde eher meinen, daß wir auf eine merkwürdige Weise, mehr durch Zufall als beabsichtigt, einen recht erfolgreichen politischen Wandel mit dem deutschen Zuckerbrot und der amerikanischen Peitsche in der Politik gegenüber Polen erreicht haben.

Diese Überlegung führt mich zurück zu meiner Frage: Wie soll eine operative Politik gegenüber der DDR aussehen? Was können wir tun, um zu helfen? Was können die anderen westlichen Mächte beitragen? Das ist so ein Fall, wo man sich vielleicht einmal mit einem leeren Blatt Papier hinsetzen und fragen sollte: Wie könnte mittelfristig eine operative DDR-Politik tatsächlich politischen Wandel in der DDR ermöglichen? Wo wird der politische und wirtschaftliche Wandel eintreten? Auf welchen Gebieten sehen wir solche Veränderungen in der DDR. kommen? Gibt es Veränderungen in den Parteien, in den Medien, in der Industrie, in der Landwirtschaft, und wie können wir am besten helfen?

Mag sein, daß wir nur sehr wenig tun können. Nicolaus Piper hat neulich in der ZEIT geschrieben: Das Beste, was wir für die Bürger der DDR tun können, ist, dem polnischen Experiment zu helfen. Ich glaube jedoch nicht, daß die DDR-Politik für die 90er Jahre darin fortfahren kann, nur "kleine Schritte" zu machen und ansonsten auf Godot zu warten.

Schmidt

Herrn Garton Ash möchte ich antworten: Ja gewiß, Stabilität ist wünschenswert, ebenso wie Frieden, Freiheit und Menschenrechte oder Solidarität mit leidenden Menschen. All dies sind wünschenswerte grundlegende, moralische Werte, und sie konkurrieren miteinander in jeder konkreten Situation. Die Deutschen haben viele Jahre den Friedenswunsch übertrieben, nicht aus ethischen oder moralischen Motiven, sondern aus Angst. Es gab einige Leute in diesem Land, die Angst verbreitet haben; dies gilt für die Kirchen ebenso wie für meine eigene politische Partei und für andere Gruppierungen.

In den Vereinigten Staaten wird der Wunsch nach Freiheit überbetont unter Vernachlässigung anderer Werte. In gewisser Weise wurde Freiheit mit den imperialen Interessen einer Supermacht verknüpft. In Frankreich scheint der Wunsch nach Stabilität auch heutzutage der wichtigste Wert zu sein.

Im abstrakten ethischen Denken würde gewiß die Freiheit des Individuums an erster Stelle rangieren. Daran habe ich keinen Zweifel. Die Verfassung meines Landes beginnt mit der Würde des einzelnen und seiner Freiheit. Gleiches gilt für die Verfassung anderer Völker. Mit der Freiheit geht das Recht auf Selbstbestimmung einer Nation einher, auch das Recht, die eigene Freiheit zu verteidigen und sich nach Freunden und Verbündeten umzusehen, wenn man sich allein nicht stark genug fühlt, die eigene Freiheit zu schützen. Der Wunsch nach Frieden würde in einer solchen Liste ethischer Prioritäten erst an zweiter Stelle stehen. Den Frieden zu erhalten, setzt sodann die Tugend des Kompromisses voraus. Das gilt gleichermaßen für die Kunst, Stabilität zu erhalten oder zu erneuern. Das Verlangen nach Stabilität ist in dem Wunsch, den Frieden zu erhalten, begründet. Dann gerät auch Solidarität nicht so leicht in Konflikt mit den anderen Grundwerten.

Ich erinnere mich sehr lebhaft an das Jahresende 1980 auf 81. Damals haben wir an unsere Bürger appelliert, Pakete nach Polen zu schicken. Dies wurde in den Zeitungen einiger anderer Länder mißverstanden und bewußt mißdeutet als Vernachlässigung des Grundwertes der Freiheit. Somit können selbst konkrete Akte der Solidarität in Konflikt geraten - zumindest mit den Interpretationen von Journalisten und Politikern.

Bei einem Konflikt zwischen diesen Prinzipien und Grundwerten ist vor allem Pragmatismus gefragt, das muddling-through, wie die Briten sagen, ohne die Grundwerte zu vergessen. Entscheide, wie du es für richtig hältst, und tappe nicht in die Falle deutscher Intellektueller, die alles bis ins siebte Kellergeschoß hinunter denken und am Ende unfähig sind zu handeln. Ich fühle mich zum Beispiel sehr beschämt, daß es gegenwärtig in der politischen Klasse Deutschlands, gleich ob links oder rechts, eine Einstellung gibt nach dem Motto: "Wäre es nicht schön, wenn die Welt so funktionierte wie in den letzten Jahren und es nicht diese Schwierigkeiten mit den Zehntausenden von Flüchtlingen aus dem anderen Teil Deutschlands gäbe?" Das sind die Betonköpfe auf unserer eigenen Seite.

Kaiser

Es ist sicher richtig, daß gegenwärtig in der Führungselite der DDR keine offenkundige Figur sichtbar ist, die man für fähig halten könnte, die notwendigen Reformen einzuleiten. Das haben wir uns aber auch in der Sowjetunion nicht vorstellen können.

Ich erinnere Sie daran, daß es unter den Reformern im Umkreis von Gorbatschow Personen gibt, die vorher durchaus orthodoxe Apparatschiks waren. Reformen wurden sie erst, nachdem sich die Umstände geändert hatten. Etwas ähnliches ist auch in der DDR denkbar.

Im Grunde gibt es für die DDR zwei Alternativen. Die eine besteht in der Fortsetzung des jetzigen Kurses der Repression und Verweigerung von Reformen mit der Konsequenz wachsenden Widerstandes und weiterer ökonomischer Schwächung etwa durch Emigration. Am Ende steht womöglich die völlige Destabilisierung, die das Regime zu Eingriffen veranlassen könnte, so daß Blut fließt, wie das andernorts geschehen ist. Diese Furcht besteht im übrigen in der DDR ganz real. Mein Sohn hat im Juli in Dresden einen Gottesdienst miterlebt, der sich mit den Ereignissen in Peking auseinandersetzte und bei dem die Gemeinde spontan betete, daß sich ihre eigene Führung nicht so verhalten möge wie die Führung in Peking.

Natürlich ist dies eine äußerst unattraktive Zukunftsperspektive. Was geschieht, wenn die Destabilisierung in der DDR tatsächlich eintritt? Wenn hier gesagt wurde, man dürfe der DDR ihren Staat nicht wegnehmen, denn beträfe dies nicht nur die DDR-Führung, sondern würde für die Sowjetunion die Machtfrage stellen: Es geht dabei um ihren Einfluß im Zentrum Europas. Mit anderen Worten: Die Staatlichkeit der DDR wird auch durch sowjetisches Machtinteresse garantiert, und daran dürfte sich auf absehbare Zeit kaum etwas ändern. Sollten sich die Orthodoxen in der DDR behaupten, könnte die Sowjetunion sogar gezwungen sein, sich auf diese Weise an ein orthodoxes Regime in der DDR zu binden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Entwicklung in Polen zu sehen, die sicher ein Lehrstück für andere darstellt, aber so nicht für die DDR gilt. Die polnischen Freiheiten sind nicht zuletzt nur deshalb in diesem Ausmaß für die Sowjetunion hinzunehmen, weil das repressive System in der DDR dafür sorgt, daß es nicht zu einem totalen Zerfall des sowjetischen Einflußbereichs kommt. Die Bevölkerung der DDR zahlt gleichsam den Preis dafür, daß in Polen die Dinge weitergehen können.

Die andere Alternative für die DDR-Führung könnte darin bestehen, Teilreformen zuzulassen, die dem System zumindest in einigen Bereichen mehr Legitimität verschaffen, als das bisher der Fall ist. Eine partielle Demokratisierung verbunden mit ökonomischen Reformen, könnte Hoffnung und Perspektive aufkommen lassen, so daß die Emigrationswünsche zurückgehen würden. Für eine solche Entwicklung wäre dann allerdings ein Erfolg der Demokratisierung von außerordentlicher Bedeutung, um diejenigen Kräfte zu stützen, die in der DDR in diese Richtung denken. Dazu gehört auch ein gewisser wirtschaftlicher Erfolg in Polen. Die DDR schaut ja bisher mit einem gewissen Stolz auf die eigenen Leistungen, die sich wohlthuend von der sogenannten "polnischen Wirtschaft" oder den Verhältnissen in der Sowjetunion abheben. Je größer der wirtschaftliche Fortschritt in Polen ist, um so weniger kann die DDR-Führung ihren orthodoxen Kurs weiter rechtfertigen. Auch aus diesem Grunde ist westliche Wirtschaftshilfe für Polen dringend geboten.

Ich bezweifle, Herr Bahr, daß uns der Gedanke eines Burgfriedens in der deutschen Frage wirklich weiterhilft. Dafür ist die Dynamik einfach zu groß, und es fehlt auch an klaren Orientierungspunkten, um die staatliche Frage über einen längeren Zeitraum ruhigzustellen.

Zudem hatte die deutsche Frage historisch gesehen immer einen Doppelaspekt. Zum einen betraf sie die staatliche Organisation der Deutschen im Herzen Europas. Zum anderen ging es um die Frage der Demokratie in Deutschland. Unsere Nachbarn haben stets diese beiden Dimensionen im Zusammenhang gesehen. Das heißt, wenn wir nur auf die staatliche Einheit abstellen, werden unsere Nachbarn mißtrauisch.

Ich würde deshalb die Prioritäten anders setzen. Ich stimme Horst Teltschik zu, daß wir vor allem klarmachen müssen: Zwischen der westeuropäischen Integration und der Lösung der deutschen Frage besteht kein Widerspruch. Im Gegenteil, die Weiterentwicklung der europäischen Agenda ist für uns der einzig denkbare und politisch akzeptable Rahmen für die Lösung der deutschen Frage. Eine solche Klarstellung würde viel bewirken.

Da greife ich dann die Idee von Egon Bahr auf: Wenn wir die Lösung der deutschen Frage in einem europäischen Rahmen anvisieren, dann würde sich zum Beispiel das Problem stellen, in welcher Weise die DDR als zweiter deutscher Staat im Zusammenhang mit einer Demokratisierung, die wir dort wünschen, eine Bindung zur Europäischen Gemeinschaft eingehen könnte. Das ließe sich durchaus mit der Aufrechterhaltung bestehender Strukturen in Europa, wie Warschauer Pakt und

NATO, vereinbaren und auch für eine längere Zeit eine gewisse sowjetische Präsenz in der DDR nicht ausschließen.

Auf diese Weise könnte ein Rahmen geschaffen werden, der der deutschen Frage viel von ihrer Bedrohlichkeit nehmen würde, für unsere westeuropäischen Nachbarn ebenso wie für die Osteuropäer. Ein solcher Gedanke würde auch in Polen Unterstützung finden. Was sich dann daraus nach 10,15 oder 20 Jahren entwickeln kann, steht auf einem anderen Blatt.

Stuth

Wenn wir nach Perspektiven für eine gemeinsame westliche Ostpolitik fragen, dann habe ich den Eindruck, daß manche unterschiedliche Maßstäbe anlegen im Hinblick auf die Entwicklung in der DDR einerseits und in den übrigen Staaten Osteuropas andererseits. Bei der DDR steht immer die nationalstaatliche Betrachtung im Vordergrund. Bei Polen und Ungarn wird dagegen eher gesehen, worum es auch bei der DDR geht: um Freiheit und Demokratie.

In den Niederlanden wurde als ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges weniger die Tatsache gesehen, daß sich die Grenze des sowjetischen Einflußgebietes nach Westen, sondern daß sich die Grenze der Demokratie nach Osten verschoben hat, nämlich bis in die Mitte Deutschlands. Diesen Aspekt sollten wir auch für die Entwicklung in der DDR und in den anderen europäischen Staaten stärker beachten. Mit anderen Worten: Es geht nicht darum, daß sich der Macht- und Einflußbereich der Bundesrepublik Deutschland nach Osten ausdehnt, sondern daß sich die Grenze der Demokratie nach Osten verschiebt. So gesehen würde wahrscheinlich die ganze deutsche Frage für unsere Nachbarn etwas von ihrer Bedrohlichkeit verlieren.

Überdies ist doch die Frage durchaus berechtigt, die eben auch bei Herrn Kaiser anklang: Wieviel nationalstaatliche Souveränität bleibt eigentlich der Bundesrepublik Deutschland noch, wenn sich die Europäische Gemeinschaft so dynamisch weiterentwickelt? Das trifft ja nicht nur auf den ökonomischen Bereich zu, sondern reicht weit in die Außen- und Sicherheitspolitik hinein. Das heißt, wir sprechen hier über die Frage der deutschen Wiedervereinigung so, als ob sich für die Bundesrepublik seit den 50er oder 60er Jahren politisch nichts geändert habe und es keine immer engere Integration in der EG gäbe.

Eine andere zentrale Frage ist: Wer soll eigentlich der institutionelle Träger einer gemeinsamen westlichen Ostpolitik sein? Auf östlicher Seite gibt es, wie wir gehört haben, keinen handlungsfähigen Ansprechpartner. Der RGW wird dazu in keiner Weise in der Lage sein. Die EFTA hat schon große Schwierigkeiten - trotz der Homogenität ihrer sechs Mitglieder;- mit der Europäischen Gemeinschaft auch nur über technische Fragen mit einer Stimme zu sprechen. Wir dürfen die EFTA nicht überfordern, vor allem dann nicht, wenn weitere Mitglieder hinzukämen. Bleiben der Europarat mit seinen relativ eingegrenzten Zuständigkeiten und die KSZE, die immer neue Kooperationsmöglichkeiten - zuletzt im Umweltbereich - entwickelt hat.

In Betracht kommt daher vor allem die Europäische Gemeinschaft, die mit der EPZ im außenpolitischen Bereich ein Instrument hat, um Ostpolitik zu betreiben, und die im Rahmen ihrer allgemeinen Kooperationspolitik eine unter Nutzung der Europäischen Investitionsbank auch technische und ökonomische Hilfe anbieten kann. Da gibt es also Gremien und eingespielte Verfahren. Im Zusammenhang mit der Hilfe für Polen hat die EG gezeigt, daß sie auch außerordentlich schnell handeln kann. Vom Auftrag der Nahrungsmittelhilfe, den die EG durch die Initiative von Kohl und Delors beim Weltwirtschaftsgipfel erhielt, bis zum ersten LKW, der in Polen eintraf, sind nur vier oder fünf Wochen vergangen.

Die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft sollte also auch die Außen- und Sicherheitspolitik mit einschließen und dafür nicht, wie man es gelegentlich selbst in der Bundesrepublik hört, dauerhaft getrennte Veranstaltungen, etwa die WEU vorsehen. Das würde die Handlungsfähigkeit der EG beeinträchtigen, in meinen Augen der internationalen Organisation, die die effektivste und umfassendste Ostpolitik betreiben könnte.

Im übrigen verstärkt sich in der letzten Zeit der Eindruck, daß auch die DDR abgesehen vom innerdeutschen Handel, wo sie besorgt ist, ob auch ja an den alten Regelungen festgehalten wird - die Europäische Gemeinschaft gerade in ihrer politischen Dimension, also die EPZ, interessant findet.

Mein Fazit: Das Beste, was man für eine gemeinsame westliche Ostpolitik tun kann, ist eine Stärkung der Europäischen Gemeinschaft auf der politischen Ebene.

Weidenfeld

Warum widmen wir einem Thema soviel Aufmerksamkeit, das im Grunde nur etwa 70 Jahre deutscher Geschichte umfaßt, die eigentlich gar nicht so glücklich waren? Diese Frage, die ja immer wieder gestellt wird, übersieht, daß das Problem, wie die Deutschen zusammenleben wollen oder sollen, zu allen Zeiten präsent und brisant war, gleichgültig, welche politische Organisationsform die Deutschen gewählt haben. Das bedeutet, wir kommen nicht darum herum, uns mit diesem sehr komplizierten und sensiblen Gegenstand zu beschäftigen.

Ich füge hinzu, daß die deutsche Frage auch zu keinem Zeitpunkt der Geschichte eine bloß territoriale Frage gewesen ist. Ebenso wenig wurde in der Nachkriegszeit dieses Thema nur auf den territorialen Aspekt beschränkt. Alle Basisdokumente, vom Grundgesetz bis zum Brief zur deutschen Einheit, sind in dieser Hinsicht mit großer Weitsicht formuliert. Insofern finde ich auch Herrn Teltschiks Formulierung sehr überzeugend, Herr Bahr, und ganz und gar nicht dramatisch.

Die entscheidende Frage an die deutsche und die europäische Politik ist also, wie wir mit dieser höchst komplizierten, höchst fragilen Konstellation umgehen. Historisch betrachtet, ist es jedenfalls eher die Ausnahme, daß die Deutschen sich in dieser Hinsicht konstruktiv und aufgeklärt verhalten. Sowohl machtpolitisch wie intellektuell dominieren die Versuche, auszubrechen und das europäische Gleichgewicht zu sprengen.

Nun wird es uns auch nicht eben leicht gemacht, mit diesem Gegenstand aufgeklärt und konstruktiv umzugehen. Das zeigt sich auch auf einer Konferenz wie der unseren, wenn die ausländischen Gäste die besorgte Frage stellen: Was ist eigentlich mit den Deutschen wieder los? Die Deutschen antworten ganz ruhig und höflich, und daraus wird dann abgeleitet, daß die deutsche Frage wieder da ist. Es entfaltet sich eine ungeheure sozialpsychologische Dynamik, die massenmedial verbreitet wird und eskaliert. Ich gebe zu, daß es uns Deutschen nicht eben leichtfällt, mit diesem Thema so ruhig und aufgeklärt umzugehen, wenn wir uns immer wieder der Dramatik gegenübersehen, die dann ausgelöst wird.

In dieser Diskussion sind bisher drei Angebote formuliert worden, wie wir damit umgehen können. Das erste Angebot war: das Thema niedriger hängen, es nicht aktualisieren. Darauf antworte ich: Das liegt nicht in unserer Hand. Ich halte es für eine Illusion zu meinen, daß irgend jemand glauben könnte, die Sache sei damit unter Kontrolle zu halten, wenn wir nicht darüber reden. Das würde uns einfach überschwemmen.

Was den von Herrn Bahr vorgeschlagenen Burgfrieden angeht - Herr Sommer hat sich dazu in seiner Zeitung ja offensichtlich ebenfalls geäußert; -, so hatte Adenauer seinerzeit mit seinem Plan eines Burgfriedens etwas anderes gemeint. Adenauers Angebot bestand darin: In der Zeit des Alleinvertretungsanspruchs wollte er die Staatlichkeit der DDR für einen befristeten Zeitraum nicht in Frage stellen unter der Bedingung, daß am Anfang eine Vereinbarung geschlossen wird, zu welchem Zeitpunkt in der DDR freie Wahlen stattfinden. Das ist natürlich etwas ganz anderes als das, was jetzt hier mitschwingt.

Die vertragliche Festlegung eines Burgfriedens, wie ihn Herr Bahr vorschlägt, hätte aus meiner Sicht eine nationalistische Aufwallung in Deutschland zur Konsequenz. Denn unsere Mitbürger würden es nicht hinnehmen, daß überall Dynamik, Bewegung, Nachdenklichkeit angezeigt ist; nur bei uns soll alles unter der Glocke gehalten werden. Ich sehe eine außerordentliche Gefahr darin, wenn sich solche Ideen verselbständigen. Die politische Romantik würde uns überrollen, und der Burgfriedensvertrag wäre das Papier nicht wert beziehungsweise würde sich sogar kontraproduktiv im Sinne einer Dramatisierung auswirken.

Das zweite Angebot hier könnte man mit "Pragmatismus der kleinen Schritte" umschreiben. Ich halte diese Politik der kleinen Schritte für außerordentlich erfolgreich, wenn man einmal in einem größeren historischen Abstand bilanziert, was sie bewirkt hat. Politisch ist es jedoch nicht gelungen, diesen Pragmatismus der kleinen Schritte in seiner Zielsetzung so zu verdeutlichen, daß damit eine deutschlandpolitische Bindewirkung ausgelöst wird. Diesem Pragmatismus der kleinen Schritte haftet stets ein Hauch des Zufälligen an. Die Leute vermögen keine Strategie dahinter zu entdecken. In einer Zeit, in der Strategiebedarf besteht, reicht es nicht aus, wenn verlautet: Da sind wieder zahllose Telefonverbindungen eingerichtet worden, oder: Es dürfen Hunderttausende mehr reisen. In der Wahrnehmung der Bürger sind das Zufälligkeiten, und die Bindewirkung dieses hocheffektiven Angebots läßt schnell nach.

Das dritte Angebot haben in Umrissen Karl Kaiser und Reinhard Stuth angesprochen. Meine These ist, daß vieles von den Irritationen, viel auch von dem sozialpsychologischen Druck weg wäre, würde es uns gelingen, strategisch eine europäische Antwort auf die deutsche Frage zu formulieren. Damit wäre zugleich klar, daß der Brennpunkt des machtpolitischen Interesses in die europäische

Transformation eingebunden ist. Wenn für die Menschen im In- und Ausland deutlich wird, daß es eine europäische Strategie gibt, um die deutsche Frage, die ja immer zugleich die europäische Frage ist, anzugehen, ist der Druck weg und werden Bindungen geschaffen.

Es versetzt mich immer wieder in Erstaunen, wieviel Zeit bei allen möglichen Gelegenheiten und in allen möglichen Gremien darauf verwandt wird, sich mit der Frage des Deutschen Reiches und ähnlicher Konstellationen zu befassen, während man der europäischen Antwort auf unsere brisante deutsche Frage kaum Aufmerksamkeit schenkt.

Dahrendorf

Wo beginnt und wo endet dieses Europa geographisch?

Weidenfeld

Dort, wo sich Europäer als Europäer empfinden. Es gibt in der Geschichte Europas nie eine ex officio territoriale Definition dieses Kontinents, sondern es gibt immer nur ein Selbstbewußtsein der Europäer. Und ich würde niemanden zwangsintegrieren und niemanden gegen seinen Willen hinausjagen.

Stürmer

Die deutsche Frage ist wohl auch deshalb so verwirrend, weil sie oft falsch verstanden wird. Die deutsche Frage ist eben nicht eine Sache der Deutschen allein, aber sie betrifft die Deutschen in erster Linie. Insofern müßte man von der europäischen Frage sprechen, um sie in ihrer Dimension richtig zu verstehen. Auch die Lösungsmöglichkeiten dieser Frage waren nie nur den Deutschen überlassen, und wenn wir uns der Lösung selbst angenommen haben, ist es schiefgegangen. Das ist die Lage im Grunde seit Karl V., seit dem Dreißigjährigen Krieg, seit Napoleon, seit dem Wiener Kongreß, und sie ist es natürlich ganz besonders seit 1945.

Der Weg der Deutschen zum Nationalstaat war ein tragischer Weg. Die Deutschen mußten ihn gehen als Nation, sonst wären sie unmodern geworden, ein Haufen Trümmer des Alten Reiches mitten in einem Europa der Nationalstaaten. Aber als sie ihn gingen, mußten sie eben dieses Europa der Nationalstaaten notwendigerweise in Gefahr bringen. Daraus entstand die Tragödie Deutschlands im 19. Jahrhundert.

Was folgt daraus? Die Geschichte ist da hilfreich. Karl Kaiser hat gesagt, die deutsche Frage sei zum einen die Frage der deutschen staatlichen inneren Ordnung und zum zweiten die Frage der Demokratie. Das trifft nur teilweise so zu. Im 19. Jahrhundert, nach 1848, war mit Ausnahme der Vereinigten Staaten niemand für die deutsche Demokratie. Alle waren dagegen, aus guten Gründen. Denn die Demokratie war unberechenbar und verstand sich im wesentlichen als großdeutsch. Die großen Demokraten und Liberalen träumten von dem Reich zwischen den vier Meeren, und dazu gehörte auch das Schwarze Meer. Es gab damals nicht viele europäische Freunde der deutschen Demokratie.

Mit der Bismarckschen kleindeutschen Lösung konnten sich die Briten einverstanden erklären, die Russen übrigens auch. Zwischen Frankreich und Deutschland aber stand das Elsaß-Lothringen-Problem. Die Franzosen waren allerdings auch nicht brave Demokraten, sondern schwankten zwischen Bonapartismus, Monarchie und radikalen Bewegungen. Auch die Russen hatten in dieser Frage mitzureden, und sie haben während des ganzen 19. Jahrhunderts alles getan, die deutsche Demokratie in der Wurzel zu zerstören. Jede Verfassungsbewegung in Deutschland ist von den Zaren und ihren Freunden in Deutschland unterdrückt worden. Noch Bismarck mußte gegenüber dem Zarismus Rücksicht nehmen.

Wenn wir, wie hier richtig gesagt wurde, die deutsche Frage als europäische Frage begreifen müssen, dann ist dies einer der wichtigsten Gründe für eine gemeinsame westliche Ostpolitik. Mit der Politik der kleinen Schritte ist die deutsche Frage ein Stück weiterbewegt worden. Aber diese Politik ist jetzt an ihre Grenze gekommen. Jetzt stehen Entscheidungen einer anderen Größenordnung auf der Agenda. Wir brauchen in der Tat so etwas wie ein großes Konzept des Europa der Zukunft. Dazu gehört selbstverständlich auch, daß wir die Sicherheits- und die Wirtschaftsinteressen der Sowjetunion ernst nehmen und uns fragen, was wir den Sowjets bieten können, damit sie in Osteuropa loslassen, ohne Moskau in eine; defensive Position zu treiben und damit den Gorbatschow-Kurs zu gefährden, der die Voraussetzung dafür ist, daß sich überhaupt etwas bewegt.

Es gibt ernst zu nehmende Berater im Umkreis von Gorbatschow, die darüber nachdenken, ob man nicht das ganze Zwischeneuropa so organisieren könne, daß die sowjetischen Sicherheitsinteressen

nach wie vor gewahrt bleiben, die UdSSR aber gleichzeitig weniger belastet wird. Diesen Denkprozeß müßte man von uns aus sowohl auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle als auch mit wirtschaftlichen Verbundstrukturen unterstützen. Hier hätten auch die Amerikaner eine wichtige Rolle zu spielen, die ja nicht nur ihre segnende Hand über allem halten, sondern auch präsent sein müssen. Der gesamte KSZE-Prozeß hängt doch wesentlich an der Verankerung in Nordamerika. Aber im Zentrum müssen die Europäer, einschließlich der Deutschen, ihren Beitrag leisten, und zwar in Richtung Rüstungskontrolle und Wirtschaftsstrategie.

Ich stimme Karl Kaiser zu, daß die polnischen Reformen nicht zuletzt nur deshalb möglich sind, weil der Riegel in der DDR verhindert, daß die strategischen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion durch Polen bedroht werden. Dies wird aber nur so lange gutgehen, wie die Polen Rücksicht nehmen auf Moskauer Interessen. Wenn es in Polen in Richtung Demokratie weitergeht, kann der Sperrriegel in der DDR über kurz oder lang seine Funktion wandeln, ja verlieren. Was geschieht dann?

Hier ist von verschiedener Seite darauf hingewiesen worden, welche Dynamik in dieser Frage steckt, welche psychologischen Kräfte dadurch ausgelöst werden können, die niemand in der Gewalt hat. Ein Stillhalteabkommen zwischen den Parteien würde sich gegenüber diesen Kräften als irrelevant erweisen. Deshalb kommt es darauf an, die Deutschen mit diesem Problem nicht alleine zu lassen. Es ist Aufgabe und im Interesse Westeuropas, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, auf die sich die Amerikaner verlassen können und die zugleich neue Möglichkeiten nach Osteuropa öffnet.

Dann kann ich mir in der Tat vorstellen, daß sich die Frage der DDR neu stellt, und zwar anders als dies in so fatalistischer Weise von Professor Reinhold dargestellt wurde. Wir müßten beispielsweise fragen, ob es ein europäisches Bedürfnis an der Erhaltung des Staates DDR gibt, natürlich einer "anderen DDR", um Ihr Wort aufzugreifen, Herr Bahr. Das würde ich keineswegs verneinen. Es hätte für uns Deutsche allerdings eine nachhaltige Konsequenz: In diesem Falle würde sich die Frage der staatlichen Einheit rebus sic stantibus für uns nicht weiterverfolgen lassen, zumindest nicht in einer historisch überschaubaren Zeit. Heute gibt es wohl eher ein europäisches Bedürfnis - und das reicht bis nach Moskau - an einer reformfähigen, wandlungsfähigen und dadurch auch stabileren DDR als an Gesamtdeutschland; man muß dies nüchtern in Rechnung stellen.

Die jetzige DDR ist ja ein Paradoxon, superstabil und zugleich superlabil. Kein Mensch weiß, was in drei Wochen alles passieren kann. Dieses Paradoxon ist ein Sicherheitsproblem allerersten Ranges für die Sowjets. Aber auch für uns ist es ein Problem, das, wenn es virulent wird, den ganzen KSZE-Prozeß auf lange Zeit lahmen kann. Die Politik der kleinen Schritte ist dadurch nicht widerlegt, aber sie reicht für die Bewältigung dieses Problems nicht mehr aus. Aus diesem Grunde denken wir hier intensiv darüber nach. Das, was in Osteuropa geschieht, kann für uns Westeuropäer zu einer Sicherheits- und Existenzfrage werden. Und die Frage nach der Zukunft der DDR kann für die Bundesrepublik und ihr Verhältnis zum Westen zu einer Lebensfrage werden. Darüber sollte man sich auch in Paris und London im klaren sein, und deshalb ist es so wichtig, die europäische Integration so zu vitalisieren, daß sie Spannungen dieser Art aushaken kann. In diesem Sinne ist die Nachkriegszeit wirklich zu Ende. Hier sind Dynamiken am Werk, die nicht mehr in Formen der Nachkriegsordnung einzubinden sind.

Darüber hinaus bleibt natürlich die Berlin-Frage, ein Sonderproblem, das erhebliche Gedankenkraft erfordern wird. Gegenwärtig ist Berlin ein Stück weltpolitischer Sicherung. Aber wenn sich die Situation in der DDR grundlegend wandelt, stellen sich die Fragen um Berlin neu, auch moralisch.

Dahrendorf

Ich muß gestehen, Herr Stürmer, daß ich auch mit Ihrer Argumentation gewisse Schwierigkeiten habe. Auf der einen Seite verweisen Sie auf mögliche spontane Entwicklungen in der DDR, und auf der anderen Seite offerieren Sie recht komplizierte intellektuelle Konstruktionen als Antwort. Beides paßt nicht so ganz zusammen. Vielleicht sind da schon Prozesse in Gang gekommen, die sich solchen Konstruktionen völlig entziehen.

Carr

Mehrere Beiträge hier erinnern mich an einen Kommentar über Henry Kissinger, für ihn sei eine Außenpolitik nur dann akzeptabel, wenn die Menschen daran nicht beteiligt sind. Man kann sicher sagen, für mich, für uns oder für die Deutschen sei die Frage der staatlichen Einheit zweitrangig - Vorrang habe die Realisierung der Menschenrechte. Aber angenommen, die Menschenrechte würden, so wie das jetzt in Ungarn und Polen der Fall ist, auch, wie wir alle hoffen, in der DDR verwirklicht werden, wenn die DDR also demokratisch wird, die alte Garde geht, es freie Wahlen gibt. Was tun wir eigentlich konkret, wenn dann die 17 Millionen - abzüglich der Anzahl, die bereits

gegangen sind - plötzlich sagen, sie wollten die Einheit, die ihnen immer versprochen worden ist? Dann wird es nicht viel helfen, Papiere zu unterzeichnen, Deklarationen zu machen und von 15 Jahren zu sprechen, so wünschenswert das theoretisch sein mag. Bin ich zu unbedarft, oder gibt es hier wirklich ein Problem?

Vernet

Ich muß gestehen, daß ich über den Verlauf dieser Diskussion etwas verwirrt bin. Aus den ersten Beiträgen der bundesdeutschen Teilnehmer war zu entnehmen, daß die deutsche Frage nicht aktuell ist und auch nicht hochgespielt werden sollte. Dabei sind wir ausländischen Gäste hier durchaus mit dem guten Willen angereist, die nationalen Interessen der Deutschen zu berücksichtigen, wenn es darum geht, eine gemeinsame westliche Ostpolitik zu definieren. Jetzt gewinnt man auf einmal doch wieder den Eindruck, daß die deutsche Frage hochaktuell ist.

Ich meine schon, daß wir uns über mögliche Entwicklungen in der DDR klarwerden sollten, selbst wenn solche Überlegungen nur spekulativen Charakter haben können. Sie sind aber wichtig für die Definition einer europäischen Strategie. Herr Bahr hat gesagt, im Falle dramatischer Ereignisse in der DDR würde der Westen genauso reagieren wie 1953, 1956 oder 1968. Das erinnert mich an ein Wort des ehemaligen französischen Außenministers Claude Cheysson, der nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 auf die Frage: Was wird der Westen tun? geantwortet hat: Natürlich nichts. Ich stimme Herrn Bahr völlig zu, auch bei dramatischen Ereignissen in der DDR in der nächsten Zeit würden wir nichts tun.

Aber wenn keine Panzer rollen und sich die Dinge in der DDR weiterentwickeln, stellt sich für uns sehr wohl die Frage: Was werden wir beispielsweise tun, wenn in der DDR eine Opposition entsteht, wenn es eine Volksbewegung in Richtung Demokratie und vielleicht auch in Richtung Wiedervereinigung gibt? Natürlich ist die Voraussetzung für Reformen in der DDR, daß wir den Staat nicht in Frage stellen. Aber wem sollen wir den Staat nicht wegnehmen? Der DDR-Nomenklatura oder den DDR-Bürgern? Ich weiß nicht, ob eine demokratische DDR vorstellbar ist, das heißt ein zweiter demokratischer deutscher Staat mit Selbstbestimmung, Meinungsfreiheit und so weiter. Es ist sicher richtig, wenn hier gesagt wurde: Würden sich die Menschen in der DDR heute frei entscheiden können, würden sie wahrscheinlich für einen Anschluß an die Bundesrepublik optieren.

Es hieß dann weiter, die Nationalstaatsidee sei obsolet geworden. Das trifft auf Westeuropa zweifellos zu. Anders liegen die Dinge aber bei den Völkern, deren nationale Interessen seit Jahrzehnten unterdrückt wurden. Da ist die Idee des Nationalstaates vielleicht nicht ganz so obsolet. Wenn wir uns vor Augen führen, was zur Zeit im Gefolge der Liberalisierung und Demokratisierung in der Sowjetunion vor sich geht, so ist nicht zuletzt eine Renationalisierung mit allen bedauerlichen Erscheinungen wie Chauvinismus, Antisemitismus, Rassismus und so weiter erkennbar. Und es ist für mich sehr fraglich, ob es einen deutschen DDR-Patriotismus ohne Sozialismus geben könnte.

Das führt mich zur Frage, ob Demokratisierung in Osteuropa nicht zugleich Destabilisierung bedeutet. Läßt sich das so genau abgrenzen, wenn wir sagen, wir befürworten die Demokratisierung; die dürfe aber nicht zu einer Destabilisierung führen? Und verstehen wir unter Destabilisierung das gleiche wie die UdSSR? Und auch bei der Führung der Sowjetunion wird es in dieser Hinsicht noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten geben, etwa zwischen Gorbatschow und, sagen wir, Ligatschow und anderen Konservativen in der UdSSR, aber auch in der DDR oder in der Tschechoslowakei. Aber auch da ändern sich die Dinge sehr schnell. Vor zwei Monaten hätten wir noch gesagt, ein nicht-kommunistischer Premierminister in Polen wäre für die Sowjetunion Destabilisierung. Und jetzt haben wir Herrn Mazowiecki. Was ist also für die Sowjetunion akzeptabel, ohne daß wir daran nun unsere ganze Strategie ausrichten müssen.

In den 60er und 70er Jahren war die westliche Ostpolitik - nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei - darauf ausgerichtet, den Status quo in Kauf zu nehmen, angesichts der Tatsache, daß die UdSSR jegliche Liberalisierung und Selbständigkeit der Staaten des Warschauer Paktes verbot. Aber jetzt ist der Status quo in Bewegung geraten, und die Ostpolitik muß sich sehr viel flexibler auf die neue labile Situation einstellen und eine entsprechend neue Strategie definieren.

Aber es ist ein schwieriges Unterfangen, eine Strategie der Beziehungen gegenüber Staaten zu entwickeln, die sich in einer tiefen Krise befinden. Wir können nicht so tun, als ob die Sowjetunion und die anderen Staaten Osteuropas im Augenblick normale Staaten wären. Sie sind in einer tiefen Krise, und wir wissen nicht, wohin die Reise geht.

Vielleicht befinden sich die Polen und Ungarn in einer Übergangsphase zur Demokratie. Vielleicht ist das auch für die Sowjetunion der Fall, obwohl man da nicht ganz sicher sein kann. Ich glaube auch

nicht, daß die kommunistische Partei in Polen schon die Macht verloren hat. Es gibt dort einen Machtkampf. Zur Zeit stellt die Solidarität den Premierminister, aber das kann in zwei, drei Monaten wieder anders sein. Der Kampf ist noch nicht zu Ende.

Herr Schmidt hat gesagt, der Erfolg der Perestroika zeige sich nicht zuletzt, wenn es in den Geschäften in der Sowjetunion mehr Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs in den Regalen gäbe.

Schmidt

Ich habe gemeint, wenn es Gorbatschow gelingt, mehr Fleisch und andere Dinge in die Geschäfte zu bringen, wird Perestroika jedenfalls nicht als Mißerfolg gewertet werden.

Vernet

Ich sehe ein weiteres Kriterium. Perestroika wäre dann ein Erfolg, wenn sich die Institutionen in der Sowjetunion hin zu einem Rechtsstaat entwickeln würden, so daß es Institutionen und Mechanismen gibt - nicht nur den Volkskongreß;- , die die neuen Freiheiten und Rechte garantieren und die auch die Lösung von nationalen und sozialen Konflikten auf demokratische und friedliche Weise ermöglichen. Das ist bisher nicht der Fall, besonders in einem Lande ohne demokratische Tradition. Wirtschaftliche Hilfe des Westens für die Sowjetunion und die Staaten Osteuropas sollte also nicht dazu führen, die Nomenklatura zu ernähren und der Sowjetunion die Rüstungsausgaben zu erleichtern, sondern die Wirtschaftshilfe muß mit Wirtschaftsreformen und politischen Reformen verknüpft werden, um die demokratischen Institutionen zu fördern.

Schmidt

Nur eine kurze Vorbemerkung für unsere ausländischen Gäste. Ich würde es für ratsam halten, wenn Sie die sogenannte deutsche Frage im Augenblick zurückstellen und nicht unnötig aktualisieren würden. Denn dies würde die Entwicklung in der UdSSR, in Polen oder anderen osteuropäischen Ländern noch schwieriger machen, als sie es ohnehin schon ist. Außerdem läßt sich die deutsche Frage gegenwärtig sowieso nicht lösen. Es reicht aus, auf dem Katalog der Menschenrechte in der Menschenrechtskonvention zu bestehen, ähnlich in der Helsinki-Schlußakte, und deutlich zu machen, daß diese Menschenrechte den Deutschen in Ost und West gleichermaßen zustehen.

Ich möchte mich jetzt etwas ausführlicher mit der westlichen Hilfe für Polen und Ungarn beschäftigen. Abgesehen von der grundsätzlichen Hilfsbereitschaft, die wir beiden Ländern signalisieren sollten, müßte eine erste Hilfe darin bestehen, westlicherseits deutlich zu machen, daß es gegenwärtig wenig weiterhelfen würde, wenn etwa in Warschau oder in Budapest zum jetzigen Zeitpunkt über Neutralität oder über einen Austritt aus dem Warschauer Pakt oder aus dem COMECON spekuliert würde. Das würde in der Sowjetunion oder anderswo nur die Betonköpfe auf den Plan rufen. Das Gerede von einer Finnlandisierung Polens halte ich für totalen Unfug. Finnland ist kein Mitglied des Warschauer Pakts. Vielleicht wäre eine Finnlandisierung für Polen im nächsten Jahrhundert wünschenswert, aber zur Zeit würde man mit solchen Überlegungen nur die Betonköpfe mobilisieren.

Was in Polen und Ungarn benötigt wird, ist Managementhilfe, sowohl auf dem Felde der Unternehmensführung als auch in der staatlichen makroökonomischen Administration. Es gibt in beiden Ländern kaum Leute, die noch Erfahrungen mitbringen, wie man ein Unternehmen führt. Wir sollten Seminare anbieten und auch unsere Experten in diese Länder schicken. Dabei sollten wir uns in die Eigentumsfrage nicht einmischen. Das müssen die selbst entscheiden.

Wer im Westen könnte eine derartige Hilfe geben? Ich meine, insbesondere die europäischen Dachverbände der Industrie, der Banker, oder der Gewerkschaften nicht die Regierungen. Hilfestellung ist auch nötig im Hinblick auf Kenntnisse über Zentralbankwesen und Geldpolitik. Das könnte beispielsweise der Internationale Währungsfonds oder die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel leisten. Das wären zum Teil durchaus neue Aufgaben für diese Institutionen.

Des weiteren bedarf es natürlich der substantiellen Wirtschaftshilfe. Die sehe ich in dreierlei Hinsicht. Erstens Soforthilfe - Graf Ferraris sprach von Pakethilfe;- , also etwa Lebensmittelsendungen. Da ist nach dem letzten Siebener-Gipfel einiges in Gang gekommen. Zumindest wurde die EG-Kommission beauftragt, auf diesem Felde etwas zu tun. Dies ist ein kleiner, aber im Prinzip vernünftiger Anfang.

Zweitens ist eine Konsolidierung der alten Kredite beziehungsweise eine Umschuldung, wie man das jetzt nennt, notwendig. Wer soll da in bezug auf Ungarn und Polen die Feder führen? Jedenfalls nicht die deutsche Bundesregierung, denke ich, obwohl die Bundesrepublik sich daran mit erheblichen

finanziellen Mitteln beteiligen müßte. Hier ist auch der IWF gefordert. Aber es muß daraufgesehen werden, daß Polen und Ungarn nicht hinter Brasilien, Mexiko, Chile oder Costa Rica an die 27. Stelle geraten. Da muß jetzt etwas geschehen. Es sollte dem IWF mit Nachdruck klargemacht werden, daß hier aus politischen Gründen noch größere Eile geboten ist als in soundso vielen Staaten Südamerikas oder Schwarzafrikas. Die alten Kredite an Ungarn und Polen schweben wie ein Damoklesschwert über den ökonomischen Planern in Budapest und in Warschau.

Drittens geht es um frische Kredite, damit diese Länder ihre Importe finanzieren können. Das muß im wesentlichen durch die Exporteure und deren Banken auf privatwirtschaftlichem Weg geschehen, wie das früher auch schon der Fall war, aber mit ausgesprochener Billigung unserer Regierungen.

Viertens neue langfristige Kredite zur Finanzierung von Investitionen, nicht nur in den Produktionsapparat, sondern zum Teil auch in die Infrastrukturen. Das sind dann Kredite an die Staaten. Dazu braucht man, wie hier schon gesagt wurde, einen bestimmten Rahmen. Dieser könnte durch einen Beschluß der OECD oder der Siebener-Gruppe oder auch durch die EG gegeben werden. Der EG-Rahmen hätte den Nachteil, daß da die USA und Kanada nicht beteiligt wären, was ich indes für sehr wichtig hielte. Die Hoffnung von Larry Eagleburger, Japan in diesen Prozeß mit einzubeziehen, halte ich für illusionär. Die Japaner werden schwer einsehen, warum sie ausgerechnet den Polen oder Ungarn auf die Beine helfen sollten.

Ein weiterer Bereich betrifft den Kulturaustausch. Einladungen an osteuropäische Orchester, nicht nur nach Rom und Mailand, sondern auch nach Turin oder Neapel, nicht nur nach Paris, sondern auch nach Toulouse oder wer weiß wohin. Und natürlich unsere Orchester in deren Länder! Das muß notfalls subventioniert werden - ein schönes Feld für Stifter und Anstifter. Aber auch miteinander kulturelle und intellektuelle Themen debattieren, möglicherweise neue Institute schaffen, damit ein breiter kultureller Austausch entsteht. Da ist jedermann gefragt, und die Regierungen im Westen sollten an alle appellieren, dies zu tun. Eine solche Hilfe würden die Polen und die Ungarn psychologisch gut gebrauchen.

Der nächste Punkt ist, daß beide Länder wesentlich stärker in die bestehenden und neuen internationalen Institutionen hineingezogen werden sollten. Ich denke etwa an IWF und Weltbank, aber auch an die Abrüstungskonferenzen, wo die Ungarn und die Polen nicht nur ein strategisches, sondern auch ein ökonomisches Interesse haben, daß Abrüstung tatsächlich zustande kommt. Dazu gehört dann auch der Prozeß der KSZE-Folgekonferenzen.

Bei neuen Institutionen denke ich vornehmlich in zwei Richtungen. Zum einen geht es um die Umwelt, vor allem um den Treibhauseffekt infolge der Anreicherung von Kohlendioxid in der Atmosphäre und dann um die ebensowenig abschätzbaren Risiken aus der friedlichen Nutzung von Kernkraftenergie. Hier wäre ein Institut zu schaffen, in dem solche Risiken ökonomisch und naturwissenschaftlich untersucht werden. Daran müßten Wissenschaftler aus Polen und Ungarn von vornherein beteiligt werden. Dieses Institut könnte beispielsweise im EG-Rahmen angesiedelt werden.

Ein weiteres Institut sollte sich der gemeinsamen ökonomischen Analyse der europäischen Volkswirtschaften widmen. Da dies sämtliche Staaten in Ost- und Westeuropa angeht, also auch die Tschechen und die DDR und die EFTA-Länder, sollte dies vom Europarat aus initiiert werden, zumal die osteuropäischen Länder ja gerne im Europarat mitwirken wollen. Die volkswirtschaftliche Gesamtanalyse ist für Länder wie Ungarn und Polen etwas Neues, da sie sich bisher der Tonnenideologie verschrieben hatten und ihre Berechnungen in Tonnen Fleisch, Weizen, Eisenerz und so weiter durchgeführt haben. Diese Länder müssen die im Laufe der letzten mehr als hundert Jahre im Westen entwickelten Methoden der indirekten Steuerung einer Volkswirtschaft mit Hilfe der Instrumente der Geldpolitik, der Haushaltspolitik, der Steuerpolitik und so weiter erst lernen, obwohl es früher in Polen und auch in Jugoslawien und der CSSR durchaus Ansätze in dieser Richtung gegeben hat.

Lebahn

Erlauben Sie mir zunächst eine persönliche Bemerkung. Ich bin 1943 auf der Insel Rügen geboren und hatte das Glück, daß meine Mutter 1945 mit mir und meinen Geschwistern in den Westen geflüchtet ist. Ich habe mich häufig gefragt, was aus mir geworden wäre, wenn wir drüben geblieben wären. Vielleicht habe ich mich auch deshalb dem Ostgeschäft zugewandt, weil wir ja in Deutschland die, man könnte sagen, Ideologie vertreten, daß die Kooperation mit den östlichen Nachbarn den Frieden fördern hilft.

Da ist mir nun in letzter Zeit in Gesprächen, vor allem mit jungen DDR-Bürgern, wiederholt entgegengehalten worden: Wieso unterstützt ihr mit eurer Wirtschaftshilfe unser Regime, das wir nicht

mehr haben wollen. Ihr habt uns nicht gefragt, ob wir diese Hilfe überhaupt wollen und dekoriert euch statt dessen mit moralischen Ansprüchen, die euch nicht zukommen. Und von jungen Polen habe ich sogar das Argument gehört: Der Westen lebt derzeit auf unsere Kosten; deshalb seid ihr uns wiedergutmachungspflichtig. Begründet wird dies damit, daß sie sagen: Ihr habt mit dem Kommunismus und dem Totalitarismus euren Frieden geschlossen, und zwar auf Kosten der östlichen Völker, denen man nicht zur Freiheit verhelfen hat.

Solche Argumente hört man nicht nur in der DDR oder in Polen, sondern auch in den baltischen Staaten oder in anderen Republiken der Sowjetunion. Selbst die russische Bevölkerung sieht sich jetzt in der Situation eines Volkes, das seit Lenins Zeiten ausgebeutet, belogen und unterjocht worden ist. Alle diese Völker sind psychologisch am Ende und tragen weder ihre Regierungen noch ihre Staatsform mehr. Die klugen Regierungen haben das rechtzeitig gemerkt und versuchen gegenzusteuern.

Was können wir in dieser Situation machen? Mitunter bin ich mir in dieser Runde wie auf dem Wiener Kongreß vorgekommen. Da war von großen diplomatischen internationalen Konstruktionen die Rede, wie man den Ostdeutschen den DDR-Staat erhalten könne, den man ihnen nicht wegnehmen dürfe. Aber kann man das wirklich so sehen? Offensichtlich lehnt doch die Bevölkerung drüben diejenigen total ab, die sich dort Vertreter des Volkes nennen und die staatlichen Pfosten bekleiden. Wie können wir dann mit solchen Leuten im Sinne der Friedenserhaltung zusammenarbeiten?

Das ist schon eine eigenartige Schizophrenie, daß man als gern gesehener Gast auf der Leipziger Messe erscheint und sich mit den politisch Verantwortlichen lächelnd zuprostet, während am Vortage gerade wieder jemand an der Mauer erschossen wurde. Und wenn unser Wirtschaftsminister Herr Haussmann in einer solchen Situation kurzfristig absagt, dann finden sich sofort drei, vier andere Spitzenpolitiker, die sich freuen, an seiner Stelle in der DDR empfangen zu werden. Vielleicht sollten wir hier doch einmal auch über moralische und fundamentalpolitische Grundsätze nachdenken.

Wir im Westen in unserer Wohlstandsgesellschaft sind gewissermaßen die Profiteure des Status quo, während die Menschen in Osteuropa halt das Pech gehabt haben, in einem sozialistischen Staat geboren zu werden. Ich meine, wir sollten auch aus wohlverstandener Eigeninteresse alles tun, damit die Menschen drüben endlich zu ihrem Recht kommen. Und da muß sofort etwas getan werden, wenn wir verhindern wollen, daß es zu den auch hier befürchteten Explosionen und Katastrophen kommt. Da nützen uns Überlegungen wie die eines 15jährigen Burgfriedens herzlich wenig angesichts von Volksbewegungen, die irrational zu werden drohen.

Natürlich sollten wir nicht zur Destabilisierung der dortigen Verhältnisse beitragen, sondern im Sinne der militärischen Sicherheit, aber auch der wirtschaftlichen und sozialen Freiheit wirksam werden. Und da können wir uns nicht um eine Forderung herumdrücken: Wir müssen bereit sein, im Interesse unserer Sicherheit und aus Solidarität mit den Menschen in den östlichen Ländern große wirtschaftliche Opfer zu bringen. Polen und Ungarn sind nach international üblichen Kriterien wirtschaftlich fast am Ende. Unter reinen Bankgesichtspunkten muß man diese Länder als an sich nicht mehr kreditwürdig einstufen. Daran wird sich auch auf absehbare Zeit nichts ändern. Streng wirtschaftlich gesehen sind sie nicht mehr geeignete Kreditempfänger für westliche Banken ohne das Hinzutreten besonderer Garantien seitens westlicher Staaten. Wenn wir ihnen dennoch Kredite geben wollen, muß das aus übergeordneten Gründen geschehen und setzt eine politisch-staatliche und privatwirtschaftlich-geschäftliche internationale Gesamtkoordination voraus.

Dabei möchte ich davor warnen, hier nur Ungarn und Polen isoliert zu sehen. Denn ohne eine Stabilisierung der Lage in der Sowjetunion kann der ganze Reformprozeß in Osteuropa nicht funktionieren. Die sowjetische Wirtschaft ist am Kippen. Deshalb muß sehr schnell etwas geschehen, wenn dort ungarische oder polnische Verhältnisse verhindert werden sollen.

Sie haben vielleicht gelesen, daß die westlichen Banken in der letzten Zeit ihr Sicherheitsrating für die UdSSR revidiert haben. Und Banker sind bekanntlich Leute, die sich rasch einem vorgegebenen Trend anschließen. Wenn die Sowjetunion jetzt ihre wirtschaftliche Basis verliert, wird der Perestroika der Boden entzogen. Und die Einschätzung der wirtschaftlichen Erfolgchancen der Perestroika - mehr noch als der politischen - ist es, welches Ausmaß und Intensität des Engagements westlicher Banken und Firmen gegenüber der Sowjetunion bestimmt.

Zur psychologischen Situation in der Sowjetunion teile ich die Einschätzung von Herrn Schmidt. Was ich in vielen Gesprächen dort angetroffen habe, ist eine Mischung von absoluter Apathie und unbändiger Aggressivität gegen die Regierung, gegen die Partei, aber auch gegen den Nächsten. Das zeigt sich zum Beispiel an den rapide gestiegenen Verbrechenszahlen. Jahrzehntlang hat man den Menschen im Namen der kommunistischen Ideologie Idealismus gepredigt. Jetzt glauben die Leute an

gar nichts mehr, und jeder nimmt sich, was er kriegen kann. Aber ohne einen gewissen Wertbezug kann auch die Perestroika nicht funktionieren.

Es besteht jetzt in ganz Osteuropa ein riesiger Bedarf an westlicher Wirtschaftshilfe, die nicht nur von privaten Unternehmen zu leisten ist. Auch beim besten Willen können die deutschen Banken zur Zeit aufgrund gesetzlicher Vorschriften keine neuen Kredite an Polen geben, solange wir gleichzeitig die alten Kredite als uneinbringbar abschreiben und damit indirekt auf den Steuerzahler zur Erstattung überwälzen, also letztlich verstaatlichen.

Schmidt

Das setzt eine vertragliche Konsolidierung voraus.

Lebahn

So ist es. Und neue Kredite setzen in der augenblicklichen Situation eine Hermes-Absicherung voraus. Das heißt, hier geht es nicht ohne staatliche Garantie. Dies sollte aber der deutschen Bevölkerung jetzt vorab demokratisch offengelegt werden; denn am Ende wird dafür der Steuerzahler zur Kasse gebeten. Viele der geförderten Projekte werden nämlich erfolglos sein, und dann ist wieder sehr schnell von der Macht der Banken die Rede, die sich auf Kosten der Steuerzahler bereichert haben. Hier sind ab sofort die Politiker gefordert, mehr Aufklärungsarbeit zu leisten, damit unsere Bevölkerung auch bereit ist, dafür zu zahlen. Risikoprojekte im Osten können jedenfalls nicht auf dem Rücken deutscher Banken realisiert werden. Darauf könnte sich kein Bankvorstand einlassen.

Natürlich sollten nur wirtschaftlich aussichtsreiche Projekte im Osten gefördert werden. Das erfordert eine enorme Analyse- und Consulting-Arbeit, und dafür fehlt es in Osteuropa an den entsprechenden Voraussetzungen. Aber es fehlt nicht nur dort an ausgebildeten Fachleuten, auch im Westen sind nicht genügend Experten für das Ostgeschäft vorhanden. Wir können im Grunde gar nicht durchstarten, weil wir keine Leute haben, die analysieren, konzipieren und vorplanen können. Deshalb müsste hier schnellsten etwas geändert werden.

Eine weitere These ist, daß das Ostgeschäft nicht mehr wie in den letzten 40 Jahren nur bilateral vor sich gehen kann. Die Dimensionen, vor allem in der Sowjetunion, sind so gewaltig, daß nur eine koordinierte Aktion des gesamten Westens Erfolg bringen kann. Das erfordert die kontinuierliche Zusammenarbeit nicht nur der westlichen Regierungen, sondern auch der Banken, der Industrieverbände und anderer Institutionen. Aber auch die Einbeziehung des US-amerikanischen Industrie- und Wirtschaftspotentials wäre dringend erwünscht. Die Europäer wollen hier gar keine Alleingänge, sondern mit den Amerikanern zusammenarbeiten. Darüber sollte man sich im westlichen Lager auf Regierungsebene verständigen. Was wir uns allerdings nicht erlauben können, ist, erst einmal abzuwarten, so wie es bei Herrn Eagleburger anklang, bis in Osteuropa die Voraussetzungen für die Freiheit vorhanden sind. Wenn wir so lange warten wollen, wird es dort keine Freiheit geben. Dann haben wir die verpaßten Chancen.

Ich möchte Ihnen einmal ganz konkret über die Zwänge berichten, die in der Praxis entstehen. Wir werden in der deutschen Wirtschaft, insbesondere die deutschen Banken, ständig von amerikanischen Firmen gebeten, ihnen beim Ostgeschäft zu helfen. Die Amerikaner sind der Meinung, daß sich im Osten allmählich ein Kontinent von Möglichkeiten und langfristigen Chancen auftut. Sie haben aber seit zehn, zwanzig Jahren so gut wie sämtliche Kontakte zu Osteuropa verloren. Es fehlt ihnen an Informationen. Deshalb wollen sie mit uns zusammenarbeiten. Aber für eine solche multilaterale Kooperation nach Osten müsste zunächst die amerikanische Administration grünes Licht geben. Da bestehen ja nach wie vor strenge Auflagen, und wir dürfen uns sicher nicht der Illusion hingeben, daß mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nun die Frage der militärischen Rüstung in den Hintergrund gedrängt wird. Das heißt, die Voraussetzungen für eine gesicherte wirtschaftliche Zusammenarbeit sind stabile Sicherheitsverhältnisse.

Auch da wieder ein Beispiel. Die Sowjetunion hat aus der Erkenntnis, daß sie ihre bisherige Überrüstung wirtschaftlich nicht länger durchhalten kann, teilweise mit einseitiger Abrüstung begonnen. Die Erwartung ist, daß die Ressourcen, die bislang in die Rüstung gingen, ab sofort der Wirtschaft zur Verfügung stehen. Das trifft aber keineswegs zu. Zunächst kostet nämlich die Abrüstung mehr Geld. Wie sieht es denn in der Praxis konkret aus? Wenn ein Panzerwerk jetzt umgerüstet werden soll, um, sagen wir, Bügeleisen herzustellen, dann erfordert dies erhebliche Neuinvestitionen und sehr viel technisches und organisatorisches Know-how, das in der Sowjetunion nicht vorhanden ist.

Schmidt

Und es dauert drei bis fünf Jahre.

Lebahn

Ja. Gorbatschow hat im Juni in seiner Rede in Köln dringend an die deutschen Wirtschaftler appelliert, der Sowjetunion bei der Konversion zu helfen.

Die deutschen Wirtschaftler waren, wie ich in Gesprächen feststellen konnte, da durchaus skeptisch und vermuteten dahinter eher einen Propagandatricks. Seit einigen Monaten wird das Thema Konversion auf den ersten Seiten der sowjetischen Presse behandelt, um dem Volk zu zeigen: Wir machen Ernst mit der Abrüstung und tun etwas für eure Versorgung. Aber das findet nur auf dem Papier statt, weil die Betriebe gar nicht in der Lage sind, für eine schnelle Produktionsumstellung zu sorgen. Das ist kein böser Wille irgendwelcher Militärs, sondern ist ein altes russisches Problem, das viel mit Unflexibilität zu tun hat. Aber es hat auch handfeste Gründe. Da haben die örtlichen Generaldirektoren des sowjetischen Rüstungsindustriellen Komplexes jahrzehntelang in einer bestimmten Weise gewirtschaftet mit hochqualifizierten Managern und Ingenieuren, immer das Beste vom Besten, auch was den Maschinenpark angeht, und nun wissen sie plötzlich nicht mehr, was sie mit all dem anfangen sollen, weil es an praktikablen Alternativen fehlt. Folglich raschen sie erst einmal mit ihrer Rüstung weiter. Hier tun sich für uns gewaltige Kooperationsmöglichkeiten auf mit handfesten privatwirtschaftlichen Vorteilen und nachweisbaren friedenssichernden Folgen.

Eine andere Möglichkeit bieten die Joint-ventures, bei denen die Deutschen gewissermaßen die Vorreiter in der Sowjetunion spielen. Mit über 70 gemeinsamen Unternehmen decken wir fast ein Fünftel aller Joint-ventures ab. Da läßt sich aber noch sehr viel mehr machen. Hier müßte auch über staatliche Rahmenbedingungen nachgedacht werden, wie man zum Beispiel spezielle Förderungsinstitutionen und -instrumente für Joint-ventures schafft.

Bei globalen, kontinentalen, blockmäßigen Sicherheitskonzepten, die wir hier diskutiert haben, sollten wir nicht übersehen, daß man überall in Europa, auch in Osteuropa, wieder in den Kategorien der historischen Regionen zu denken beginnt. So ist gegenwärtig ein Ostseewirtschaftsraum im Entstehen. Das sollte man gezielt durch politische und wirtschaftliche Konstruktionen fördern, beispielsweise durch eine größere Einbindung der baltischen Staaten und der Region Kaliningrad/Königsberg. Es ist bei uns kaum bemerkt worden, wie geschickt die sowjetische Regierung bei den baltischen Staaten vorgegangen ist, die man ja nicht in die wirtschaftliche Unabhängigkeit entlassen, sondern gewissermaßen als Pilotprojekte eines zukünftig für alle Sowjetrepubliken anzustrebenden Organisationsstatus der eigenen Wirtschaftsführung hingestellt hat. Hier könnten wir mit den baltischen Staaten zusammenarbeiten mit der Zielsetzung, daß dieses Modell später einmal für die gesamte Sowjetunion wirksam werden könnte.

In diesem Bereich müßte von uns systematisch gearbeitet werden. Politiker und Wirtschaftler sollten sich zusammensetzen, um die Schwierigkeiten zu besprechen, die da auf uns zukommen. Die wenigen Fachleute, die es bisher auf diesem Gebiet gibt, müßten sowohl von Regierungsseite als auch von den beteiligten Unternehmen freigestellt werden; denn diese Arbeit läßt sich nun einmal nicht so nebenbei erledigen.

Alle diese Maßnahmen erfordern nicht nur finanzielle Opfer, sondern auch erhebliche organisatorische und geistige Anstrengungen. Hier kann man durchaus von einem neuen "Marshallplan" sprechen und sollte diesen Begriff nicht einfach unter Hinweis auf ein einmaliges Ereignis in einer einmaligen historischen Situation vom Tisch wischen. Was wir im Augenblick brauchen, ist eine Kombination von Politik und Wirtschaft im größten Maßstab, und das ist eine Art Marshallplan.

Dahrendorf

Herr Lebahn, wenn Sie jetzt mit Herrn Walesa sprechen würden, müßten Sie ihm im Grunde genommen sagen: Unmittelbar läuft gar nichts.

Lebahn

Das ist richtig. Wenn man sich seine Vorstellung zur künftigen wirtschaftlichen Neugestaltung Polens anhört, so faszinieren einerseits sein unkomplizierter Optimismus und die klare politische Entscheidung gegen bisherige kommunistische Planwirtschaft und für westliche Marktwirtschaft, aber es beunruhigt andererseits auch nachhaltig die erkennbare Abwesenheit von Fachwissen und realistischen Problemlösungsansätzen.

Den Systemreformern Walesa wie auch Gorbatschow muß man gleichermaßen politischen Mut und moralischen Willen attestieren, ohne daß aber beide die dafür erforderlichen flankierenden

wirtschaftspolitischen Maßnahmen hinreichend als eine prioritär zu lösende Basisaufgabe pragmatischer Staatskunst und praktizierter Volksherrschaft hinreichend erarbeitet haben. Dieses wirtschaftspolitische Defizit der Reformregierungen in Osteuropa trifft andererseits auf eine ungenügende geistige, organisatorische und wirtschaftspolitische sowie privatwirtschaftlich-geschäftliche Disposition des Westens.

Wir brauchen also eine politische Rahmenrichtlinie für westliche Projekte mit Polen und müssen uns auf eindeutige, kalkulierbare Projekte konzentrieren, sonst wird das ein Faß ohne Boden. Aber wenn man die Dinge richtig anfaßt, kann sich in Osteuropa ein Kontinent von Möglichkeiten auftun. Amerikanische Firmen sind da viel offener. Sie denken bereits über das Jahr 2000 hinaus, sehen die Chance der neuen Situation und sind zu Risiken bereit, die schnelle und umfassende Engagements ermöglichen.

Gerade in einer transatlantischen Zusammenarbeit, also unter Einbeziehung der Amerikaner, sehe ich große Chancen, um zu einer gemeinsamen westlichen Konzeption zu kommen. Eine einfache Lösung durch Hineinpumpen westlicher Milliardenbeträge oder durch Aktivierung allein westlicher Finanzinstitutionen kann den komplexen und großvolumigen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben keinen nachhaltigen Erfolg sichern: Hier sind multinationale Kooperationen unter Kombination weitestmöglicher privatwirtschaftlicher und staatlicher Potentiale erforderlich, um die klar erkennbare historische Chance rechtzeitig und angemessen zu realisieren.

Stürmer

Wenn Walesa die Banken anspricht, so hat er dabei natürlich auch im Auge, die in Polen vorhandenen Devisen auf irgendeine Weise in den Wirtschaftskreislauf einzubringen. Und die einzigen Banken, zu denen ein Pole Vertrauen hat, sind nun einmal ausländische Banken. Darüber sollte man schon nachdenken.

Schmidt

Wie groß ist das Volumen der auf dem schwarzen Markt in Polen vorhandenen Devisen?

Stürmer

Walesa spricht von mehreren Milliarden US-Dollar.

Schmidt

Verwechselt er da nicht Milliarden mit Millionen? Es sind wohl höchstens einige Hundert Millionen.

Dahrendorf

Da täuschen Sie sich, Herr Schmidt. Vergessen Sie nicht:, daß Polen von überall in der Welt ihre Dollars nach Hause schicken.

Lebahn

Wenn sich die richtigen Projekte anbieten, Herr Stürmer, werden auch die von Ihnen angesprochenen Devisen dort eingesetzt werden. Ich denke zum Beispiel an Jointventures mit polnischer Kapitalbeteiligung, die man zu Publikumsgesellschaften macht. Das könnte funktionieren. Hier zeigen sich unendlich viele Kooperationsmöglichkeiten, die aber erst einmal gemeinsam erarbeitet werden müssen. Die Polen sind auf der Suche nach allem, was im Westen erfolgreich praktiziert wird. Wir müssen ihnen dann die Schwierigkeiten erläutern; denn sie gehen teilweise mit einer unwahrscheinlichen Naivität an diese Dinge heran.

Kornblum

Es dürfte vielleicht nicht allgemein bekannt sein, daß wir bei der NATO in Brüssel tatsächlich eine gemeinsame westliche Ostpolitik zu konzipieren versuchen. Und da schlagen wir uns mit den gleichen Problemen herum, die auch in dieser Debatte deutlich geworden sind.

Lassen Sie mich einmal sehr grundsätzlich sagen, daß der Ausgangspunkt unserer Überlegungen der Kollaps der europäischen Zivilisation in der Mitte dieses Jahrhunderts ist. Als Folge davon haben die Europäer die Verantwortung für ihre Zukunft für eine gewisse Zeit an uns Amerikaner abgegeben. Wir sind jetzt dabei, diesen Zustand wieder zu ändern. Dabei ist es unvermeidlich, daß wir alle die wichtigen Fragen noch einmal durchdiskutieren, einschließlich der deutschen Frage, mit denen wir uns

in einem Status quo so schön eingerichtet hatten. Darmit sind wir ja auch ganz gut gefahren. Dieser Status quo ist jetzt nicht mehr aufrechtzuerhalten, angesichts der Entwicklungen in Osteuropa.

Damit sind dann sehr komplizierte moralische und auch pragmatische Fragen verbunden, die überall in Europa und in den Vereinigten Staaten gestellt werden und die ja auch hier auf den Tisch gekommen sind. Etwa, wie steht die Bundesrepublik zu der Frage der Stabilität des westlichen Bündnisses.

Im Englischen gebrauchen wir jetzt das deutsche Wort "Gesamtkonzept", das ja einem tiefen deutschen Bedürfnis zu entsprechen scheint.

Schmidt

Sie sollten es vielleicht besser auf englisch als grand strategy bezeichnen.

Kornblum

Wir ziehen im Augenblick den Begriff "Gesamtkonzept" vor. Wir haben im Frühjahr dieses Jahres im Rahmen der NATO, auch beim Gipfeltreffen, so eine Art Gesamtkonzept tatsächlich erarbeitet. Ich bin überrascht, wie wenige auch in diesem Kreis davon Kenntnis haben. Das hat vielleicht mehr mit der Psychologie des Westens zu tun als mit der Sache selbst.

Viele der Vorschläge, die Herr Lebahn eben gemacht hat, liegen schon auf dem Tisch, beispielsweise auch eine umweltpolitische Initiative, wie sie Herr Schmidt gefordert hat. In der NATO-Deklaration vom Mai dieses Jahres steht ein langer Katalog von Forderungen, die den acht Punkten von Herrn Schmidt und auch den Beispielen von Herrn Lebahn sehr nahekommen. Managementhilfe etwa oder Zusammenarbeit bei neuen Technologien im Umweltbereich und kultureller Austausch. Wir sind sogar so weit gegangen, jetzt von der NATO finanzierte Stipendien an osteuropäische Experten zu vergeben, die in Westeuropa Managementtechniken lernen sollen.

Wenn wir hier also nach einer Institution suchen, die in der Lage ist, eine gemeinsame westliche Ostpolitik zu konzipieren, dann sollten wir nicht nur an die EG denken, Herr Stuth, sondern weit eher an die NATO, weil dort Westeuropa und Nordamerika beide vertreten und in diesem Rahmen zudem noch die lebenswichtigen Fragen der Sicherheit einbezogen sind.

Ich meine also, daß dieser transatlantische Rahmen, der die USA und Kanada fest einbindet, geeignet wäre, genau jenen Druck auszuüben, den Herr Lebahn angesprochen hat. Was wir innerhalb der NATO natürlich nicht können und wollen, sind etwa konkrete Bankprojekte zu organisieren. Aber wir können sicherstellen, daß es hier einen geeigneten Rahmen für die Diskussion grundsätzlicher Themen gibt.

Auffällig ist - trotz der gemeinsam erarbeiteten Konzepte;- , wie schwierig es ist, innerhalb des westlichen Bündnisses Gespräche in Gang zu bringen. Die Vereinigten Staaten versuchen das mit allem Nachdruck, aber unsere Partner verhalten sich da eher reserviert. Seit sechs Monaten bemühen wir uns zum Beispiel, eine Diskussion über wirtschaftliche Fragen zu beginnen. Das lehnen unsere französischen Freunde mit dem Hinweis ab, daß die NATO mit solchen Dingen nichts zu tun hat.

Schmidt

Was ja auch zutrifft.

Kornblum

Es stimmt zwar, aber ich frage mich, wo denn eigentlich der Ort ist, an dem der Westen sich zusammensetzt, um über Fragen einer grand strategy zu sprechen. Mein Eindruck ist, daß gerade in der jetzigen psychologischen Situation viele in Westeuropa in dieser Hinsicht Vorbehalte haben, weil sie offenbar befürchten, da würden nur wieder die Amerikaner das Sagen haben. Deshalb wollen sie lieber im Rahmen der EG Zusammensein, weil dort die Amis nicht dabei sind. Ich halte das für kurzsichtig.

Über die Rolle der Vereinigten Staaten brauche ich Sie hier nicht aufzuklären. Wir sind eben nicht nur eine Supermacht, die über das ganze Arsenal nuklearer Waffen verfügt. Welche Währung ist es denn, die in Osteuropa vorzugsweise gefragt ist? Natürlich der US-Dollar. Wo ist etwa die baltische Kultur bewahrt worden über die letzten 40 Jahre, wenn nicht in den USA. Oder denken Sie an die familiären Beziehungen von Polen, Tschechen, Ungarn nach Chicago, Detroit oder Cleveland. Europa hat - und das ist auch eine der Konsequenzen aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts - einen großen Teil seiner kulturellen Eigenständigkeit an die USA abgegeben. Ich meine nicht die Einwanderer, die ihre

Art von europäischer Kultur amerikanisiert haben, sondern die vielen Aspekte der europäischen Kultur, die durch den Krieg in Europa zerstört wurden und die in den USA gerettet worden sind. Alles dieses sind wichtige und bleibende Verbindungen zwischen Europa und Amerika, unabhängig von den militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die ich keineswegs vernachlässigen will.

Worum es mir geht, ist nicht, die Vereinigten Staaten hier groß herauszustellen, sondern zu unterstreichen, daß es einen Rahmen gibt für die gemeinsame Ostpolitik, nämlich den Nordatlantischen Pakt. Alle Punkte, die heute angesprochen wurden, sind auch im Bündnisvertrag angelegt und spiegeln sich ebenso in den NATO-Dokumenten der letzten sechs Monate noch einmal sehr konkret wider. Hinzu kommt, daß die NATO der einzige Platz ist, an dem die wichtige Aufgabe der Abrüstung, Verteidigung und Sicherheit im Westen gehandhabt werden kann. Was jetzt fehlt - abgesehen von Versäumnissen meiner Regierung, die ich gar nicht verkennen will;- , ist eine weitsichtige Strategie der europäischen Staaten.

Möglicherweise wird die NATO immer noch als eine Institution angesehen, die es in erster Linie den Vereinigten Staaten erlaubt, ihre Truppen nach Europa zu schicken und Fragen der Verteidigung zu regeln. Ich würde es aber für die falsche Strategie halten, wenn sich die Europäer gewissermaßen auf die EG zurückziehen. Denn die Aufgaben, über die wir hier diskutieren, können nur bewältigt werden, wenn Westeuropa und Nordamerika zusammengehen. Und der einzige Rahmen, wo das politisch möglich ist und man die politischen Ziele aller westlichen Länder koordinieren kann, ist in der NATO.

Schmidt

Herr Kornblum, Sie sprechen immer von der NATO. Meinen Sie das Bündnis, oder meinen Sie die NATO mit dem Akzent auf dem O?

Kornblum

Beides natürlich.

Schmidt

Das sind aber zwei völlig verschiedene Dinge. Frankreich ist an der NATO nicht beteiligt.

Kornblum

Doch, Frankreich ist daran beteiligt, nur nicht an der militärischen Organisation.

Schmidt

Ich meine, es wäre psychologisch sicher sehr viel wirksamer, wenn Sie von der nordatlantischen Allianz sprechen würden.

Kornblum

Mir geht es um das Bündnis. Aber das ist genau der Punkt, auf den ich hinweisen wollte. Wenn junge Menschen in Europa das Wort NATO hören, denken sie sofort an Truppen. Das ist ein Versäumnis der letzten 40 Jahre, das wir jetzt nicht korrigieren können. Auf der anderen Seite müssen wir uns klarmachen, daß das Bündnis und der NATO-Vertrag wirklich der einzige Rahmen sind, wo all die verschiedenen Stränge zusammengeführt werden könnten. Außerdem ist es der Rahmen, in dem die amerikanische Regierung ihre politischen Informationen und auch ihre Strategien nach Europa zu vermitteln versucht. Die Frage ist, ob sich die europäischen Staaten dieses Instruments bedienen wollen oder nicht.

Zur Lage in der DDR beispielsweise habe ich die deutsche Vertretung seit Wochen persönlich gebeten, uns zu informieren, wie sie die Situation dort einschätzt. Kein Wort haben wir gehört.

Im letzten Jahr haben wir versucht, Diskussionen über Osteuropa anzuregen, um hier zu konkreteren Aussagen zu kommen. Es hat sechs Monate gedauert, bis wir die europäischen Verbündeten dazu bringen konnten, diese Diskussion anzufangen. Es hat fast den Anschein, als hätten die Europäer Angst davor, daß die NATO nur die amerikanische Macht repräsentiert. Solange die europäischen Verbündeten so darüber denken, wird man sich vergebens bemühen, die politischen und wirtschaftlichen Aspekte unseres Bündnisses zu aktivieren.

Aber wo sonst soll denn die allgemeine Koordinierung der strategischen Überlegungen stattfinden - ich spreche nicht von der Durchführung;- , wenn nicht im Rahmen des Atlantischen Bündnisses. Dort

können doch gerade die Fragen diskutiert werden, die politisch und psychologisch wichtig sind, wie die deutsche Frage zum Beispiel, ohne dies jetzt zu einem eigenen Tagespunkt zu machen. Wenn ich vom Gesamtkonzept spreche, dann meine ich nichts anderes als eine Diskussion über die politische Zukunft Europas. Und da hat in der NATO eine weitaus interessantere Diskussion stattgefunden als in vielen anderen Rahmen.

Sommer

Um es deutlich zu sagen, Herr Kornblum: Ich halte die NATO für ein völlig ungeeignetes Instrument, um die Dinge, über die wir hier reden, auch nur intellektuell zu organisieren. Diese Institution ist über 40 Jahre so sehr mit anderen Aufgaben und Schwerpunkten identifiziert worden, daß alles, was dort ausgeknobelt würde, in Osteuropa wenig Glaubwürdigkeit fände - und auch in Westeuropa. Als die NATO anfang, sich mit Umweltfragen zu befassen, begann ich Zweifel an ihrer Überlebensfähigkeit zu haben.

Das, was wir heute erleben, ist eine Bestätigung der Einsicht, daß die Weltgeschichte immer weitergeht. Es gibt nur wenige Leute, die geglaubt haben oder glauben, daß die Weltgeschichte irgendwann aufhört. Einer war Karl Marx, der meinte, eines Tages werde das Gesetz der Dialektik von These und Antithese außer Kraft gesetzt. Ein anderer ist der jetzige stellvertretende Leiter im Planungsstab des amerikanischen Außenministeriums, Francis Fukuyama, der soeben verkündet hat: History is dead. Nach dem Tod Gottes nun also der Tod der Geschichte. Ich glaube daran überhaupt nicht. Das Rad der Geschichte dreht sich weiter. Wir müssen uns über die sich wandelnden Dinge den Kopfzerbrechen und uns fragen, ob die alten Antworten noch gültig sind.

Ich möchte dazu drei Bemerkungen machen. Erstens ein Wort zur Strategie der kleinen Schritte, die, wie Herr Stürmer sagte, sehr erfolgreich war und zu einer Zeit entworfen wurde, als anderes überhaupt nicht denkbar war. Deshalb sollte man sie nicht nachträglich entwerten. Diese Strategie hat vieles, bewirkt. Ich brauche Sie nur daran zu erinnern, wie die Beziehungen zwischen den beiden Hälften Deutschlands Anfang der 70er Jahre ausgesehen haben und wie sie heute sind. Ich will auch nicht ausschließen, daß die gegenwärtigen Veränderungen im Ostblock nicht zuletzt das Ergebnis dieser Strategie sind.

Ich sehe es deshalb für wenig hilfreich an, wenn jetzt hier und da in unserem Lande die Rede davon ist: Die kleinen Schritte führten nicht mehr weiter, was wir jetzt brauchten, sei der eine große Schritt. Ob das dann die große Wiedervereinigungsinitiative ist oder man die Frage der deutschen Einheit an die Abrüstungsproblematik anhängen will - auch solche Töne waren ja im letzten Jahr zu vernehmen;- , an einen solchen großen Schritt vermag ich nicht zu glauben. Statt dessen sollen wir uns vielleicht neue kleine Schritte vorstellen oder auch den einen oder anderen größeren kleinen Schritt. So wie sich der Status quo zwischen den beiden Teilen Deutschlands geändert hat, kommt es jetzt darauf an, daß sich der Status quo im anderen Deutschland ändert. Die Frage ist, wie wir dem Ziel einer "anderen" DDR näherkommen können.

Zweitens glaube ich auch nicht, daß sich die These Liberalisierung durch Stabilisierung als Irrweg erwiesen hat. Sogar in der DDR hat sich ja ein gewisses Maß an Liberalisierung durchgesetzt, auch wenn dies noch begrenzt ist. Aber daß es in der Kunstszene heute Freiheiten gibt, die es vor 10 oder 15 Jahren nicht gab, daß sich ein Fall Biermann wohl so nicht wiederholen würde, daß sich der Reiseverkehr in Ost-West-Richtung in ungeahnter Weise vervielfacht hat - das alles sind auch Liberalisierungserfolge, die sicher einer Politik zuzuschreiben sind, welche darauf gründete, daß Bonn nicht das Regime in Frage stellen oder destabilisieren wollte.

Auch hier sage ich: Was wäre denn die Alternative? Ich würde jedenfalls davor warnen zu glauben, man könne mehr Liberalisierung durch Destabilisierung erreichen. Was nötig ist, ist Wandel; aber dieser Wandel sollte sich möglichst in einem stabilen Ambiente vollziehen. Das hängt vielleicht mit meinem Konzept der größeren kleinen Schritte zusammen. Bisher haben wir Menschen aus den Zuchthäusern von Neubrandenburg und Bautzen freigekauft. Vielleicht sollten wir in der nächsten Phase dafür bezahlen, daß sie gar nicht erst in die Zuchthäuser kommen. Das mag illusionär klingen, ist aber gewiß nicht illusionärer als andere Vorschläge, die diskutiert werden.

Ich warne also vor Destabilisierungsparolen. Ich vermag keinen Sinn darin zu sehen, unsere Brüder und Schwestern auf die Barrikaden zu hetzen. Und ich teile Egon Bahrs Einschätzung: Wir würden genauso mit verschränkten Armen zuschauen, wie wir das 1953, 1956, 1968, 1980 und bei anderen Gelegenheiten gemacht haben. Mir rieselt es jedenfalls schaurig über den Rücken, wenn ich im Fernsehen DDR-Emigranten sagen höre: "Frieden ist nicht der höchste Wert." Da kann ich nur Egon Bahr zitieren: "Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts, und der Krieg wäre der schwerste Verstoß gegen die Menschenrechte."

Ich habe bisher keinerlei Anzeichen erkennen können, daß Gorbatschow die nukleare Logik nicht mehr akzeptiert. Anderenfalls würden ihn seine Generäle in einer Entscheidungssituation sicher dazu zwingen. All diese Veränderungen, die wir im Osten derzeit erleben, setzen nicht die harsche nukleare Logik außer Kraft, die seit 1949 im Verhältnis zwischen West und Ost wirksam war und nach der gilt: Der Frieden dient der Gerechtigkeit mehr als die Gerechtigkeit dem Frieden. Daran hat sich bisher nichts geändert.

In meiner dritten Bemerkung gehe ich noch einmal auf den Begriff des Burgfriedens ein. Dabei habe ich drei Möglichkeiten analysiert. Zum einen: Wir machen den Russen ein großartiges Entwicklungsangebot, und dafür rücken sie uns die DDR heraus. Ich habe diesen Gedanken sofort verworfen angesichts der Risiken, die ein solches Vorgehen sowohl für Gorbatschow als auch für uns mit sich bringen würden. Wir würden dadurch die Gefahr provozieren, die NATO und die EG zu sprengen und dies zu einem Zeitpunkt, wo Abrüstung und Entspannung noch keineswegs gesichert sind. Zudem halte ich die Vorstellung für absurd, daß ein Deutschland mit 80 Millionen Menschen im Jahre 2020 oder 2050 in der Welt der großen Blöcke, die sich bis dahin bilden werden, sein Schicksal allein gestalten könnte.

In einer zweiten Überlegung habe ich die Möglichkeit eines Augsburger Religionsfriedens untersucht. Im Jahre 1555 waren die deutschen Fürsten ja übereingekommen: Cuius regio, eius religio. Wer der Religion des Landesherrn nicht anhängen wollte, hatte während einer befristeten Zeit das Recht auf Auswanderung, und zwar mit all seiner Habe. Auch das könnte heute keine Lösung sein. Denn wenn sich das Regime drüben nicht ändert, werden sich mit dem Tage, an dem die Auswanderungsfrist endet, wieder neue Dissidenten und Ausreisewillige bilden. Das ist ein Prozeß ohne Ende. Damals ging es nicht um Systemunterschiede, sondern um persönliche Glaubensbekenntnisse bei annähernd gleichen sozialen und ökonomischen Verhältnissen, ob jemand nun in einem katholischen oder in einem protestantischen Lande lebte. Solange es aber zwischen uns und der DDR ein so eklatantes Freiheits- und Wohlstandsgefälle gibt, wird es auch immer neue Ausreisewillige geben.

Da habe ich dann auf die alte Adenauersche Formel vom Burgfrieden zurückgegriffen, deren historische Bedingtheit mir natürlich bewußt ist: Laßt die deutsche Frage einfach in Ruhe. Ich denke nicht an einen Pakt mit Erich Honecker, sondern möchte unseren Partnern in Ost und West sagen: Dieses Thema ist für uns nicht vordringlich. Viel dringlicher ist, die Integrationsprozesse im Westen voranzutreiben und die Emanzipationsprozesse im Osten sich entfalten zu lassen, anstatt alle mit unseren nationalen Problemen zu behelligen. Wenn sich dann die Bedingungen einmal grundsätzlich geändert haben, können wir auch über die deutsche Frage ganz anders nachdenken.

Solche Überlegungen kommen auch aus der DDR, zum Beispiel aus Kreisen der evangelischen Kirche. Helft der DDR beim Umbau ihrer Gesellschaft: neue Infrastruktur, neue Eisenbahnen, neues Telefonsystem, neue Kanalisation, Altstadtsanierungen und so weiter. Versucht unser Regime dazu zu bewegen, hierfür politische Gegenleistungen zu erbringen. Natürlich weiß niemand, ob so etwas gelingen kann.

Bei alledem darf die ökonomische Betrachtung nicht vernachlässigt werden. Denn all diese gewaltigen Aufgaben in Osteuropa anzugehen, kann ein einziges westliches Land mit Sicherheit nicht leisten. Und wenn wir darauf hoffen, daß durch Abrüstung finanzielle Mittel frei werden, so möchte ich nur darauf hinweisen, Herr Lebahn: Auch bei uns wird die Rüstungskonversion nicht reibungslos ablaufen. Da geht es unter anderem um Arbeitsplätze.

All dieses steht indes unter Bewahrungsvorbehalt. Wenn der Prozeß in Polen, in Ungarn oder in der Sowjetunion stockt oder stoppt, brauchen wir uns für die nächsten zehn Jahre darüber keine Gedanken mehr zu machen. Dann werden wir sehr froh sein, wenn wir wieder über kleine Schritte nachdenken können.

Graf Ferraris

Ich stimme Herrn Schmidt zu, wenn er sagt, wir Ausländer sollten den Deutschen die deutsche Frage überlassen; aber die Deutschen sind es ja selbst, die diese Frage immer wieder hochspielen, wenn sie etwa über die Grenzen nachdenken. Natürlich sind auch die Flüchtlinge aus der DDR nicht zu übersehen.

Ich möchte zunächst ein Wort zur kulturellen Hilfe sagen, die Westeuropa gegenüber Osteuropa leisten sollte. Da müßte in der Tat mehr getan werden. Vielleicht beruhigt es Herrn Schmidt, wenn ich darauf hinweise, daß wir in Italien schon seit Jahren eine wahre Invasion von kulturellen Gruppen aus Osteuropa erleben, nicht nur in Städten wie Turin, sondern sogar in allen möglichen Adria-Kleinstädten. Irgendwo tritt immer ein Chor aus der Sowjetunion oder eine Tanzgruppe aus Ungarn

auf. Insofern können wir in Italien den Kommunisten dankbar sein, die diesen Austausch schon in den 50er Jahren begonnen haben, wenn sie damit wohl auch andere Ziele verfolgten, als wir sie heute im Auge haben.

Die Bundesrepublik könnte in diesen Dingen sicher etwas mehr tun. Ich nenne nur zwei Beispiele. Im Europaparlament wurde vor zwei Jahren eine Resolution verabschiedet, in der es um die Schaffung eines europäischen Instituts für Osteuropa ging. Und da macht die Bundesrepublik die meisten Schwierigkeiten. Sie möchte nämlich diese Stiftung in Berlin ansiedeln, während andere Länder andere Standorte favorisieren. Da die Deutschen sehr hartnäckig sind, warten sie darauf, daß die anderen allmählich ihren Widerstand gegen Berlin aufgeben. Aber unterdessen geht die Sache nicht weiter.

Zweites Beispiel. Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Osteuropa mit dem Ziel, die Menschen in diesen Ländern darin zu unterweisen, wie man eine Demokratie führt. Wir Italiener haben vor einem Jahr im Europaparlament einen Vorschlag in dieser Richtung eingebracht. Und wiederum kamen die meisten Einwände aus der Bundesrepublik. Ich meine also, die Bundesrepublik könnte hier durchaus etwas mehr tun.

Was Herr Kornblum vorhin zur NATO gesagt hat, halte ich weitgehend für zutreffend. Die Europäer - das weiß ich aus eigener Anschauung - sind immer sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, in der NATO nicht nur militärische Fragen zu behandeln. Ich meine, wir könnten die sogenannte dritte Dimension der NATO stärker nutzen, die gerade als Clearing-Stelle zwischen Europa und den Vereinigten Staaten nützlich wäre.

Eine Einrichtung ist in unserem Gespräch seltsamerweise bisher nicht erwähnt worden, das Europäische Parlament, das im Hinblick auf eine westliche Ostpolitik eine sehr viel stärkere Rolle spielen könnte.

Die Wirtschaft liegt uns natürlich allen sehr am Herzen; aber das hochinteressante Plädoyer von Herrn Lebahn war nicht eben ermutigend im Hinblick auf das, was wir tun sollten. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur bescheiden darauf hinweisen, daß es nicht die Deutschen, sondern die Italiener waren, die die erste große Investition im Osten vorgenommen haben, nämlich Togliatti, und das war schon Anfang der 50er Jahre.

Herr Schmidt spricht zu Recht von der Konsolidierung der Kredite und der Gewährung neuer Kredite. Aber da sehe ich eine gewisse psychologische Schwierigkeit in unseren Ländern. Große Teile der öffentlichen Meinung werden sagen: Warum sollen wir den Polen helfen und nicht die Schuldenkonsolidierung der Länder der dritten Welt betreiben? Ich teile persönlich die Meinung, daß Polen in vieler Hinsicht politisch wichtiger ist. Aber entspricht diese Einsicht auch den politischen Verhältnissen in unseren Ländern? In den Kirchen, in bestimmten Bewegungen, in den politischen Parteien spielt die dritte Welt nun einmal - ob zu Recht oder zu Unrecht - eine große Rolle. Wenn wir uns jetzt staatlicherseits auf Polen und Ungarn konzentrieren sollten und dafür die hochverschuldeten Länder Lateinamerikas oder Schwarzafrikas vernachlässigen, wird das nicht so einfach hingenommen werden von unseren Bevölkerungen. Darunter könnte das Verständnis für die Lage in Osteuropa leiden.

Dahrendorf

Lassen Sie mich einmal eine Art Zwischenbilanz ziehen. Unser Thema heißt: Auf dem Weg zu einem neuen Europa, Perspektiven einer gemeinsamen westlichen Ostpolitik. Graf Ferraris hat uns vorhin daran erinnert, daß es sowohl gemeinsame als auch sehr unterschiedliche Interessen der westlichen Länder gibt; ob sie nun Frankreich, USA, Großbritannien oder Bundesrepublik Deutschland heißen. Aber es gibt eben auch mögliche Gemeinsamkeiten. Wie sollten diese wahrgenommen werden?

Das, was Helmut Schmidt in seinen acht Punkten aufgezeigt hat, will ich in drei Problembereiche noch einmal zusammenfassen.

Der erste Problembereich betrifft die Verteidigung. Wir sehen im östlichen Europa eine weitgreifende, aber doch mit Unsicherheiten belastete Wandlung. Diese Kombination von Anspruch und Möglichkeit einerseits und Unsicherheit andererseits zwingt uns zu einer nicht ganz einfachen Haltung. Auf der einen Seite müssen wir das window of opportunity so lange wie möglich offenhalten. Auf der anderen Seite müssen wir darauf vorbereitet sein, daß die neuen Möglichkeiten von einem Tag auf den anderen wieder abgeschnitten werden können, wie wir das in China erlebt haben. Deshalb scheint sich die von Helmut Schmidt und anderen nachdrücklich empfohlene Kombination von Insistenz auf dem militärischen Gleichgewicht bei gleichzeitiger Nutzung aller Möglichkeiten der Abrüstung in dieser Zeit anzubieten. Dazu gehört dann auch die Fortsetzung des Helsinki-Prozesses.

Ich füge hinzu: Diese Kombination ist zwar sehr plausibel, aber nicht einfach durchzuhalten, vor allem nicht für die öffentliche Meinung. Denn es müssen hier zwei Dinge gleichzeitig wahrgenommen werden: Die Chancen der Abrüstung einerseits und die Gefahr einer erneuten Zuspitzung der europäischen und der internationalen Situation andererseits. Das gelingt nicht in allen Ländern gleichermaßen gut; am schwierigsten ist diese Einsicht derzeit vielleicht in der Bundesrepublik zu vermitteln.

Natürlich ist im Verteidigungsbereich nach wie vor die NATO gefragt, wenn es darum geht, welche Organisation hier am ehesten in der Lage ist, die Diskussion zwischen den USA und Europa zu organisieren.

Der zweite Problembereich betrifft die Frage, was der Westen tun kann, um die Entwicklungen im Osten in Richtung auf mehr Demokratie und auch in Richtung auf eine neue Wirtschaftsordnung zu stabilisieren. Hier geht es also um die Untermauerung durch rechtsstaatliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen; im Grunde das, was wir als die Schaffung einer bürgerlichen Gesellschaft bezeichnen, obwohl dieser Begriff dies weniger gut ausdrückt als der angelsächsische der civil society. Diese Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in den osteuropäischen Ländern ist jedenfalls ein zentrales Thema der Beziehungen zwischen dem östlichen und dem westlichen Europa.

Hier könnte beispielsweise der Europarat eine besondere Funktion wahrnehmen, zumal die europäische Menschenrechtskonvention zu den Erfolgsgeschichten der Nachkriegsentwicklung in Europa gehört. Da liegen sicher nützliche Erfahrungen vor. Ich teile die Meinung von Herrn Vernet, daß Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Gerichte und alles, was damit zusammenhängt, zu den wichtigsten Voraussetzungen gehören, um den neuen demokratischen Möglichkeiten eine Bestandsgarantie zu geben.

Ich nenne ein anderes kleines Beispiel: Tim Garton Ash und ich sind beteiligt an einer Stiftung, die die Übersetzung und Veröffentlichung von Publikationen in Osteuropa finanziert - Übersetzungen von verschiedenen osteuropäischen Sprachen untereinander und in westeuropäische Sprachen und umgekehrt. Die Stiftung ist nicht sehr hoch dotiert - etwa eine halbe Million Dollar steht pro Jahr zur Verfügung. Die Gelder sind aber gut angelegt und leisten einen wichtigen Beitrag für einen gemeinsamen Markt des Geistes in Europa.

Erstaunlicherweise stammen die Mittel dieser Stiftung zu 90 Prozent aus amerikanischen Quellen; es ist fast unmöglich, dafür Mittel in Europa zu bekommen. Weder deutsche noch französische oder britische, allenfalls spanische Stiftungen sind zur finanziellen Unterstützung bereit. Ich finde es schon beunruhigend, daß sich die Europäer offenbar so wenig für ein so wichtiges europäisches Thema interessieren. Ich halte jedenfalls diesen Punkt für eine Kernfrage: Wie hilft man unseren Freunden in Osteuropa bei der Verankerung ihrer neuen demokratischen Strukturen?

Der dritte Problembereich, den ich erwähne, ist die Wirtschaft. Nach meiner Meinung führt der Weg von einer Plan- oder Zwangswirtschaft zu einer Wirtschaft, die die Bedürfnisse ihrer Bürger besser befriedigt, unvermeidlich zunächst durch ein Tal der Tränen. Es gibt keinen direkten Weg, um schon morgen oder übermorgen die Ergebnisse einer Veränderung der Wirtschaftsstrukturen zu erhalten. Denn das, was Helmut Schmidt gefordert hat, nämlich mehr Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs in den Regalen, setzt unter anderem voraus, daß die Produzenten bereit und in der Lage sind, ihre Produkte erstens in den benötigten Mengen herzustellen und zweitens in die offiziellen Geschäfte zu bringen und nicht auf den schwarzen Markt.

Wenn ich vom Tal der Tränen spreche, dann denke ich vor allem an die Tatsache, daß der Weg zu einer funktionierenden Wirtschaft in den osteuropäischen Ländern unvermeidlich durch eine Phase führen wird, in der die Preise steigen und die Löhne nicht. Dazu kommt dann Arbeitslosigkeit. All dies ist für die Menschen, die jetzt erstmals ihre Unzufriedenheit artikulieren können, schwer verständlich und noch schwerer erträglich. Die Folge werden Streiks sein und der Versuch, sich politisch in oppositionellen Gruppen zu organisieren. Dieses Tal der Tränen ist der schwierigste Teil des Wirtschaftsprozesses.

Das hat jedes Land erlebt, das einen solchen Übergang versucht hat. Auch zu Beginn der Bundesrepublik gab es ja eine Phase, in der die Preise zunächst heraufgingen und die Löhne niedrig blieben; erst einige Jahre später folgten die Löhne. Aber da hatte man dann echte Marktpreise, auf die sich die Menschen verlassen konnten. Oder denken Sie an Spanien in den 80er Jahren, auch eine erstaunliche und schwierige Erfolgsgeschichte, in der die Arbeitslosigkeit vorübergehend bis auf 22 Prozent anstieg. Aber Spanien ist auf diese Weise Teil der Weltwirtschaft geworden.

Ein solcher Prozeß muß natürlich von den Ländern selbst gewollt werden. Und da bin ich eher skeptisch; denn weder Gorbatschow noch die Führungen in Polen oder Ungarn haben bisher die

Fähigkeit bewiesen, diese sehr schwierigen Entscheidungen zu treffen. Sicher, Rakowski hat die Preise erhöht; aber Solidarnosc ist eben auch eine Gewerkschaft und hat daher sofort verlangt, daß die Reallöhne indiziert werden. Dadurch wird die Freigabe der Preise durch die Löhne wieder eingeholt, jedenfalls für die Industriebeschäftigten. Das führt zu einer Fülle von Problemen.

Was kann der Westen angesichts dieser Lage tun? Natürlich ist die Schuldenfrage für Polen und Ungarn in diesem Zusammenhang besonders wichtig, und ich verstehe die Kritik aus beiden Ländern, daß wir früheren Regierungen leichter geholfen haben, obwohl diese weniger Freiheit im eigenen Land zugelassen haben. Heute tun wir uns offenbar schwerer mit unserer Hilfe. Aber wie soll eine solche Umschuldung eigentlich aussehen?

Was die Nothilfe im Einzelfall angeht, könnte wohl am ehesten die Europäische Gemeinschaft tätig werden.

Helmut Schmidt hat dann Kredite zur Finanzierung von Importen genannt. Da wird schon die Frage interessant: Welche Importe sollen damit eigentlich finanziert werden? Muß man hier nicht aufpassen, daß Osteuropa nicht den gleichen Fehler wiederholt, der in Mexiko gemacht worden ist? Dort hat man Importe von Konsumgütern finanziert und damit gerade nicht die eigene Wirtschaftsentwicklung im Lande stimuliert.

Man könnte sich auch die Schaffung von Inseln des wirtschaftlichen Erfolges vorstellen, also nicht die gesamten Volkswirtschaften auf einmal umkrepeln, sondern zunächst nur bestimmte Bereiche herausnehmen. Ich weiß nicht, ob die "Johnson ; aber es ist jedenfalls ein interessantes Beispiel dafür, daß sich jetzt eine große Werft im Privatbesitz, noch dazu in amerikanischem, befindet und damit neue Möglichkeiten erkundet werden. Hierher gehört sicher auch die technische Hilfe im weitesten Sinn, einschließlich Managementschulung.

Das alles zusammengenommen ist nicht eben viel, zumal vor dem Hintergrund der eher düsteren Prognosen, die Herr Lebahn hier abgegeben hat. Herr Walesa wäre mit diesem Ergebnis sicher nicht zufrieden. Und es ist ja auch keineswegs gewiß, daß solche Maßnahmen Polen dazu verhelfen würden, durch das Tal der Tränen zu einer halbwegs funktionierenden Wirtschaft zu gelangen. Da bleiben viele offene Fragen, auch wenn klar ist, daß es keine Patentlösungen gibt. Und Herr Lebahn hat mit seiner Bemerkung über den Marshallplan sicher recht, daß eine Kombination von wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen unter Umständen genau die richtige Antwort auf diese Situation ist.

Carr

Bei der Frage nach einer wirtschaftlichen "Ostpolitik" des Westens sollten wir die Differenzierung zwischen den Ländern nicht außer acht lassen. Dabei möchte ich jetzt einmal die Sowjetunion beiseite lassen und mich auf die osteuropäischen Länder konzentrieren. Polen steht im Augenblick offenkundig unter dem größten Druck, wengleich Ungarn die größere Verschuldung pro Kopf aufweist, aber vielleicht über eine bessere Wirtschaftsstruktur verfügt, um die angebotene Hilfe umzusetzen. Dann gibt es ein Land, das wir kaum erwähnt haben, das aber - so bleibt zu hoffen - in einem Jahr auch dort angelangt sein könnte, wo Polen und Ungarn heute sind, nämlich die Tschechoslowakei, ein Land mit einer ausgeprägt industriellen Tradition, das von daher im Prinzip sogar eher in der Lage sein könnte, Hilfe sinnvoll zu nutzen. Wir sprechen also über sehr unterschiedliche Gegebenheiten in Osteuropa und nicht über eine Gesamtsituation.

Der zweite Punkt betrifft das richtige Timing, das Helmut Schmidt ebenfalls angesprochen hat. In einigen Fällen, besonders bei Polen, bleibt gar nichts anderes übrig, als sofort zu reagieren, weil man sonst die ganze Entwicklung aufs Spiel setzen würde, die man doch immer unterstützen wollte, nämlich die Entwicklung zur Demokratie. Dadurch würde sich möglicherweise auch die Situation in anderen Teilen Europas für viele Jahre verschlechtern. Was kann also kurzfristig getan werden? Es wurde bereits auf einige kleine Ansätze wie Lebensmittelhilfe und bescheidene Kredite hingewiesen. Damit könnte man zunächst einmal die Situation für die kommenden ein bis zwei Jahre stützen.

Gleichzeitig muß man sich überlegen, was mittel- und langfristig getan werden soll. Abgesehen von bereits erwähnten Einzelprojekten geht es nach meiner Ansicht vor allem um ein großangelegtes Programm von Risikokapital für Osteuropa. Ich denke dabei weniger in Geldkategorien, sondern an einen Mix aus, sagen wir, 20 Prozent Kapitalanleihen und 80 Prozent Konsultationen, Beratung und Schulung, damit die Leute lernen, wie man eine Marktwirtschaft tatsächlich zum Laufen bringt, wie man eine Währungsreform durchführt und derartige Dinge mehr. Gerade diese intellektuelle Unterstützung scheint mir ganz entscheidend zu sein. Es geht also weniger um Kapitalfonds, sondern

vor allem darum, die Strukturen und Mentalitäten zu schaffen, damit diese Fonds ihre Funktion erfüllen können.

Und hier sehe ich die besondere Rolle der Bundesrepublik in zweierlei Hinsicht. Zum einen kann die Bundesrepublik auf ihre eigenen Erfahrungen in der Nachkriegszeit zurückgreifen, als dieses Land innerhalb von zehn Jahren gewissermaßen aus der Asche zum Wirtschaftswunderland aufstieg. Dieses Land hat in der Hinsicht mehr als irgendein anderes an Erfahrungen anzubieten, wie man die anstehenden Probleme bewältigen kann.

Zum zweiten meine ich, daß die bundesdeutsche Wirtschaftsstruktur von großer Bedeutung ist. Ich lebe hier seit vielen Jahren und habe alle möglichen Großunternehmen besucht - Bayer, Hoechst, Siemens, die Deutsche Bank;-, aber ich komme immer mehr zu dem Ergebnis, daß die eigentliche Stärke dieses Landes in den Hunderten und Tausenden kleiner und mittlerer Unternehmen liegt. Das ist, wenn Sie so wollen, das Geheimnis der deutschen Wirtschaft.

Wenn das aber die Ursache für die Stärke der bundesdeutschen Wirtschaft ist, dann stellt sich die Frage, wie man die Innovationskraft, Flexibilität und Erfahrung, das Know-how so kanalisiert, daß diese Eigenschaften auch in anderen Ländern, die versuchen, eine neue Wirtschaftsstruktur aufzubauen, wirksam werden können. Das ist natürlich nicht ganz leicht; denn der mittelständische Wirtschaftssektor ist von außen gesehen eher unübersichtlich, jedenfalls schwer zu handhaben. Aus dem Grunde hat die Deutsche Bank in ihren Beziehungen zur Sowjetunion wohl auch versucht, ihre Kunden aus der mittelständischen Wirtschaft sozusagen unter einem Dach zusammenzubringen - das gilt sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Industrie;-, um Kontakte mit der Sowjetunion zu knüpfen und zu vertiefen und auf diese Weise den mittelständischen Effekt in der sowjetischen Wirtschaft wirksam werden zu lassen. Die andere Seite besitzt aber keinerlei Erfahrung mit kleinen, innovativen Unternehmen und wüßte auch gar nicht, wie man solche Unternehmen betreiben sollte.

Das schiene mir jedenfalls eine sinnvolle Zukunftsaufgabe für die Banken zu sein, als eine Art Zwischenträger aufzutreten und bei der Bildung von Joint-ventures behilflich zu sein. Es geht hier nicht um die großen Dinge, sondern um den kleineren und mittleren Bereich. Ich würde hier also eher eine Rolle der Banken und ähnlicher Institutionen sehen und weniger, da unterscheide ich mich von Helmut Schmidt, der Dachverbände. Meine Erfahrung mit Dachverbänden ist zumindest, daß sie furchtbar lange Zeit mit Grundsatzgesprächen vertun, bei denen am Ende nicht so sehr viel herauskommt.

Graf Ferraris

Können Sie sich vorstellen, daß wir den Polen oder den Russen etwas beibringen, was die Amerikaner in 100 Jahren in Lateinamerika nicht geschafft haben?

Carr

Das sollten Sie vielleicht besser die Deutsche Bank fragen.

Ich möchte mich jetzt noch der Europäischen Gemeinschaft zuwenden und auf drei konkrete Punkte eingehen. Der erste ist ein schlichtes Nein. Es ist nicht denkbar, daß die Länder Osteuropas, wenn sie sich demokratisch entwickeln, einfach alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden können, genausowenig wie wir sie ermutigen dürften, den Warschauer Pakt zu verlassen. Das wäre ohne Zweifel politisch sehr unklug. Aber warum sollte man den sich demokratisierenden Ländern in Osteuropa nicht zumindest den Vorzug einräumen, den die DDR seit Beginn der EG an wahrnimmt und seit vielen Jahren zum eigenen Vorteil nutzt. Ich denke also an besondere Handelsbeziehungen zur EG, ohne daß wir von einer Assoziierung oder sogar einer Mitgliedschaft sprechen. Warum soll die DDR weiterhin die besonderen Vorteile wahrnehmen dürfen, obwohl sie selbst keine Reformen durchgeführt hat, während andere Länder, die versuchen, einen Reformprozeß durchzuführen und bereits mutige Schritte in diese Richtung getan haben, nicht in der gleichen Weise unterstützt werden.

Der zweite Punkt ist vielleicht weniger wichtig. Könnte man nicht das Kapital der Europäischen Investitionsbank aufstocken und ihr eine übergreifende europäische Aufgabe zuweisen, statt ihre Rolle wie bisher im wesentlichen nur auf Westeuropa zu beschränken? Mit anderen Worten: Man sollte versuchen, eine Art von europäischem IWF /Weltbank- Arrangement zu schaffen mittels einer bereits bestehenden EG-Institution.

Als letzten Punkt greife ich einen Hinweis von Herrn Teltschik auf, der in diesem Zusammenhang von Interesse ist. Ich meine, man sollte mit der westeuropäischen Integration nicht einfach in der gewohnten Art fortfahren und damit möglicherweise das behindern, was im Osten abläuft, sondern man sollte sie auf Hochtouren bringen. Ich spreche hier nicht von Großbritannien, das in diesem Zusammenhang kaum eine Rolle spielt. Um einen Spruch Winston Churchills zu variieren: "Niemand

zuvor in der Geschichte der Demokratie sind so viele Züge in so kurzer Zeit verpaßt worden, die zu einem lohnenden Ziel führen."

Es war auch ein wenig deprimierend, von Horst Teltchik zu hören: "Wir würden gern mehr in Sachen deutsch-französische Sicherheit tun, aber die Franzosen wollen nicht." Wenn man mit den Franzosen spricht, sagen sie: "Wir würden liebend gern weiter vorangehen, aber die Deutschen hängen nach; sie sind nicht mutig genug" - ob das die Raumfahrtpolitik, die Geldpolitik oder was sonst betrifft. Es ist nicht nur für Exkanzler und Kanzler bedrückend, wie wenig bei Gipfeltreffen herauskommt, sondern auch für Journalisten, die über solche und ähnliche Treffen berichten müssen. Man brauchte über die deutsch-französische Brigade gar nicht zu spotten, wenn das ein Anfang für etwas mehr wäre und wenn es einen Plan gäbe. Aber soweit sich erkennen läßt, gibt es keinen solchen Plan.

Gleiches gilt für die Europäische Währungsunion. So sagt Herr Genscher zum Beispiel: "Wir sind bereit, unsere gute Währung in einen ECU einzubringen. Wir sind bereit, unsere Souveränität in diesem Bereich aufzugeben." Man könnte darauf antworten, um eine Wendung von Herrn Genscher zu gebrauchen: "Dann laßt ihn uns beim Wort nehmen!" Hervorragend, wenn das die deutsche Haltung wäre. Es reicht jedoch nicht aus, dann anschließend hinzuzufügen: "Tut uns leid, aber die Deutsche Bundesbank hat da eine andere Auffassung, und wir müssen den unabhängigen Status von Herrn Pöhl respektieren." Wenn eine demokratisch gewählte Regierung dieses Ziel wirklich erreichen will, dann laßt sie uns beim Wort nehmen und mit ihr vorangehen.

Martin Walser hat vor vielen Jahren am Ende eines Essays geschrieben: "Je mehr Europa dieses Deutschland in sich aufnimmt, desto angenehmer ist es, ein Deutscher zu sein." Ich habe darüber nachgedacht und würde diesen Satz vielleicht dahingehend abwandeln: Je mehr Deutschland in Europa aufgeht, desto angenehmer ist es, Europäer zu sein.

Christians

Wir sprechen hier immer noch von dem Ostblock, obwohl es diesen monolithischen Block schon lange nicht mehr gibt. Dabei hatte die jahrzehntelange Konfrontation des kalten Krieges ja durchaus auch ihre Vorzüge, weil sie uns - im nachhinein gesehen - sehr effektive Sicherheitskoeffizienten beschert hat. Das mag fast zynisch klingen, so als ob ich bedauerte, daß sich diese überschaubare Situation jetzt geändert hat. Tatsache ist, wie schon Graf Ferraris und Herr Froment Meurice betont haben, daß die westlichen Staaten sehr unterschiedliche Interessen gegenüber den osteuropäischen Ländern verfolgen, die wir ganz realistisch in unsere Überlegungen mit einbeziehen müssen. Das hat auch etwas mit den jeweiligen historischen Erfahrungen und verschiedenen Mentalitäten zu tun.

Graf Ferraris hat dann zu Recht gesagt, daß wir die Verschuldungssituation in der dritten Welt nicht vernachlässigen dürfen. Schon vor sie Den Jahren hat in Toronto der damalige mexikanische Finanzminister festgestellt, daß Mexiko dem Schuldendienst nicht mehr nachkommen kann. Damals wurde uns die weltweite Verschuldungskrise erstmals bewußt. Bei unseren Überlegungen zu Perspektiven einer gemeinsamen westlichen Ostpolitik dürfen wir also den Aspekt der; Welt nicht unter den Tisch fallen lassen.

Ich könnte mir in diesem Zusammenhang sehr gut eine Art Arbeitsteilung in Europa vorstellen dergestalt, daß sich beispielsweise Italien und Frankreich vornehmlich für Afrika und den Nahen Osten interessieren, weil sie dort die größeren Erfahrungen haben. Großbritannien könnte sich in Zusammenarbeit mit Nordamerika und Spanien auf Mittel- und Südamerika konzentrieren, Während wir Deutschen uns Osteuropa vornehmen, wo wir nun einmal die größeren Erfahrungen einbringen und in jüngster Zeit auch konkrete Ansätze vorweisen können.

Im April 1969 hat der damalige Außenhandelsminister der UdSSR, Patolitschew, auf der Hannover-Messe gesagt: Die UdSSR öffnet ihre Tore für eine weitgehende Kooperation mit dem Westen. Das hatte natürlich einsichtige Gründe angesichts der wirtschaftlichen Lage in der Sowjetunion. Zehn Jahre zuvor hatte Chruschtschow nach seinem Besuch in den USA noch vollmundig erklärt: Wir werden die USA in spätestens zehn Jahren einholen - und nun zeigte sich, daß der Abstand in diesem Zeitraum nicht kleiner, sondern noch größer geworden war. Von daher war das Angebot einer engeren Zusammenarbeit verständlich.

Seither ist auf bilateralem Wege eine ganze Menge getan worden. Wir haben zum Beispiel der sowjetischen Seite klargemacht, daß nicht nur die weltbekannten Großfirmen über das Know-how und moderne Produkte verfügen. Gerade die bundesdeutsche Industriestruktur hat den großen Vorzug, daß sie wie kaum eine andere eine gesunde Mischung aus Klein-, Mittel- und Großbetrieben aufweist. Über 50 Prozent der Industrieproduktion und fast 70 Prozent der Beschäftigten sind bei uns in

Klein- und Mittelbetrieben angesiedelt. Das erklärt die ungeheure Fähigkeit unserer Unternehmen, sich fremde Märkte zu erschließen und Innovationen durchzuführen. Das kommt uns jetzt sehr zustatten.

Trotz der eben vorgeschlagenen internationalen Arbeitsteilung würde ich dringend dafür plädieren, daß wir die Kontakte nicht bilateral betreiben, sondern die Probleme im Rahmen europäischer Zusammenarbeit angehen. Helmut Schmidt hat völlig zutreffend darauf hingewiesen, daß bei den Quantitäten, die wir gegenwärtig nach Osteuropa exportieren, von einer Exportabhängigkeit überhaupt keine Rede sein kann. Diese plus oder minus zwei Prozent sind eine quantité négligeable für unsere Wirtschaft. Daran wird sich auch für die Zukunft kaum schnell etwas ändern. Dennoch bietet die Sowjetunion für die ganze westliche Welt außerordentlich interessante Perspektiven, die wir aber erst auf lange Sicht wahrnehmen können.

Dessen ungeachtet ist die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren der größte westliche Handelspartner der Sowjetunion gewesen, und wir waren zudem wohl das einzige westliche Land, das - im Gegensatz zu Italien oder Frankreich - der Sowjetunion keine Zinssubventionen gewährt hat. Ich selbst habe mich bei unserer Regierung Anfang der 70er Jahre eindeutig gegen Subventionen ausgesprochen, weil eine solche Maßnahme die marktwirtschaftliche Ordnung aufgeweicht hätte.

Ich bin also dafür, die bilateralen Kontakte zugunsten multilateraler Kontakte der westeuropäischen Staaten aufzugeben und dabei auch die Nordamerikaner mit einzuschließen. Das hat zum einen politische Gründe. Wir Deutsche müssen dem Mißtrauen unserer Partner begegnen, daß wir wieder einen Drang nach Osten entfalten und - da fällt dann das Stichwort "Rapallo" - einen Alleingang versuchen könnten. Diese Fehleinschätzung sollten wir von vornherein ausschließen.

Den zweiten Grund hat Herr Lebahn bereits angedeutet. Die Aufgaben, denen wir uns in Osteuropa gegenübersehen, sind von einem solchen Ausmaß, daß sie allein durch bilaterale Kontakte nicht bewältigt werden können. Selbst wenn wir unseren Rüstungsetat abschmelzen würden, wären wir weder finanziell noch sonst in der Lage, damit allein fertig zu werden. Deshalb sollte diese Initiative von vornherein unter den europäischen und den westlichen Verbündeten abgestimmt sein.

Auch auf selten der Sowjetunion ist jetzt ein Sinneswandel zu erkennen, was die Einbeziehung der Vereinigten Staaten in das europäische Geschehen angeht. Die bisherige Abkoppelungsstrategie der Sowjets mit dem Ziel, die USA aus Europa herauszulösen, hat sich mehr oder weniger verflüchtigt. Die Sowjetunion akzeptiert, daß Westeuropa auf die USA nicht verzichten kann und will. Ich war in der Vergangenheit mitunter selbst überrascht, daß sich auch unsere bilateralen Ziele mit den Sowjets besser durchsetzen ließen, wenn wir darauf hinweisen konnten, daß wir vorher mit Washington gesprochen hatten. Dennoch würde ich gegenüber den Sowjets nicht mit einem Marshallplan argumentieren, Herr Lebahn. Der Marshallplan war ein Sanierungskonzept. Und wir sollten nicht unterschätzen, daß die Sowjetunion nach wie vor eine stolze Weltmacht ist. Ich würde deshalb eher auf ein integriertes Programm abstellen.

Machen wir uns doch klar, was es für die heutige Generation in der Sowjetunion bedeutet, Abschied nehmen zu müssen von der Geschichte, wie sie ihnen bisher präsentiert wurde. Sie hat nicht nur die Untaten Stalins zur Kenntnis zu nehmen, sondern jetzt wird auch in differenzierter Weise über Lenin gesprochen. Mit einemmal wird der Vater des neuen Staates in seiner Glaubwürdigkeit in Frage gestellt. Das muß doch beträchtliche Irritationen bei einem so gläubigen, zum Transzendenten neigenden Volk auslösen.

In einer solchen Situation kommt man gar nicht umhin, die ungeheure Leistung von Gorbatschow zu bewundern. Was hier an Mut, an Analyse- und Konzeptfähigkeit aufgebracht wird, ist kaum menschenmöglich. Insofern sollten wir auch nicht dauernd Herrn Gorbatschow beim Wort nehmen und ihn auf das festlegen wollen, was er vor drei oder vier Jahren gesagt hat und was er jetzt tut. Wenn er nicht flexibel wäre und auf all die Herausforderungen politisch und taktisch geschickt reagieren würde, wäre er längst nicht mehr auf seinem Posten. Wir sollten jedenfalls alles tun, um nicht von unserer Seite zu einer Destabilisierung in der Sowjetunion beizutragen. Die haben das schon so schwer genug, wenn die Perestroika auf lange Sicht Erfolg haben soll.

Ich möchte deshalb noch einmal unmißverständlich sagen, daß die Beurteilung, ob die Perestroika Erfolg haben wird, keine Frage einer kurzfristigen Betrachtung sein kann. Hier ist ein geistiger Umdenkungsprozeß von enormen Ausmaß im Gange, der natürlich von der östlichen Führungsmacht auch auf die anderen Nationen ausstrahlt. Herr Carr hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Unterschiede im Osten beträchtlich sind. Die Situation in Polen ist eine völlig andere als in der Tschechoslowakei oder Ungarn. Trotz ihrer Abschottung haben auch die Tschechen in den vergangenen Jahren immer wieder erkennen lassen, wie sehr sie nach Westeuropa orientiert sind. Es ist fast amüsant, wenn man in der CSSR hört: Nicht die Deutschen liegen in der Mitte Europas,

sondern wir. Auch die Polen haben selbst in schwierigsten Zeiten ihre Kontakte nach Westeuropa nie abreißen lassen, weil sie sich dem Westen zugehörig fühlen. Ebenso verhalten sich die Bulgaren in dieser Hinsicht sehr geschickt, obwohl das nach außen nicht so deutlich wird. Das ist kein Vergleich zu Rumänien.

Ich bin auch der Meinung, daß der RGW und der Warschauer Pakt als Ordnungsgefüge zur Zeit unverzichtbar sind. Stellen Sie sich doch einmal das Durcheinander vor, wenn jedes Land auf eigene Faust operieren würde. Wie sollten wir da im Westen wohl ein Konzept einer gemeinsamen Ostpolitik entwickeln?

Bei einem solchen Konzept müssen wir natürlich Prioritäten setzen. Und ich stimme zu, daß Ungarn und Polen in dieser Hinsicht durchaus eine Priorität zukommt, was unmittelbare Hilfe angeht. Bei allem Austausch mit Vertretern dieser Länder auf hohem intellektuellem Niveau, entscheidend ist, daß das, was am Ende dabei herauskommt, für die Menschen auf der Straße erfahrbar sein muß, und zwar direkt und unmittelbar. Denn sonst ist es um die Glaubwürdigkeit geschehen, und das Vertrauen in die Möglichkeiten der Kooperation wird schwinden.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen: Gerade auch im Hinblick auf unsere Politik gegenüber Osteuropa kommt es für die Bundesrepublik darauf an, deutlich zu erkennen zu geben, daß im westeuropäischen Integrationsprozeß die vorrangige Aufgabe unserer Politik liegt - wenn wir glaubwürdig und handlungsfähig bleiben wollen. Das bedeutet, daß der Kooperation der europäischen Regierungen in der nächsten Zeit einiges abverlangt werden muß.

Meurice

Ich möchte einige konkrete Wirtschaftsfragen ansprechen. Zunächst ein Wort zu den Schwierigkeiten von Joint-ventures. Ich bin seit zwei Jahren Präsident einer sowjetisch-französischen Arbeitsgruppe, die die Bildung von Joint-ventures zum Ziel hat. Ich arbeite dort mit anderen Bankiers und Geschäftsleuten zusammen.

Im Januar 1987 waren die entsprechenden Gesetze in Moskau verabschiedet worden, die Ausländern die Möglichkeit eröffneten, in der Sowjetunion zu investieren. Ich sehe darin eine bedeutsame ideologische Veränderung; denn seit dem Ende der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) 1929/30 war es Ausländern grundsätzlich verwehrt, Kapital in der Sowjetunion zu investieren. Dies ist also ein grundlegender ideologischer Durchbruch. Zwei Jahre zuvor - ich kam gerade aus China zurück, wo ich mit der Bildung französisch-chinesischer Joint-ventures beschäftigt war - hatte ich hochrangige offizielle sowjetische Partner gefragt: "Warum folgen Sie nicht der chinesischen Linie?" Die Antwort war: "Es ist für uns noch zu früh, aber das könnte sich schon bald ändern."

Dann war es soweit, und ich war der Meinung, daß die westlichen Regierungen die neu eröffneten Möglichkeiten eruieren sollten. Deshalb schlug ich vor, daß die französische Regierung eine Arbeitsgruppe zusammen mit einem sowjetischen Partner bilden sollte. Die sowjetische Gruppe wird geleitet vom gegenwärtigen Vorsitzenden der Vnyesh-Econom-Bank.

Zunächst gab es eine Reihe politischer Schwierigkeiten in Frankreich. Viele Leute glaubten, daß wir eine solche Hilfe der Sowjetunion nicht angedeihen lassen sollten. Das Ganze sei ohnehin nur eine Falle, in die wir nicht hineintappen sollten. Der Widerstand war recht groß, und es gibt ihn immer noch. Viele Franzosen haben nicht genügend Vertrauen in die Möglichkeiten von Gorbatschow und die Erfolgsaussichten der Perestroika. Diese Zweifel bestehen weiterhin. Man ist nicht der Ansicht, daß solche Kapitalinvestitionen ein geeigneter Entwicklungsbeitrag sind. Meine persönliche Einstellung ist da positiver.

Hinzu kommt die Erinnerung, daß nach Beendigung der NEP alle ausländischen Konzessionen kassiert wurden, so daß die ausländischen Investoren damals ihr Geld verloren. Diese Schwierigkeiten, die übrigens ein Amerikaner namens Sutton sehr gut in einem Buch beschrieben hat, muß man sehen. Denn zweifellos besteht hier ein politisches Risiko. In anderen Ländern gibt es Risiken, die aus der wirtschaftlichen oder finanziellen Situation erwachsen. Aber ein wirkliches politisches Risiko müßten an sich die Regierungen übernehmen.

Eine andere Schwierigkeit stellt auch in der Sowjetunion das Problem der Verschuldung dar, wenngleich es nicht die Ausmaße wie in anderen Ländern hat. Investitionen und Kredite für neue Unternehmungen, also für neue Joint-ventures, lassen die Schulden unvermeidlich weiter anwachsen. Damit kommt ein neuer Faktor ins Spiel. Solange wir mit der Sowjetunion auf traditionelle Weise Handel trieben, ging dies nahezu auf offizieller staatlicher Grundlage vor sich. Auf sowjetischer Seite hatten wir es mit der Zentralen Handelsorganisation zu tun, die Teil der sowjetischen Regierung war und damit von einer staatlichen Garantie abgedeckt wurde.

Heute jedoch sehen sich die westlichen Investoren auf sowjetischer Seite Gesprächspartnern gegenüber, Geschäftsleuten und Industriellen von Firmen, Ministerien oder Industriekomplexen, bei denen wir überhaupt nicht wissen, wie es um die Kreditwürdigkeit dieser großen oder kleinen Kombinate, Gesellschaften oder Firmen bestellt ist. Von daher entsteht jetzt das Problem einer gewissen Absicherung. Würde zum Beispiel die sowjetische Vnyesh-Econom-Bank eine Garantie für diese Firmen abgeben? Wir haben erlebt, daß man uns sagte: "Nein, die Firmen kennen wir gar nicht, und wenn Sie nicht eine vernünftige Realisierungsstudie vorweisen, geben wir keine Garantie."

Ich weise auf diese Schwierigkeiten hin, die aus einer an sich verbesserten Situation entstehen. Von Vorteil ist jetzt in der Tat, daß man mit den wirklichen Produzenten sprechen kann, mit echten Firmen und nicht mehr nur mit Ministerien und einem Ministerium für Außenhandel. Das ist ein bedeutender Fortschritt, dem die Regierungen Rechnung tragen sollten. Insofern stimme ich auch Herrn Lebahn voll zu, daß man das ganze Gewicht dieser neuen Entwicklungen nicht nur auf den Schultern von Privatbanken abladen kann. Einiges muß auch von den Regierungen getan werden, und zwar nicht nur in Form von Investitionsschutzabkommen, wie dies verschiedene europäische Länder getan haben, sondern auch bei der Absicherung von Krediten. Dies ist eine neue Situation, die neue Antworten von den Regierungen verlangt.

Ich will jetzt noch ein Wort zu Polen sagen. Vor wenigen Monaten traf ich mit einem Wirtschaftsberater der Solidarnosc zusammen, der im Rahmen einer Diskussion interessante Ausführungen machte über die Einstellung seiner Gewerkschaft zur Privatisierung der polnischen Wirtschaft. Unter anderem wies er auf die Schwierigkeit hin, daß es in Polen keine Kapitalisten gibt, die man also erst suchen müßte. Das ist keine leichte Aufgabe.

Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, jenes Rezept anzuwenden, das wir bei einigen verschuldeten Ländern Lateinamerikas versuchen. Dabei geht es um eine Art von Schuldenausgleichs-Swap, also um den Versuch, Schulden in Anteile an Industriebetrieben umzuwandeln, die privatisiert werden. Wenn wir dafür Aktionäre finden, könnte das die Sicherheit für westliche Anleger erhöhen. Es ist jedenfalls besser, die Aktie solchermaßen privatisierter Firmen zu besitzen als irgendein Papier, das absolut nichts bedeutet. In dieser Hinsicht sollte man sich weitere Gedanken machen.

Eine andere Sache ist der Handel. Herr Carr spielte darauf an, als er den innerdeutschen Handel erwähnte und ähnliche Abmachungen für andere Länder vorschlug, die teilweise noch quantitativen Restriktionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft unterworfen sind. Es ist sehr wahrscheinlich, daß mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes 1992 diese Beschränkungen verschwinden werden. Das wird weitere Möglichkeiten eröffnen, Teile des Exports aus solchen Ländern aufzunehmen.

Ich würde indes nicht raten, so weit zu gehen, den Handel mit Polen und Ungarn dem innerdeutschen Handel anzugleichen. Erstens aus politischen Gründen; denn das würde diesem Handel seine besondere Stellung nehmen. Zweitens würde es wohl ohnehin zu weit gehen; wir können schließlich nicht allen diesen Ländern einen völlig freien Zugang zu unserem Binnenmarkt gestatten. Dennoch müssen wir sicher so weit wie möglich die Liberalisierung voranbringen.

Herr Carr hat die Europäische Investitionsbank erwähnt. Nach dem, was ich über dieses Thema erfahren habe, bedarf es dazu offenkundig einer politischen Entscheidung der Zwölf. Der Ministerrat wäre sicher gut beraten, die Europäische Investitionsbank in die Lage zu versetzen, auch Projekte in Osteuropa wahrzunehmen. Dabei würde es sich um Projekte vorzugsweise in solchen Ländern handeln, die sich auf dem Wege zu einer Demokratie, zumindest zu einem liberalen Regime, befinden. Ich meine schon, daß man an solche Projekte gewisse Auflagen knüpfen sollte. Eine solche Politik der Differenzierung ist ja auch bisher in Europa von Seiten der Gemeinschaft verfolgt worden.

Vielleicht kann man in dem Zusammenhang auch einige umfassende Projekte oder Infrastruktur-Maßnahmen unterstützen. Ich denke etwa an den Ausbau von Eisenbahnstrecken oder Autobahnen innerhalb Europas, um die Kommunikation zwischen Ost- und Westeuropa zu erleichtern. Auch Umweltprojekte könnten gefördert werden. Auf dem Gebiet des Umweltschutzes könnten wir sogar eine Art europäische Umweltagentur schaffen; denn dies ist ein eher unpolitischer Tatbestand, wo gemeinsames Handeln durchaus möglich ist.

Noch ein letztes Wort zur Koordination der westlichen Politik. Auch ich glaube nicht, daß die NATO dafür geeignet ist. Ich sage das nicht, weil ich Franzose bin, sondern weil dies von der anderen Seite sicher nicht gut aufgenommen werden würde.

Dagegen halte ich die Entscheidung, die beim letzten Weltwirtschaftsgipfel getroffen wurde und die Jacques Delors die Aufgabe übertrug, die Hilfe für Polen zu koordinieren, für richtig. Vielleicht können wir diesen Auftrag für die Gemeinschaft erweitern. Das würde auch die Koordination zwischen den

Vereinigten Staaten, Kanada und der Europäischen Gemeinschaft fördern und käme der ganzen westlichen Allianz zugute. Daraus könnte sich eine aktive Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa entwickeln.

Weidenfeld

Ich halte es nicht für sinnvoll, wenn in diesem Zusammenhang wiederholt auch noch der innerdeutsche Handel mit ins Spiel gebracht wird, der nun im Vergleich der internationalen Handelsströme wirklich nur eine Petitesse darstellt. Das, was hier begünstigt wird, ist ja nicht der Export der DDR in die EG-Staaten, der schon klein genug ist, sondern nur der Export der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Und von diesen Gütern wird nur ein Prozent in die anderen EG-Mitgliedstaaten weiterexportiert. Die werden dann nachverzollt, und die Umgehung dieser Nachverzollung gelingt nach vorliegenden Untersuchungen etwa einem Promille des innerdeutschen Handels. Das ist also eine zu vernachlässigende ökonomische Größe, und wir sollten dies nicht zum Anlaß nehmen, hier ein Thema anzudiskutieren, das in der Bundesrepublik seit längerer Zeit im Schwange ist, wieweit die europäische Integration die deutsche Frage behindert oder nicht.

Sommer

Warum treten wir dann gegenüber unseren EG-Partnern andauernd dafür ein, daß dieses Privileg erhalten bleibt?

Weidenfeld

Aus eben diesem Grund, damit es nicht politisch aus der Proportion läuft. Die Leute, die darüber diskutieren, machen doch die Petitesse zu einer Grundsatzfrage. Darum geht es. Und wir wollen natürlich auch nicht, daß der geringfügige Handel gestört wird und die Teilung Deutschlands sich vertieft.

Mallaby

Diese Frage ist schon ein Politikum, Herr Weidenfeld, zumal wir es jetzt mit einer neuen Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft zu einem gemeinsamen Binnenmarkt zu tun haben. Da fallen dann viele Kontrollmöglichkeiten weg. Insofern wird es auch schwieriger werden zu kontrollieren, ob Güter aus der DDR in andere Länder weitergeleitet werden.

Weidenfeld

Das ist sicher richtig, ändert aber nichts am marginalen Charakter dieser Problematik.

Kaiser

Ich möchte noch einmal nachfragen. Die USA und Kanada sind keine Mitglieder der EG. Wo soll dann die Koordination der westlichen Politik erfolgen, wenn die NATO dafür nicht in Frage kommt, Herr Froment Meurice?

Meurice

Ich meine, da sollten wir sehr flexibel sein und nicht in Institutionen denken. Das kann auch ein mehr informeller Arbeitskreis sein.

Kaiser

Wir müssen uns dann aber darüber im klaren sein, daß wir damit von der Form der atlantischen Zusammenarbeit, wie wir sie in der Nachkriegszeit konzipiert hatten, Abschied nehmen.

Kornblum

Ich hoffe, vor allem unsere deutschen Teilnehmer hier wissen, was sie sagen, wenn sie die Glaubwürdigkeit der NATO und der atlantischen Partnerschaft in Frage stellen. Das könnte ein allmähliches Desengagement der Vereinigten Staaten in Europa zur Folge haben mit nicht unbeträchtlichen politischen Konsequenzen gerade für die Bundesrepublik, die auf diesen atlantischen Anker besonders angewiesen ist. Und ich nehme mit einer doch recht großen Enttäuschung wahr, was hier allgemeine Meinung zu sein scheint, daß nämlich die NATO offenbar zu anrühlich ist, um

weitergehende politische Aufgaben zu übernehmen. Das hat möglicherweise weitreichende Konsequenzen.

Schmidt

Ich habe das Gefühl, Herr Kornblum, daß die Vertreter der Supermacht Amerika allmählich etwas empfindlich werden, aus welchem Grund auch immer. Früher waren sie viel selbstbewußter, und manchmal ein bißchen zu viel. Niemand unter den politisch verantwortlichen Kräften in Deutschland - von den Grünen einmal abgesehen - will das Bündnis abwerten. Aber die Organisation des Bündnisses hat noch zu keiner Zeit irgendwelche ökonomische Koordinationsaufgaben wahrgenommen. Dafür ist sie nicht eingerichtet.

Wer in der ganzen Organisation der NATO versteht denn etwas von ökonomischen oder kreditpolitischen Fragen? Keine drei Leute vermute ich. Deshalb kann ich mir von solchen Initiativen nichts versprechen. Die Marmel-Doktrin von 1967 gab eine allgemeine Richtung vor; so etwas könnte das Bündnis natürlich auch heute leisten. Aber sich über diffizile Fragen, sagen wir, der Garantien bei Joint-ventures zu unterhalten, überfordert die Bündnismaschinerie bei weitem. Außerdem hat die NATO nun einmal einen gewissen Hautout im Osten. Doch es wäre auch für die öffentliche Meinung in meinem Lande unverständlich, wenn das Bündnis nun anfinge, über sozialökonomische Strategien nachzudenken. Das sollte man beispielsweise den Siebener-Gipfeln überlassen. Diese Gipfelkonferenzen haben eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, weil sie die einzige Gelegenheit bieten, wo sich die Staats- und Regierungschefs einmal gegenseitig die Wahrheit sagen können und wo sie einander zuhören müssen.

Das Bündnis dagegen ist eine Veranstaltung der Außenminister, wo im Nebenzimmer auch noch die Verteidigungsminister eine Sitzung abhalten, deren Ergebnisse sich aber kaum im Gesamtdokument wiederfinden. Sie überschätzen die Funktionsfähigkeit des Bündnisses, Herr Kornblum. Je mehr sie ihm aufbürden, desto geringer wird seine Effizienz werden. Das kann nur das Ansehen der NATO beeinträchtigen.

Aber ich will noch eines hinzufügen. Sie haben in einem Nebensatz etwas angedeutet, was ich das erste Mal 1955 von Mike Mansfield, dem damaligen Majority Leader im amerikanischen Senat, gehört habe: Wenn ihr Deutschen so redet, dann werden wir unsere Jungens nach Hause holen. Seit 35 Jahren pflege ich darauf zu antworten: So what. Wenn das ein ernst gemeintes Argument sein soll, gefährden Sie in der Tat vieles. Sie sollten nicht glauben, Sie könnten die europäischen Partner heute dadurch disziplinieren, daß Sie mit dem Abzug Ihrer Truppen aus Europa drohen. Ich bin ganz sicher, daß ein solcher Abzug nicht erfolgen wird; denn das würde für die Amerikaner bedeuten, daß ihr Einfluß in Europa zurückginge, wenn sie ihn nicht ganz verlieren würden.

Ich meine, mit solchen Argumenten sollten Sie vorsichtig sein. Ich verstehe Ihre Empfindlichkeit. Aber so groß war ja die amerikanische Führungsleistung, von Ausnahmen abgesehen, auch nicht. Ich will nicht darauf zu sprechen kommen, was wir alles an Beschimpfungen haben aushallen müssen. Es hat keinen Zweck, diese Bücher jetzt aufzumachen. Da würde sehr viel Bitterkeit zutage kommen. Aber wenn im Ernst eine amerikanische Administration meint, mit Abzug drohen zu sollen, würde ich sagen: Dann zieht doch. Dann kommt endlich das zustande, was ich mir wünschen würde, nämlich eine enge französisch-deutsche Kooperation auf dem Felde der Sicherheitspolitik.

Dahrendorf

Die Frage, die uns im Moment beschäftigt, ist: Wie und wo eine gemeinsame westliche Ostpolitik konzipiert und durchgeführt werden kann. Westlich heißt ja nicht nur EG, auch nicht nur NATO, sondern zum Beispiel auch EFTA. Deshalb ist die Antwort nicht ganz leicht. Vielleicht müßte irgendeine Institution die Federführung übernehmen. Aber die Vereinigten Staaten und Kanada sind eben ein Teil des Westens.

Kornblum

Ich möchte da doch einiges richtigstellen, Herr Schmidt. Ich habe nie behauptet, daß die NATO hauptverantwortlich etwa für ökonomische Fragen zuständig sein sollte. Natürlich können das der Siebener-Gipfel oder die EG sehr viel wirksamer tun. Ich habe auch mit keinem Wort den Abzug amerikanischer Truppen angedroht. Worum es mir einzig und allein geht, ist, wie sich das Interesse und die wirtschaftliche Stärke der Vereinigten Staaten in diesem Prozeß gegenüber Osteuropa mit einbeziehen läßt, wie es Herr Lebahn hier gefordert hat. Da gibt es sicher viele Möglichkeiten. Aber für die Vereinigten Staaten ist als Rahmen für eine kooperative Politik immer noch das Atlantische Bündnis wichtig - vielleicht sollte man diesen Begriff anstelle von NATO verwenden.

Es geht nicht darum, daß die Amerikaner darauf abheben, sondern das Atlantische Bündnis bietet nun einmal den Europäern eine hervorragende Möglichkeit, die amerikanische Politik auf breiter Basis zu beeinflussen. Auf diese Weise würden wir zu der Ursprungsidee zurückkehren, die ja auf eine breite atlantische Partnerschaft abstellte und nicht nur ein Militärbündnis wollte. Mit anderen Worten: In diesem Rahmen ist zumindest eine begrenzte Möglichkeit für die europäischen Partner gegeben, die Politik der Vereinigten Staaten zu beeinflussen, zumal von den Entscheidungen, die da getroffen werden, immer auch die militärische Sicherheit angesprochen ist.

Ich würde es sehr bedauern, wenn man in der NATO nur ein amerikanisches Instrument sehen würde und meinte, die Öffentlichkeit in Westeuropa würde es nicht hinnehmen, wenn die NATO eine bestimmte Rolle in der westlichen Politik übernimmt. Damit sprechen wir uns nicht gegen die EG aus; wir finden es wichtig, daß die EG hier Koordinierungsaufgaben wahrnimmt. Ich möchte die NATO also keineswegs als ein riesiges Koordinationsinstrument verstehen. Aber ich möchte doch dafür plädieren, daß das Atlantische Bündnis der Ort ist, wo die politischen Ziele beiderseits des Atlantiks abgestimmt werden und man das Gefühl entwickelt, daß beide Seiten auch in die gleiche Richtung ziehen.

Schmidt

Aber das ist doch gar nicht gefährdet.

Kornblum

Doch, das ist im Augenblick sehr gefährdet, weil hier der Eindruck vermittelt wird, die NATO sei nur für die militärische Verteidigung da. Wenn die militärische Aufgabe jetzt an Bedeutung verliert, könnte die Meinung entstehen, die NATO habe sich überlebt, man brauche sie nicht mehr. Ich habe solche Argumente schon gehört.

Schmidt

Das ist überzeichnet und beruht auf Empfindlichkeiten, die ich nur schwer verstehen kann. Das Bündnis ist nach wie vor für weit mehr als zwei Drittel der öffentlichen Meinungen in Westeuropa und für weit mehr als 90 Prozent der politischen Klassen in den westeuropäischen Staaten die unbezweifelte Grundlage der engen Kooperation zwischen Nordamerika und Europa. Aber John F. Kennedy hat schon 1963 in seiner Rede in Philadelphia von den zwei Pfeilern gesprochen, auf denen das Gebäude der nordatlantischen Allianz ruhen sollte, einem europäischen und einem nordamerikanischen Pfeiler. Und es muß erlaubt sein, daß Europäer über dieses Konzept nachdenken.

Wenn jetzt die Aufgabenstellung für das Bündnis über die Sicherheitspolitik hinaus und das ist ja schon ein ganzes Bündel an Fragestellungen - auf alle möglichen anderen Themen erweitert werden soll, dann betrachte nicht nur ich solche Überlegungen mit Skepsis. Ich kenne die Maschinerie der NATO seit 1969 sehr genau. Ich weiß, was sie leisten kann und was nicht.

Im Bewußtsein der Deutschen zum Beispiel bedeutet NATO einen Oberbefehlshaber Europas und die Anwesenheit von fünf fremden Armeen auf deutschem Boden, drei davon mit nuklearen Waffen ausgerüstet, die Tiefflüge nicht zu vergessen. Ich würde das wirklich nicht überstrapazieren. Was immer im NATO-Rat geredet wird, erreicht über die Außen- und vielleicht die Verteidigungsminister hinaus so gut wie niemanden sonst, schon gar nicht solche Einrichtungen wie die deutsche Bundesbank oder die italienische Zentralbank. Ich halte es für eine abwegige Vorstellung, das Bündnis nun im 41. Jahr seiner Existenz mit Aufgaben zu betrauen, für die es nicht gebaut ist.

Stürmer

Fraglos ist das, wofür die NATO heute in der Öffentlichkeit steht, weniger, als mit dem ursprünglichen Vertrag einmal intendiert war. Daß die NATO weitgehend mit militärischer Hardware identifiziert wird, entsprach nicht den Absichten ihrer Gründer. Dabei könnte die NATO ein gewichtiges Wort beispielsweise in dem ganzen Prozeß der Rüstungskontrolle mitreden.

Man muß da zwischen Analyse und Management unterscheiden. Für das Management ist die Organisation sicher überfordert. Aber im Analysebereich könnte sie durchaus eine wichtige Funktion übernehmen. Schon im Marmel-Bericht standen Dinge, die weit über die Dimension der militärischen Hardware hinausgingen. Auch in der Erklärung des NATO-Gipfels im Mai dieses Jahres finden sich weiterführende Punkte. Aber muß sich die NATO nun auch noch für alle möglichen anderen Probleme interessieren, wie Drogen oder Umwelt?

Mallaby

Wir haben es in unseren Beziehungen zu Osteuropa mit so vielen Themen zu tun, die sorgfältig und mit großem Sachverstand behandelt werden müssen, daß es dafür mehr als nur einer einzigen Organisation bedarf. Die Gemeinschaft kann hier sicher wertvolle Dienste leisten, zumal sie eine große Bandbreite von Themen kompetent abzudecken vermag. Sie sollte auch weiterhin eine wesentliche Rolle bei der Koordinierung der praktischen Politiken ihrer Mitglieder im Hinblick auf Osteuropa spielen.

In dem weiteren atlantischen Rahmen bedarf es aus meiner Sicht sowohl der Koordinierung zwischen den wichtigsten europäischen Ländern als auch mit den Amerikanern. Auch der Weltwirtschaftsgipfel hat dieses Mal eine hilfreiche Rolle für die Praxis der Ost-West-Beziehungen gespielt. Ich hoffe, daß dies ein Präzedenzfall für die Zukunft war. Das würde neuen Initiativen Raum geben und die Rolle der OECD in diesem Bereich aktivieren. Beim Weltwirtschaftsgipfel ebenso wie bei der OECD sind auch die Japaner dabei. Und es gibt eine Reihe anderer Einrichtungen, die auf bestimmten Gebieten der Ost-West-Beziehungen die Dinge koordinieren. Für Verschuldungsfragen gibt es den Pariser Club; es gibt den

Lebahn

Nur noch ein kurzes Wort zum Thema NATO. Die NATO ist nun einmal sehr stark unter militärischen Aspekten zu sehen. Deshalb erlauben Sie einem Ökonomen die skeptische Bemerkung: Wenn ich an Militär denke, dann fällt mir in erster Linie Unwirtschaftlichkeit, Verschwendung von Mitteln, absolute Unterordnung von Kostengesichtspunkten unter technologische Effizienz, aber nicht ökonomische Effizienz ein. Von daher erschien es mir unzweckmäßig, eine Organisation, die so stark militärisch geprägt ist, mit komplizierten wirtschaftlichen Aufgaben zu betrauen. Die starke Aufrüstungsphase der USA unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan ist gespickt von Skandalen des "military procurement".

Nun hat Sir Christopher Mallaby eben eine Einrichtung erwähnt, die alle Voraussetzungen für eine Koordinierung der westlichen Politik erfüllt, nämlich die OECD. Sie umfaßt das gesamte Atlantische Bündnis, und, ein wichtiger Punkt, bei der OECD ist ebenfalls das COCOM attachiert. Das bedeutet, daß dort auch die Sicherheitsfragen, die uns ja so sehr am Herzen liegen, berücksichtigt werden. Die OECD wäre also ein politisch wie funktional geeigneter Kandidat, um diese Koordinierungsaufgabe wahrzunehmen. Sicher gibt es auch noch andere Möglichkeiten, beispielsweise die europäische Wirtschaftsorganisation der UNO (ECE), aber wir sollten uns nun wirklich nicht um des Kaisers Bart streiten.

Hier wurde bereits unter verschiedenen Aspekten nach den Kriterien für eine koordinierte Wirtschaftshilfe gefragt. Graf Ferraris hat beispielsweise zu Recht darauf hingewiesen, warum wir jetzt unsere ganze Aufmerksamkeit nur auf Osteuropa richten; es gibt schließlich noch Südamerika und andere Länder. Aber so ist das nun einmal - das können Sie schon in der Bibel im Gleichnis vom verlorenen Sohn nachlesen;-; die Freude darüber, daß die abtrünnigen Osteuropäer, die sich einem anderen ideologischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen System verschrieben hatten und uns sogar vernichten wollten, jetzt zu uns zurückkehren, fordert unsere Unterstützung heraus. Das ist sicher auch ein Punkt, bei unserer Bevölkerung die Akzeptanz für die notwendigen westlichen Opfer zu erlangen.

Konkret sind es im wesentlichen drei Kriterien, die im Hinblick auf Wirtschaftshilfe für jedes Land abgeprüft werden müßten. Erstens die militärische Sicherheit, zweitens die politische Zweckmäßigkeit und drittens die ökonomische Zweckmäßigkeit.

Wir sollten uns auch davor hüten, das schöne Bildnis vom Europäischen Haus zu einer provinziellen Idylle verkommen zu lassen, sondern müssen unseren Blick zugleich auf andere Weltregionen richten. Herr Christians hat bereits die mögliche Arbeitsteilung auf diesem Gebiet angesprochen. So haben die Italiener traditionell gute Beziehungen zu Libyen oder zu Argentinien. Frankreich, wie wir von Herrn Froment Meurice gehört haben, hat immer schon ein besonderes Interesse für Polen gehabt. Es ist doch nur zu begrüßen, wenn ein Land eine spezifische, historisch begründete Motorfunktion übernehmen kann. Da sollte man nicht gleich einen Alleingang unterstellen. Andererseits wäre es wirtschaftlich sogar ein Fehler, wenn wir uns alle auf einen Bereich konzentrieren würden. Das erleben beispielsweise heute die amerikanischen Banken, die sich vornehmlich für Südamerika engagiert haben und die sicherlich dankbar sind, wenn wir denen jetzt Alternativen eröffnen würden, die aus Diversifizierungsgründen ökonomisch dringend geboten sind.

Eine Besonderheit des Ostgeschäftes sehe ich darin, daß sich alle Beteiligten außerordentlich publizitätsfreundlich verhalten, damit nicht der Eindruck entsteht, daß es sich so etwas wie eine Grauzone zwischen West und Ost bilden, um womöglich Sicherheitsgesichtspunkte zu vernachlässigen. Angesichts des hochpolitischen Charakters muß das in aller Öffentlichkeit vor sich gehen, und auch die beteiligten Firmen dürfen sich nicht aus Konkurrenzgründen abschotten. Es ist sehr viel an Kontakt- und Informationsoffenheit nötig.

Jetzt noch ein Wort zu den Organisationsprinzipien, die Herr Carr erwähnt hat. Dabei spielt natürlich die Infrastruktur auf beiden Seiten eine Rolle. Herr Christians erwähnte, daß die Deutschen aufgrund ihrer vielen mittleren und kleinen Firmen eine gute Ausgangslage besitzen, die zum Tragen kommt, weil man im Osten allmählich von den Riesenprojekten abgeht und von der Zentralisierung Abschied nimmt. Zur Zeit werden überall in Osteuropa Genossenschaften gebildet. Das sind im Grunde kleine und mittlere Firmen, und die werden sich vermutlich entsprechende Firmen als Partner suchen. Solche ökonomischen Strukturen sind also wichtig, um die Zusammenarbeit zu kanalisieren. Darüber sollte man im Westen intensiv kommunizieren, um voneinander zu lernen.

Neben Infrastrukturen und organisatorischen Strukturen sind aber auch die geistigen Strukturen ganz wesentlich. Wenn es den US-Amerikanern in 100 Jahren nicht gelungen ist, Südamerika zu erziehen, warum glauben wir, wir könnten das in Osteuropa schaffen? Das ist tatsächlich ein großes Problem. Denn je länger ein Land unter kommunistischer Herrschaft gewesen ist, desto mehr haben die Menschen es verlernt, als Unternehmer zu denken. Das hatte man sich in Moskau zumindest einfacher vorgestellt. Man hat offenbar geglaubt, man brauche nur Perestroika zu propagieren und sofort werde das neue Denken in den Köpfen anfangen. Jetzt müssen sie feststellen, daß diese 70 Jahre geistiger Deformation nicht von heute auf morgen zu überwinden sind. Deshalb ist es auch so wichtig, daß die neuen Denkprozesse sofort und ohne zeitliche Verzögerung in die Wege geleitet werden. Je länger man wartet, um so schwerer wird es werden, die Menschen aus ihrer Schizophrenie herauszuholen.

Auf der anderen Seite haben wir bei unseren Joint-venture-Kontakten sehr ermutigende Erfahrungen gemacht. Da erschienen plötzlich richtige Unternehmer, gerade in der Sowjetunion, wo man das gar nicht vermutet hätte, da ja auch Rußland vorher nur über eine dünne kapitalistische Tradition verfügt hat. Deshalb sehen wir es als eine wichtige Aufgabe an, mit diesen Joint-ventures nicht nur eher kapitalistisch orientierte Enklaven zu schaffen, sondern auch die Leute, die dort arbeiten, praktisch zu unseren Verbündeten zu machen. Wenn man liest - das sind Äußerungen der sowjetischen Regierung; -, was die alles von den zukünftigen leitenden Wirtschaftlern verlangen, bis hinunter zu den Ingenieuren, dann sind das genau die Dinge, die wir auch von unseren Managern verlangen: Eigenverantwortlichkeit, Vorausdenken, Initiative. Nur dort war das 70 Jahre lang geradezu unter Strafe gestellt, was jetzt plötzlich gefordert wird. Wenn Sie heute regelmäßig die Prawda lesen, stellen Sie fest, wie sich allein der Wortschatz in der Sowjetunion gewandelt hat. Da werden Worte gebraucht, die ich vorher nie gelesen habe, und es sind russische Worte, keine amerikanischen Begriffe, wie das im Westen weltweit der Fall ist. Das zeigt, daß in der Sowjetunion durchaus eine gewisse geistige Infrastruktur vorhanden ist, die aus sich selbst tragfähig ist. Das ist sehr ermutigend.

Daß eine ganze Reihe von Entwicklungen aus dem Westen drüben sozusagen aus dem Stand übernommen werden könnten, liegt auf der Hand. Aber es wäre ein bißchen viel verlangt, wenn die jetzt alles das, was sie bisher betrieben haben, über Bord werfen sollten, um unsere Errungenschaften zu übernehmen. Ein Offenbarungseid ist insbesondere einer Weltmacht wie der Sowjetunion nicht zuzumuten.

Auf der anderen Seite sollte man auch kritische Stimmen, zum Beispiel aus den USA, nicht überhören, die uns vorwerfen: Ihr Europäer fangt sehr früh an, mit denen zusammenzuarbeiten. Denen fehlt doch noch die richtige Erkenntnis und die entsprechende Reife. Im Extrem, so klang es gestern bei Herrn Eagleburger an, sollten wir erst einmal abwarten, bis sich unsere Freiheitsvorstellungen dort verwirklicht haben.

Dennoch müssen sich die Leute drüben natürlich darüber klarwerden, daß sie geistig, ideologisch und wirtschaftlich mit ihrem System am Ende sind. Von sowjetischer Seite wird häufig noch der Eindruck erweckt, man befinde sich in der Rolle der schönen Prinzessin, die sich unter ihren vielen Bewerbern nur den richtigen auszusuchen braucht. So hat Gorbatschow am 14. Juni in Köln gesagt: Wenn ihr deutschen Unternehmer nicht wollt - die anderen stehen Schlange. Man muß ihnen zeigen, daß die Schlange im Augenblick sehr kurz geworden ist. Sie müssen begreifen lernen, daß sie wirtschaftlich tatsächlich am Ende sind.

Graf Ferraris

Wenn Sie die OECD als Koordinierungsinstrument vorschlagen, Herr Lebahn, so könnte ich mir dort eine technische Koordinierung sehr gut vorstellen, aber nicht die politische. Die kann meines Erachtens nur die Europäische Gemeinschaft leisten. Warum wollen Sie das die EG nicht machen lassen?

Lebahn

Weil ich gern die USA dabei hätte, und die sind dort kein Mitglied.

Stuth

An Herrn Kornblums Vorschlag begrüße ich, daß dahinter - juristisch gesehen - ein positiver Kompetenzkonflikt deutlich wird. Das heißt: Die Koordinierung der westlichen Politik gegenüber Osteuropa wird nicht auf andere abgeschoben, sondern darum sollen sich alle Gremien und Institutionen bemühen. Was hier lediglich irritiert, ist, daß die NATO jetzt auf einmal ihre Kompetenz über die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen hinaus auch auf die ökonomische Zusammenarbeit erweitern soll. Zollpräferenzen, Öffnung der Märkte, Kredite, Zinsfragen, was kann die NATO auf diesen Gebieten beitragen? Ich meine, daß sie da überfordert wäre.

Im übrigen würden die Polen, die Ungarn, die Ostdeutschen, die Bulgaren die NATO wohl kaum als Gesprächspartner für Wirtschaftsfragen akzeptieren. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß die ungarische Regierung einen Brief an Generalsekretär Wörner oder an General Altenburg mit der Bitte um ökonomische Unterstützung schreiben würde. Deshalb sollte sich jede Institution auf das konzentrieren, was sie in ihrem Bereich wirklich leisten kann.

Ich stimme Graf Ferraris zu, daß die EG insbesondere bei Wirtschaftsfragen im weitesten Sinn in der Tat das geeignete Forum wäre, um die westliche Politik zu koordinieren. Die EG hat ja bereits die Koordinierung für die 24 mit Erfolg vorgenommen, also nicht nur für die eigenen 12 Mitgliedstaaten.

Schmidt

Offenbar streiten sich hier Vertreter von zwei internationalen Organisationen verschiedenen Gewichts um Kompetenzen. Der eine möchte gern möglichst viel in der EG vereinigt haben, der andere möglichst viel in der Organisation des Atlantischen Bündnisses. Was die EG angeht, Herr Stuth, würde ich in einem Punkt der britischen Premierministerin recht geben: Die EG mischt sich in viel zuviel Dinge ein und versucht sie bürokratisch zu kanalisieren und zu regeln. Das verursacht auch mir Unbehagen. Ich hätte nichts dagegen, wenn ein Siebener-Gipfel irgendeiner Institution, meinerwegen auch der EG, eine zusätzliche zeitlich begrenzte Aufgabe überträgt, zum Beispiel die Organisation der Soforthilfe für Polen. Aber die Frage einer grand strategy des gesamten Westens kann durch die EG nicht beantwortet werden. Da müssen sich schon die großen Staatslenker des Westens zusammmentun.

Deshalb möchte ich noch einmal ein Wort zugunsten einer Einrichtung sagen, die Giscard d'Estaing und ich Anfang der 70er Jahre erfunden haben und die bisher recht gut funktioniert. Ich meine die Siebener-Gipfel. Inzwischen nimmt auch der jeweilige Präsident der Europäischen Kommission daran teil. Der Vorteil dieser Gipfel liegt darin, daß sich die Chefs der sieben Staaten direkt begegnen und sich drei Tage lang wirklich zuhören müssen. Sie nehmen auch die Zwischentöne dessen wahr, was etwa seitens der Finanzminister oder der Außenminister argumentativ beigeleitet wird. Das ist etwas völlig anderes als die bilateralen Begegnungen. Ich halte jedenfalls die Vorstellung für illusionär, daß sich irgendwelche Bürokraten in Konferenzen zusammensetzen und ein Gesamtkonzept des Westens entwerfen. Wenn das Bündnis nicht nur alle zehn Jahre die Staatslenker zusammenriefe, Herr Kornblum, sondern jedes oder zumindest jedes zweite Jahr, dann könnte es sich zu einem ähnlichen Ort entwickeln wie der Siebener-Gipfel. Der Nachteil wäre, daß dann jeweils 14 Personen beisammen wären - das ist ein bißchen viel - und daß die Japaner fehlen würden.

Dahrendorf

Lassen Sie mich nur zwei Dinge kurz resümieren: Zum einen haben wir eine Fülle von internationalen Organisationen, die sich mit den unterschiedlichen Themen beschäftigen, und das ist auch gut so. Zum anderen muß nicht diejenige Organisation oder Gruppierung, die eine westliche Politik koordiniert, unbedingt auch der Unterhändler im Einzelfall sein. Das heißt, hier könnten Aufträge an andere Organisationen ergehen, wie das beispielsweise im Hinblick auf die Europäische Gemeinschaft bei der Polenhilfe geschehen ist.

Es bleibt die Frage offen: Wo soll die politische Koordination geschehen? Da haben Herr Kornblum und auch Sir Christopher Mallaby die Meinung vertreten, die NATO und das Bündnis könnten einen geeigneten organisatorischen Rahmen für diese Koordination abgeben. Dagegen sagt Herr Schmidt, diese Koordination kann nur da stattfinden, wo sich die Herren der Welt direkt begegnen, also bei den sogenannten Siebener-Gipfeln.

Das ist eine nicht unwichtige Nuance, weil nämlich im zweiten Fall die NATO auf die Verteidigungspolitik beschränkt wird, während im ersten Fall das Bündnis im Sinne der ursprünglichen Verträge verstanden wird.

Weidenfeld

Wo kann die Koordinierung der westlichen Politik am besten geleistet werden? Diese Frage hat uns hier sehr eingehend beschäftigt. Mein Eindruck nach dieser Tagung ist, daß es im Westen einen riesigen politischen Koordinierungsbedarf gibt. Wenn man sich vorstellt, daß wir auf die jetzige Situation seit ungefähr 40 Jahren hinsteuern und heute so tun, als müßten wir noch einmal bei Null anfangen nachzudenken, dann hoffe ich nur, daß das nicht irgendwann einmal das Vertrauen in die Kompetenz der politischen Ratio grundsätzlich erschüttern wird.

Wer also kann diese Herkulesarbeit der europäisch-atlantischen Koordination leisten? Ich gehe zunächst davon aus, daß in den nächsten 10, 20 Jahren die europäisch-amerikanischen Beziehungen eine außerordentlich konstruktive, positive Intensität erhalten werden, und zwar aus einem einfachen Grund: Hier in Westeuropa tut sich der Welt größter Markt auf, und Osteuropa wird sich mit Blick auf diesen attraktiven Sog und Motor entsprechend modernisieren. Deshalb werden die Amerikaner aus ureigenem Interesse ganz engagiert dabei sein.

Insofern, Herr Kornblum, ist es auch wenig überzeugend, darüber nachzudenken, ob die Amerikaner bei verändertem Verhalten der Europäer ihre Truppen aus Europa zurückziehen könnten. Eine solche Andeutung käme heute zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt. Die Stärke des Westens erlebt ihren größten Erfolg. Ein solcher Rückzug wäre ja auch für Sie nicht kostenneutral, sondern käme Sie rein materiell außerordentlich teuer. Und da die Amerikaner im allgemeinen gut rechnen können, räume ich dieser Alternative geringe Realisierungschancen ein.

Aber noch einmal: Wer soll die Herkulesarbeit leisten? Im Grunde deckt der Nordatlantik-Vertrag von 1949 das mit ab - da steht die Kultur vor den Waffen. Nur ändert das leider nichts an der Tatsache, daß im Verlauf der letzten 40 Jahre eben nur die Waffen übriggeblieben sind, und das ist auch nicht beliebig wieder zu ändern. Das hat sich nicht nur bei uns, sondern auch im Osten tief eingepreßt. Deshalb wage ich zu bezweifeln, daß es sinnvoll wäre, die NATO mit einer solchen Aufgabe zu betrauen.

Meine Schlußfolgerung ist: Ich halte keine der bestehen den internationalen Organisationen für geeignet, diese Koordinierungsaufgabe zu leisten. Jede hat ihre Handikaps, und keine würde die politische Kraft haben, diese gewaltige Herausforderung anzugehen. In jeder dieser Organisationen würde eine solche Aufgabe sofort in Routineprozeduren geraten und sich damit festfahren. Es geht letztlich um eine Kombination von politischer Führung mit analytischer Kompetenz. Und das kann nur durch eine wie auch immer geartete neue hochrangige politische Koordinierungsinitiative geschehen.

Stürmer

Die Rolle der USA in Europa bestimmt sich nicht nur aus historischen Gründen, sondern aus Gründen, die weit in das 21. Jahrhundert hineinreichen. Diese Gründe kommen unabhängig davon zum Tragen, ob wir uns gelegentlich einmal aneinander reiben oder immer wieder versichern, daß wir uns noch mögen. Man sollte auch nicht so viel von Freundschaft reden. Große Staaten haben Interessen; Freundschaft und Liebe sind erfreuliche Zutaten, aber nicht entscheidend.

Erstens. Osteuropa einschließlich der Sowjetunion ist in der stärksten Bewegung seit 1947. Niemand weiß, was dabei herauskommt. In einem solchen Moment redet man schlicht nicht davon, die Sicherungsbolzen im Westen;:u lockern.

Zweitens. Die deutsche Frage gerät in Bewegung, ob wir das hier so definieren oder nicht, ob die Deutschen von Wiedervereinigung träumen oder nicht. Sie gerät schon allein aufgrund der geographischen Situation in Bewegung, wenn ganz Europa in Bewegung ist. 70 Millionen Deutsche in der Mitte Europas sind nun einmal ein Schwergewicht. Und da haben die Amerikaner eine entscheidende Rolle zu spielen, nicht zuletzt in der Berlin-Frage.

Drittens. Die Sowjetunion bleibt eine nukleare Supermacht, und niemand von uns hat das leiseste Begehren, auf diesem Kontinent allein mit dieser Supermacht zu sitzen. Das heißt, die USA sind ein entscheidendes Element der Rückversicherung für Europa, so wie Europa ein entscheidendes Element der amerikanischen Weltmachtrolle ist, und diese Rolle werden die Amerikaner nicht freiwillig aufgeben oder vielleicht aus unerwiderter Liebe fallenlassen.

Die Amerikaner befinden sich nun einmal in einer globalen Ordnungsrolle, aus der sie sich nicht zurückziehen können, auch wenn sie gelegentlich davon träumen. Dazu ist auch ihre Interessenlage viel zu solide. Da brauchen wir auch nicht groß zu verhandeln; der neue "transatlantische bargain" entsteht durch die Kraft der Tatsachen.

Kornblum

Ich möchte noch einmal betonen: Ich habe nie von einem Rückzug der Vereinigten Staaten gesprochen. Ich habe auch nicht gemeint, daß die NATO alles koordinieren müsse. Ich wollte den Europäern mit meinem Vorschlag nur zu verstehen geben, daß für die europäischen Staaten hier ein Hebel vorhanden ist, um die Supermacht Amerika zu beeinflussen, wenn nicht zu kontrollieren. Ich stelle auch nicht die Kompetenz der großen Staatsmänner dieser Welt in Frage.

Trotzdem bleibt die Tatsache, daß, wie Herr Weidenfeld und andere gesagt haben, in dieser äußerst komplizierten Situation ein riesengroßer Koordinierungsbedarf im Westen besteht, und zwar unabhängig von der militärischen Komponente. Wenn diese politische Koordination nicht stattfindet, ist nicht auszuschließen, daß die Sowjetunion den Amerikanern irgendwann vorschlägt, die Dinge bilateral zu regeln. Deshalb sollte man zumindest prüfen, ob die NATO nicht doch für eine gewisse Koordinierungsfunktion nützlich sein kann.

Christians

Präsident Bush hat anlässlich seines Staatsbesuchs Mitte Juli in Holland in der Universität Leiden eine Rede gehalten, in der er sich nachdrücklich zu Europa bekannt hat. Besondere Bedeutung kommt seiner Feststellung zu, daß die Reformpolitik Gorbatschows die große Chance eröffnet, die Teilung Europas zu überwinden. Hier könnte man versucht sein, nach dem Wort von Präsident Kennedy am Schöneberger Rathaus: "Ich bin ein Berliner", Bush in den Mund zu legen: "Ich bin ein Europäer."

Lebahn

Wir sollten bei all unseren Überlegungen einen Faktor nicht vergessen: den Menschen selbst, der letztlich das Ziel jeder Politik ist. Bei alledem, was jetzt in Bewegung geraten ist, wird es auch auf dem Felde der zwischenmenschlichen Beziehungen zu geradezu revolutionären Entwicklungen kommen, bei denen ungeahnte Kreativität freigesetzt werden kann. Wir sollten uns auch immer wieder klarmachen, daß wir die Menschen nicht mit politologischen oder wirtschaftlichen Thesen begeistern können, sondern daß es dem normalen Bürger letztlich um Ideale geht, für die er bereit ist, etwas zu leisten.

Herr Kornblum erwähnte die Emigranten aus den baltischen Staaten, ja aus allen osteuropäischen Ländern, die in den USA eine neue Heimat gefunden haben. Was sind da für neue Brückenschläge denkbar! Welch ein Potential ist in der Hinsicht in Amerika vorhanden! Von daher ist es auch nicht verwunderlich, daß die USA immer ein Wunschpartner der Sowjetunion gewesen sind, was die Größe, Vielfalt und Macht dieses relativ jungen Landes betrifft. Deshalb würden die Sowjets wohl am liebsten direkt mit den Amerikanern umgehen, ohne irgendwelche Vermittlung durch die Europäer, die sich häufig so als eine Art Schiedsrichter oder Dolmetscher aufgespielt haben. Wir Europäer werden also wachsam sein müssen, daß wir nicht irgendwann in den Hintergrund geraten, wenn die beiden Supermächte sich direkt miteinander verständigen.

Aber auch in der Bundesrepublik und in der DDR ist ein enormes menschliches Potential vorhanden, das sich entfalten kann, schon aufgrund unserer Traditionen. Die Generation, die sich bei uns in leitenden Positionen befindet, ist noch stark vom Krieg in Osteuropa geprägt worden. Insofern bedaure ich, daß die Reise eines deutschen Bundespräsidenten oder Bundeskanzlers nach Polen am 1. September nicht zustande gekommen ist, die eine nicht nur politisch-wirtschaftliche, sondern vor allem menschliche Signalwirkung gehabt hätte.

Man sollte im Ausland nicht übersehen, daß in dieser Hinsicht noch sehr viel schlechtes Gewissen in Deutschland eine Rolle spielt. Das Bemühen der Deutschen, mit den Osteuropäern auch menschlich eng zusammenzuarbeiten, das von anderer Seite häufig als "Drang nach Osten" mißverstanden wird, ist auch Teil der Bewältigung unserer Vergangenheit, um die Völker wieder zusammenzubringen. Hier

sehen auch die Kirchen eine große Aufgabe. Ich meine, solche Aktionen, nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern gerade auch auf kulturellem Gebiet, sollte man nicht mit Mißtrauen verfolgen. Das Ausland sollte sich vielmehr darüber freuen, daß die Deutschen sich bemühen, im positiven Sinne mit der Vergangenheit fertig zu werden, indem sie etwas für die Zukunft tun. Da braucht es keine Eifersüchteleien oder Konkurrenzdenken zu geben.

Wir haben gefragt, was geschieht, wenn die Perestroika in der Sowjetunion erfolgreich ist. Sicher, eine Sowjetunion, die eine starke wirtschaftliche Basis hat, kann auch militärisch wieder gefährlich werden. Aber eine ideologisch, politisch und vor allen Dingen menschlich eingebundene Sowjetunion brauchten wir nicht mehr zu fürchten, wie das bisher der Fall war, denn es wäre dann eine wesentlich andere Sowjetunion. Das sollte uns alle zu Eigeninitiative und neuartigen Wegen ermutigen.

Smyser

Das eigentliche Problem nach 1945 war nicht, daß die Vereinigten Staaten meinten, sie müßten die Verantwortung für Europa tragen, sondern die Vereinigten Staaten und die Westeuropäer hatten erkannt, daß sie sich gegenseitig brauchten. Ich glaube, dies trifft immer noch zu.

Wir brauchen nicht darüber zu streiten, welche Organisation uns in Zukunft die besten Dienste leistet. Wir wissen auch noch nicht genau, welchen Weg wir gehen werden. Nur eines ist unbestritten: daß wir diesen Weg zusammengehen müssen.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig viele Regierungen haben, und daß wir, die wir hier zusammen sind, nicht sicher sein können, daß man überall sonst, gerade was diejenigen angeht, die die politische Macht in Washington ausüben, sich in gleicher Weise den deutsch-amerikanischen und den europäisch-amerikanischen Beziehungen so verpflichtet fühlen wie wir hier.

Vor diesem Hintergrund möchte ich einige generelle Bemerkungen machen, wie wir bei einer Politik gegenüber Osteuropa zusammenarbeiten können. Lassen Sie mich aber zuvor noch einiges über die Situation in den Vereinigten Staaten sagen.

Das Amerika von heute ist nicht das Amerika von 1947, um neue Verantwortungen in Europa auf sich zu nehmen, oder gar das von 1969, als Amerika mit Deutschland zusammenarbeitete, um eine mitteleuropäische Entspannung zustande zu bringen. Das heißt nicht, daß Amerika einer isolationistischen Tendenz zuneigt, aber es bedeutet in der Tat, daß wir nicht bereit sind, weiterhin die gleichen Lasten zu tragen, die wir lange Zeit auf uns genommen haben.

Es gibt in den Vereinigten Staaten einen wachsenden wirtschaftlichen Nationalismus, der mehr durch die Japaner als durch die Europäer hervorgerufen wurde, der aber für die europäisch-amerikanischen Beziehungen Konsequenzen haben kann. Zugleich verstärkt sich der Eindruck, daß wir nicht mehr in der gleichen Weise im Ausland benötigt werden und daher unsere Energie mehr auf die Probleme im eigenen Land konzentrieren können und müssen.

Die Amerikaner arbeiten sehr hart, viel härter, als die Europäer sich das vorstellen oder als unser Fernsehen das vermittelt. In vielen Familien arbeiten beide Ehegatten. Sie lassen ihre Kinder von Verwandten, Freunden oder Kindertagesstätten betreuen. Sie haben keine Reichtümer und verfügen auch nur über geringe Ersparnisse. Sie machen sich erhebliche Sorgen um die Zukunft. Sie ziehen viel häufiger um als die Europäer. Sie sind noch recht wohlhabend, doch sie spüren, daß ihr Lebensstandard nicht mehr so hoch ist, wie er im Vergleich zur übrigen Welt einmal gewesen ist. Sie nehmen das nicht übel, aber sie registrieren es.

Zugleich sind die Amerikaner sehr stolz auf das, was sie erreicht haben, auf ihre immer noch bedeutende Rolle in der Welt und daß sie in der Lage waren und es noch sind, anderen zu helfen. Ein Grund, warum Präsident Reagan so populär war, ist, daß er diesen Stolz verstand und darstellte. Das war in Europa nicht leicht zu begreifen, wo man Reagan nicht richtig einschätzte, aber es spielte eine wichtige Rolle in der amerikanischen Politik.

Ich spreche von diesem ökonomischen Faktor und dem Stolz, weil eine erfolgreiche europäisch-amerikanische Zusammenarbeit in großem Maße auf unserem fortdauernden Wohlstand und auch auf ein bestimmtes amerikanisches Selbstverständnis gegründet ist. Letzteres ist ein dauerhaftes Phänomen, doch der Wohlstand der Welt bleibt voller Unwägbarkeiten.

Aber wir reden hier über Politik und Strategie und weniger über Wirtschaft. Die europäisch-amerikanischen Beziehungen haben eine strategische und eine wirtschaftliche Grundlage. Die strategische Basis ist sicher, doch die Details ihrer Umsetzung müssen und werden sich wandeln.

Die militärische Präsenz der Amerikaner in Europa und in Deutschland diente einem prinzipiellen Zweck: Sie gab dem Kontinent und jenem Land Zeit, wieder auf die Füße zu kommen. Sie versetzte Deutschland auch in die Lage, sich gegen Rußland zu verteidigen, ohne andere europäische Länder über die deutsche Macht zu beunruhigen.

Die Aufgabe, die wir uns vorgenommen hatten, ist erfüllt, und jetzt müssen wir uns neuen und anderen Lösungen für die verbliebenen Aufgaben zuwenden. Nach den Ereignissen der letzten Wochen zum Beispiel kann ich mir nicht vorstellen, daß irgendein Deutscher noch das Verlangen nach Raketen mit einer Reichweite von 450 km hat, die von deutschem Boden aus auf Polen und Ungarn gerichtet sind. Die amerikanische Regierung wird das allmählich begreifen, aber es wird einige Zeit dauern. Wir benötigen auch nicht mehr so viele amerikanische Soldaten in Europa wie bisher. Der beste Dienst, den die Vereinigten Staaten jetzt Europa erweisen können - und das versuchen wir zu tun;- ist, sicherzustellen, daß die Sowjets ihre Streitkräfte auf das gleiche Niveau reduzieren wie wir die unseren.

Aber selbst wenn wir unsere Streitkräfte nicht auf dem gegenwärtigen Niveau halten, haben die Vereinigten Staaten nach wie vor ein strategisches Interesse an Europa. Es wäre ein schwerer Fehler, dies zu vergessen und nicht zu begreifen, daß dies ein freundschaftliches und kein feindseliges Interesse ist. Ich habe in meinem ersten Beitrag schon gesagt, daß es frustrierend ist, mitanhören zu müssen, wenn so viele unserer Verbündeten um die Anerkennung der strategischen Interessen der Sowjets in Osteuropa so besorgt sind, während sie die amerikanischen strategischen Interessen in Westeuropa nicht zur Kenntnis nehmen, ja, nicht einmal anerkennen, daß diese Interessen für ein künftiges Gleichgewicht in Europa wichtig sein können.

So befinden wir uns in einer komplexen Situation: Wir sind ein Land, das sich nach innen wenden möchte, das aber noch eine Weltrolle spielen muß und dazu auch bereit ist, das indes nicht die volle Last der westlichen Politik tragen oder sich um alle Einzelheiten kümmern will.

Die Vereinigten Staaten werden sich bemühen, gute Dienste zu leisten. Präsident Bush machte das deutlich, als er sich persönlich engagierte und auf dem NATO-Gipfel in diesem Jahr einen wichtigen Beitrag beisteuerte. Aber die Vereinigten Staaten können und sollten nicht versuchen, den Kontinent wiederherzustellen. Alles, was wir getan haben, war, den Europäern Zeit zu geben, so daß sie das jetzt selbst in die Hand nehmen können.

Was bedeutet das? Es bedeutet, daß die Vereinigten Staaten weiterhin ein Teil des europäischen Gleichgewichts sein wollen und daß sie benötigt werden, um die sowjetische Militärmacht auszugleichen. Zugleich heißt es aber auch, daß die Westeuropäer - und insbesondere die Deutschen - sich darauf einstellen müssen, die erste Rolle zu spielen, wenn es darum geht, Mitteleuropa und die gesamteuropäische Struktur wiederherzustellen, die eine so ruhmreiche Geschichte vor 1914 hatte.

Lassen Sie mich noch einmal auf meine Überlegung, was das strategische Interesse der Vereinigten Staaten angeht, zurückkommen und mich dabei besonders an meine deutschen Freunde wenden. Bitte, lassen Sie nicht den Eindruck aufkommen, daß Sie Europa nur in Abstimmung mit Moskau umformen wollen. Das würde ein tiefes Mißtrauen nicht nur im Weißen Haus und im Außenministerium, sondern auch im Kongreß und im ganzen Land hervorrufen. Die Amerikaner werden das Gefühl haben, daß sie wieder einmal von den Europäern betrogen worden sind. Angesichts solcher Irritationen könnten die Amerikaner ihr strategisches Interesse vergessen, wie sie das schon früher getan haben - zu ihrem eigenen und zum allgemeinen Bedauern.

Eine derartige Reaktion drohte zu Beginn dieses Jahres, was nicht ungefährlich war, Bundeskanzler Kohl gebührt der Dank, daß er persönlich interveniert hat, um deutlich zu machen, daß die deutsche Ostpolitik fest in einer westlichen und transatlantischen Bindung steht.

Wir müssen deshalb zusammenarbeiten mit den Europäern - und den Deutschen;- die die erste Rolle bei der Rekonstruktion Europas spielen müssen, aber in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten und auf einer Grundlage, die Amerika einen entsprechenden Platz in Europa sichert. Das ist nicht leicht, aber durchaus möglich, wenn man bedenkt, was wir schon alles zusammen getan haben.

Abschließend möchte ich sagen, daß wir eine endgültige europäische und atlantische Ordnung nicht übereilt aufbauen sollten. Hitler und die japanischen Kriegsherren wurden zurückgedrängt und waren 1942, nach Stalingrad und Midway, auf dem Weg zu ihrer Niederlage. Nur 13 Jahre später, 1955, hatten sich die Strukturen einer neuen Weltordnung herausgebildet. Der Kommunismus wurde in den frühen 80er Jahren zurückgedrängt, als die afghanischen Rebellen sich weigerten aufzugeben und als die NATO - und besonders die Bundesrepublik - bewies, daß sie sich von den sowjetischen SS-20-Raketen nicht einschüchtern ließ. Doch es wird mindestens weitere zehn Jahre brauchen, bevor wir

die neuen europäischen und transatlantischen Strukturen besitzen, die uns eine neue Phase der Stabilität bescheren können.

Kurzum: Wir haben Zeit, wenn unser Wohlstand und unsere öffentliche Meinung beständig sind. Wir sollten diese Zeit konstruktiv nutzen. Ich meine jedoch auch, daß wir beginnen sollten, über das neue Europa nachzudenken, und ich bedaure, daß es zur Zeit kein einvernehmliches oder auch nur in Aussicht stehendes Bündniskonzept gibt.

Ich habe hier versucht, einige grundsätzliche Punkte zu äußern, aber wir müssen alle in den nächsten Jahren viel mehr über dieses Thema sprechen, wenn wir die weitere Zusammenarbeit unserer Regierungen unterstützen und garantieren wollen.

Mallaby

Zweifellos stellen die Möglichkeiten, die sich heute in den Ost-West-Beziehungen zeigen, eine große Herausforderung an den politischen Willen im Westen dar. Jedermann weiß um die großen Chancen, die da bestehen. Die westlichen Politiker sollten sich so verhalten, wie man es vom Verbraucher erwartet, wenn er eine günstige Annonce entdeckt: Sofort zugreifen. Das findet ja auch schon statt. Mrs. Thatcher hat jetzt eine Initiative im Hinblick auf Wirtschaftshilfe für Polen ergriffen und entsprechend an einige führende westliche Politiker geschrieben.

Ich bin aber eher skeptisch gegenüber einer neuen großen Apparatur, die die Dinge manchmal mehr bremst, als sie zu beschleunigen. Und ich würde die Harmel-Doktrin gerne verteidigen. Das war lediglich eine Grundsatzklärung und sollte nicht als Handlungsanweisung für die Tagespolitik verstanden werden. In diesem Sinne ließ sie viel Raum für neue Überlegungen. Von daher hat Harmel heute noch seine Gültigkeit, was nicht heißt, daß die einzelnen politischen Schritte von vor 20 Jahren noch gültig sind. Angesichts der in Gang gekommenen Entwicklung in den Ost-West-Beziehungen sollten wir vielleicht die Dialogbereitschaft hervorheben. Da ist sehr vieles möglich geworden, was zuvor undenkbar schien.

Neben anderen Prinzipien sollten wir im Westen auch unseren eigenen Interessen folgen. Und da steht die Kontrolle der konventionellen Rüstung ganz oben auf der Prioritätenliste. In dieser Hinsicht hat der amerikanische Präsident Bush vor kurzem einen dramatischen Vorstoß auf dem NATO-Gipfel gemacht. Ein Abkommen auf diesem speziellen Gebiet der konventionellen Rüstungskontrolle, das zu einem Gleichgewicht führt, wäre ein großer Erfolg in den Ost-West-Beziehungen. Auf der anderen Seite würde ein außenpolitischer Erfolg Michail Gorbatschow auch innenpolitisch helfen, seine Glaubwürdigkeit beim sowjetischen Volk und in der politischen Klasse der Sowjetunion zu festigen. Doch das vorrangige Interesse besteht auf westlicher Seite, die Gelegenheit zu ergreifen, um die größten Probleme bei der europäischen Sicherheit loszuwerden.

Ich will noch auf zwei Punkte eingehen, die Helmut Schmidt erwähnt hat. Er sagt, es sei albern zu versuchen, mit Japan über Polen zu reden, Das scheint mir nicht richtig; denn ich könnte mir vorstellen, daß japanische Investitionen in Polen in den kommenden Jahren durchaus eine nützliche Rolle spielen können.

Herr Schmidt sprach dann über den Transfer von Know-how. Das ist eine völlig neue Kategorie unter den westlichen Instrumenten in den Ost-West-Beziehungen. Ich erwähnte bereits den 40 Millionen Dollar Fonds der britischen Regierung für Polen. Ich hoffe, daß wir in gleicher Weise auch mit Ungarn verfahren werden. Wenn Sie sagen, Herr Schmidt, es sollte nicht Sache der Regierungen sein, sich auf diesem Gebiet zu engagieren, dann stimme ich Ihnen generell zu, was nicht heißt, daß die Regierungen nicht beim Zahlen helfen können. Sie könnten die Experten in ihren eigenen Ländern, Seminare und Dozenten, Schulungskurse und Management-Schulen bezahlen. Es geht darum, den Menschen zu helfen, damit der politische Pluralismus, der Pluralismus der Medien und natürlich die Marktwirtschaft in diesen Ländern funktionieren kann.

Auch Glasnost bringt neue westliche Möglichkeiten für die Ost-West-Beziehungen. Ich weiß nicht recht, ob ein so ungeheurer Bedarf besteht, den Polen und den Ostdeutschen die Leistungen des westlichen Systems zu erläutern. Dagegen dürfte es in der Sowjetunion noch viele Menschen geben, die nicht sehr viel über das westliche System wissen und welche Vorzüge es bietet. Gorbatschows Glasnost bietet hier die Chance, den sowjetischen Menschen diese Tatsachen nahezubringen.

Grundsätzlich kommt es bei alledem darauf an, die Leistungen auf Dauer zu stellen, falls sich die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen wieder einmal umkehren sollte. Das bedeutet, die Dinge festzuzurren, indem man Abkommen schließt und möglichst harte Tatsachen schafft, etwa Panzer zerstört, statt sie nur abzuziehen im Gefolge eines Abrüstungsabkommens, so daß es bei einer künftigen Verschlechterung des politischen Klimas ungleich schwieriger wird, die Entwicklung wieder

umzukehren. Vor allem aber sollte man, wie Herr Vernet sagte, dazu ermutigen, den Wandel in den Rechtsordnungen in den Ländern Osteuropas zu verankern.

Tim Garton Ash hat nach einer praktischen Politik gegenüber der DDR gefragt. Dazu haben wir hier nicht viel gehört. Es ist sicher richtig zu meinen, wenn wir den Polen helfen, helfen wir gleichzeitig anderen in dieser Region, auch den Ostdeutschen, weil ein Erfolg Polens beispielgebend für alle wäre. Dennoch meine ich, daß Großbritannien gegenüber der DDR am besten so weiterverfahren sollte wie bisher, weil es bislang kaum Veränderungen in diesem Land gibt. Priorität sollten unsere Bemühungen gegenüber Polen und Ungarn haben und natürlich gegenüber der Sowjetunion und all jenen Ländern, in denen sich etwas vorwärtszubewegen beginnt. Natürlich werden wir die Bundesregierung in ihrer Politik gegenüber Ostdeutschland weiter unterstützen. In dieser Richtung ging der Appell des Kanzlers im Bundestag vor zwei Tagen.

Dahrendorf

Wir sind am Ende der Diskussion angekommen. Ich habe nicht die Absicht, jetzt auch nur den Versuch zu machen, unser Gespräch zu resümieren. Mein Eindruck ist, daß es in der Analyse doch sehr verschiedene Nuancen, wenn nicht tiefergehende Unterschiede gibt. Andererseits bestand hier relativ große Einigkeit darüber, was als Nächstes getan werden muß. Aber es bleibt auch viel Skepsis, was die Möglichkeit angeht, die Prozesse, die vor unseren Augen bei unseren Nachbarn in Osteuropa ablaufen, nachhaltig von uns aus zu beeinflussen.

Körber

Darf ich zum Abschluß unseres Gespräches feststellen, daß wir unser Klassenziel, "Perspektiven einer gemeinsamen westlichen Ostpolitik" zu erarbeiten, nicht ganz erreicht haben. Das ist auch nicht verwunderlich, weil, wie in der Diskussion deutlich wurde, eine gemeinsame westliche Ostpolitik sofort die ungelöste deutsche Frage auf die Tagesordnung setzt.

So hatte es auch Alexander Bowin, der politische Kommentator der "Iswestija", auf dem 86. Gesprächskreis im Dezember 1988 in Bonn zum Ausdruck gebracht: Streicht man das ganze Brimborium um das Europäische Haus weg, bleibt am Ende die deutsche Frage übrig.

Auch heute hat Jonathan Carr die Frage aufgeworfen, was unsere Verbündeten, die beteuern, daß ihnen die deutsche Wiedervereinigung am Herzen liegt, obwohl sie sie in Wahrheit gar nicht wollen, daran tatsächlich so beunruhigt. Demgegenüber stellte Lawrence Eagleburger fest, daß es seitens der Vereinigten Staaten keinerlei politische Vorbehalte gegen eine deutsche Wiedervereinigung gibt. Fast alle Amerikaner hielten ein geteiltes Deutschland für unnatürlich, und deshalb sollte es selbstverständlich wiedervereinigt werden. Er hat aber hinzugefügt, gegenwärtig sei diese Frage nicht so sehr aktuell; es gäbe wichtigere Dinge in ihren Konsequenzen zu durchdenken, nämlich die Vorgänge in Polen, Ungarn und in der Sowjetunion.

Auch die hier diskutierte Frage, ob wir mit der DDR eine Art "Burgfrieden" auf 10 und 15 Jahre schließen können, um, wie Egon Bahr sagte, der SED ihren Staat nicht wegzunehmen, kann angesichts der dramatischen Ereignisse der letzten Tage nicht recht überzeugen. Die Forderung nach Selbstbestimmung für die Menschen in der DDR bedeutet jedoch, wie der Bundespräsident zum Ausdruck brachte, nicht automatisch staatliche Einheit.

Die deutsche Frage ist im Grunde die europäische Frage. Von daher kann die Lösung auch nur eine europäische sein. Eine Rückkehr zu einem nationalen Zentralstaat im Herzen Europas, sagt der Bundespräsident, so stelle er sich die politische Architektur eines künftigen Europas jedenfalls nicht vor, und er verweist auf den Prozeß der Internationalisierung und Föderalisierung, der überall in Europa stattfindet. Zwischen der westeuropäischen Integration und der deutschen Frage sollte jedenfalls kein Widerspruch konstruiert werden. Eine Neutralisierung Deutschlands steht nicht zur Debatte.

Es bleibt indes als eine wichtige Erkenntnis dieser Diskussion festzuhalten: Wer über eine gemeinsame westliche Ostpolitik nachdenkt, kommt nicht darum herum, sich Gedanken über die deutsche Frage, das heißt über die politische Organisation der Deutschen in der Mitte Europas zu machen.

Wir brauchen einen geeigneten Koordinierungsrahmen, in dem die Westeuropäer zusammen mit den Vereinigten Staaten über ein Gesamtkonzept westlicher Ostpolitik beraten können. NATO, EG, OECD, Siebener-Gipfel sind als Koordinierungsinstrumente genannt worden. Keiner dieser Vorschläge vermag voll zu befriedigen.

Worauf es ankommt, ist, die gegenwärtige Chance, das "window of opportunity", zu nutzen, um substantielle Abrüstung und Rüstungskontrolle voranzubringen und vertraglich zu verankern. Das Gleichgewicht der militärischen Kräfte in Europa muß gewahrt bleiben. Deshalb sollten wir auch alles tun, um Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion und in einigen osteuropäischen Ländern zu unterstützen, damit die welthistorischen Veränderungen, die wir gegenwärtig erleben, vor der Geschichte bestehen können. Mit dieser Hoffnung danke ich Ihnen allen für ihre Diskussionsbeiträge.